



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Wahlkämpfe zu den Reichsratswahlen im Erzherzogtum Österreich unter der Enns 1911“

Verfasser

Philipp Dittinger

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Jänner 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt: Geschichte

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Ernst Bruckmüller

Erklärung zum selbständigen Verfassen der Arbeit

„Ich versichere, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig verfasst habe. Ich habe keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt.

Ich habe die Arbeit bzw. Teile davon weder im In- noch im Ausland einem Beurteiler zur Begutachtung als Prüfungsarbeit vorgelegt.“

Wien, Jänner 2010

Philipp Dittinger

Inhaltsverzeichnis

I. Vorwort	7
II. Die formellen Grundlagen – Die Reichsratswahlordnung vom 26. Jänner 1906 und ihr Zustandekommen	9
II.1 Motive und treibende Kräfte.....	9
II.2 Die Debatte und die Umsetzung der Wahlrechtsreform	11
II.3 Die Wahlbezirke im Erzherzogtum Österreich unter der Enns	13
II.4 Der Ablauf der Wahl nach formalen Kriterien.....	15
III. Die Wahlen aus Sicht der staatlichen Autorität	21
IV. Nationalitätenstreit und Dualismus als Wahlkampfthemen	24
V. Wahlwerbung anno 1911	27
VI. Vorgeschichte: Beck, Bienerth und das „Volkshaus“ (1907 bis 1911)	31
VII. Quellen und Methodik	35
VIII. Detailstudien	39
VIII.1.a Die Wahlbezirke der Stadt Wien (Nr. 1 bis 33)	39
VIII.1.1 Wahlbezirk Nr. 4 (Rathausviertel)	45
VIII.1.2 Wahlbezirk Nr. 6 (Leopoldstadt II).....	49
VIII.1.3 Wahlbezirk Nr. 11 (Margareten).....	53
VIII.1.4 Wahlbezirk Nr. 14 (Neubau I).....	58
VIII.1.5 Wahlbezirk Nr. 16 (Josefstadt).....	62
VIII.1.6 Wahlbezirk Nr. 23 (Hietzing).....	67
VIII.1.b Gesamtergebnis Wahlbezirke der Stadt Wien (Nr. 1 bis 33).....	73
VIII.2.a Die städtischen Wahlbezirke außerhalb Wiens (Nr. 34 bis 43)	78
VIII.2.1 Wahlbezirk Nr. 37 (Zwettl, Waidhofen a. d. Thaya, Litschau etc.).....	79

VIII.2.2 Wahlbezirk Nr. 38 (Mistelbach, Bruck a. d. Leitha, Oberhollabrunn etc.).....	86
VIII.2.3 Wahlbezirk Nr. 40 (Wiener Neustadt)	95
VIII.2.b Gesamtergebnis städtische Wahlbezirke außerhalb Wiens (Nr. 34 bis 43)	99
VIII.3.a Die ländlichen Wahlbezirke (Nr. 44 bis 64)	101
VIII.3.1 Wahlbezirk Nr. 44 (Tulln, Atzenbrugg, Neulengbach)	102
VIII.3.2 Wahlbezirk Nr. 54 (Mistelbach, Matzen).....	107
VIII.3.b Gesamtergebnis ländliche Wahlbezirke (Nr. 44 bis 64)	110
IX. Conclusio	112
X. Literatur-, Quellen- und Graphikenverzeichnis.....	117
X.1 Literatur.....	117
X.2 Quellen	118
X.3 Abbildungen.....	121
X.4 Diagramme	123
X.5 Tabellen	125
XI. Anhang.....	126
XI.1 Wahlbezirksgrenzen des Erzherzogtums Österreich unter der Enns.....	126
XI.2 Ausschließungsgründe vom Wahlrecht.....	132
XI.3 Abgeordnetenliste	134
Zusammenfassung und Abstract	136
Lebenslauf.....	137

I. Vorwort

Wenn auf die Frage nach meinem Diplomarbeitsthema die Antwort „Die Reichsratswahlen von 1911“ kam, konnten die wenigsten Gesprächspartner ihre Verwunderung verbergen. Meistens folgte die Frage: „Ist da vielleicht etwas Besonderes passiert?“ Kaum jemand wusste etwas über dieses Thema – die meisten waren schon darüber verwundert, dass während der Monarchie überhaupt gewählt wurde. Selten im Unterricht, etwas öfter auf der Universität wird auf die bahnbrechende Leistung der Reichsratswahlordnung von 1907 – Stichwort: allgemeines Wahlrecht – hingewiesen, nicht aber auf die folgende Wahl von 1911. Immerhin war diese nicht nur die letzte Wahl während der Monarchie, sondern ihr Ergebnis galt auch für die Provisorische Nationalversammlung des neu ausgerufenen Staats Deutschösterreich.

Meine persönliche Motivation, mich dem Thema zu nähern, entsprang eher einem naiven Interesse denn einer exakten wissenschaftlichen Fragestellung. Mich interessierte, wie so eine Wahl zur Zeit der Monarchie eigentlich ablief – und inwiefern eine solche mit heutigen Wahlgängen überhaupt vergleichbar ist. Letzteren Punkt ließ ich nach näherer Beschäftigung relativ bald fallen, die Unterschiede und Unvergleichbarkeiten waren (und sind) einfach zu groß, als dass sie im Rahmen einer Diplomarbeit dargestellt werden könnten. In Überblicksvorlesungen wird einem, ähnlich wie bei Parlamentsführungen, nur der Eindruck vermittelt, dass es sich bei den damaligen Parlamentariern um eitle Streithähne gehandelt habe, welche Pultdeckelkonzerten gegenüber der parlamentarischen Arbeit den Vorzug gegeben hätten. Punktuell traf das gewiss zu – aber konnte das wirklich alles sein?

Und so führte mich die Frage weiter, wie denn diese Abgeordneten überhaupt in Amt und Würden gekommen sind. Da es zwar unzählige Publikationen über die Themenbereiche Wahlrecht und Innenpolitik in der Habsburgermonarchie gibt, jedoch keine Detailstudien zu einzelnen Wahlen¹, war mir klar, dass solche Fragen nur über einen Gang ins Archiv zu klären sind. Das Niederösterreichische Landesarchiv in St. Pölten, dessen freundlichem Personal ich an dieser Stelle großen Dank aussprechen will, hortet unter anderem die Akten der k.

¹ eine diesbezügliche Ausnahme bildet das ambitionierte Werk von Vasilij MELIK, Wahlen im alten Österreich. Am Beispiel der Kronländer mit slowenischsprachiger Bevölkerung (Anton-Gindely-Reihe 3, Wien/Köln/Weimar 1997).

k. Statthalterei. Dadurch eröffneten sich faszinierende Einblicke ins Innere des altösterreichischen Wahlsystems. Ebenfalls Dank gebührt der Österreichischen Nationalbibliothek, in deren Lesesälen ich nicht nur zahllose Stunden verbrachte, sondern auch originale Wahlplakate aus der Plakatsammlung bestaunen und fotografieren durfte. Last but not least will ich meinen Eltern danken, die mir das Studium ermöglichten und mich mitunter tatkräftig unterstützten.

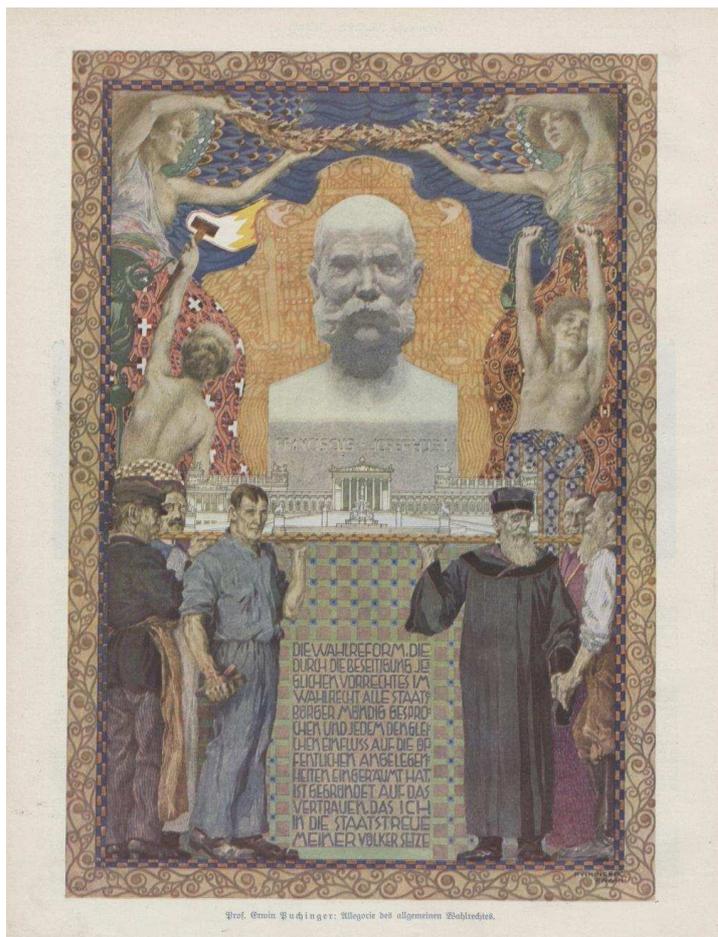
Wien, im Winter 2009.

P. D.

II. Die formellen Grundlagen – Die Reichsratswahlordnung vom 26. Jänner 1907 und ihr Zustandekommen

II.1 Motive und treibende Kräfte

Jene Partei, die sich wohl am stärksten für das allgemeine Wahlrecht einsetzte, war die Sozialdemokratie. Sie drängte schon seit dem Einigungsparteitag von Hainfeld 1889 auf eine wesentliche Erhöhung der Anzahl der Wahlberechtigten sowie auf eine Abschaffung des Kurienwahlrechts. Die Russische Revolution von 1905 und die Einrichtung eines Parlaments im Zarenreich durch das Oktobermanifest verstärkten die Forderungen nach einem allge-



meinen Wahlrecht in Österreich – wenn die russische (bzw. russländische) Duma auch auf einem Dreiklassenwahlrecht basierte. Mit Demonstrationen in mehreren Städten Cisleithaniens, die unter dem berühmten Slogan „Heraus mit dem Wahlrecht!“ standen, gelang es den Sozialdemokraten, ihre Forderungen zu unterstreichen. Wohl noch mehr als die Demonstrationen bewirkten aber Victor Adlers gute Kontakte zu den regierenden Kreisen Wiens.²

Kaiser Franz Joseph war gewiss kein Demokrat, doch die Ver-

² Inge ZELINKA, Der autoritäre Sozialstaat. Machtgewinn durch Mitgefühl in der Genese staatlicher Fürsorge (Wien 2005) 285.

hältnisse in Ungarn bereiteten ihm zusehends Sorgen. In Budapest wurde 1905 über die Auflösung des Wirtschaftsbündnisses und die Ersetzung des Ausgleichs von 1867 durch eine bloße Personalunion gemunkelt. Daher würde sich das allgemeine Wahlrecht am besten für die östliche Reichshälfte eignen, um den hochtrabenden Plänen der Unabhängigkeitspartei unter Kossuth jr. einen Dämpfer zu verpassen. Der Reichstag in Budapest nämlich wurde bis dato (und schließlich bis 1918) durch ein restriktives Kurien- und Zensuswahlrecht beschickt, welches eine klare Vormachtstellung des magyarischen Kleinadels garantierte.³

Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Cisleithanien war vom Kaiser zunächst gar nicht angedacht worden. Allerdings erwog man in Schönbrunn, ein Exempel zu statuieren, welches die rebellischen Ungarn wieder zur Besinnung bringen sollte. Mit der „Vorsanktion“ Franz Josephs Mitte des Jahres 1906 wurde das Problem an die Regierung und den Reichsrat weitergegeben. Ministerpräsident Gautsch arbeitete an der Ausarbeitung, doch die tatsächliche Umsetzung sollte erst Beck gelingen. Gautsch versprach dem Kaiser eine Schwächung der Sozialdemokraten und der radikalen Rechten (damals Linken) durch das allgemeine Wahlrecht.⁴ Damit konnte auch der Kaiser leben. Die Wahl von 1907 schien ihm auch Recht zu geben: die Sozialdemokraten gewannen nicht jene Zahl von Abgeordneten, die sie erwartet hatten und die äußerste Linke wurde hinweggefegt.

Doch zurück zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts: dabei galt es allerhand Widerstände zu brechen bzw. zu umgehen, denn die konservativen Großgrundbesitzer im Polenklub und die Nationalliberalen unter den Jungtschechen, Deutschliberalen und der Deutschen Volkspartei ahnten, dass ihre Wiederwahl alles andere als sicher sein würde.⁵ Ein weiterer Widerstand ergab sich durch das konservative Herrenhaus, dessen Zustimmung ebenso benötigt wurde. Die Pairs konnten durch einen Numerus Clausus – die Zahl der Herrenhausmitglieder durfte nur mehr zwischen 150 und 170 liegen – gekauft werden.⁶

³ Thomas WINKELBAUER, Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte in der Neuzeit. Vom Vortragenden verfaßtes Skriptum der im Sommersemester 2006 an der Universität Wien gehaltenen Vorlesung (Wien 2006) 248f.

⁴ Karl UCAKAR, Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 24, Wien 1985) 333f.

⁵ UCAKAR, Demokratie, 331.

⁶ UCAKAR, Demokratie, 351f; R.G.Bl. 16/1907, Art. I, § 5 resp. S. 59.

II.2 Die Debatte und die Umsetzung der Wahlrechtsreform

Die Frage der Wahlkreiseinteilung brachte naturgemäß langwierige Verhandlungen mit sich. Am Anfang stand die Frage nach der Zahl der Abgeordneten pro Wahlbezirk. Man entschloss sich schließlich für Einerwahlbezirke, d.h. pro Wahlkreis ein Abgeordneter – mit Ausnahme der (ehemaligen) Landgemeindenwahlbezirke in Galizien, wo zwei Abgeordnete pro Wahlbezirk zu wählen sein sollten. Dass „niemand gleichzeitig Mitglied beider Häuser sein kann“, war schon in der Dezemberverfassung 1867 festgehalten worden.⁷ Die langen Verhandlungen über die Verteilung der Mandate an die einzelnen Nationalitäten – offiziell wurden sie nach Kronländern vergeben – führten dazu, dass aus den anfangs geplanten 455 Abgeordneten 516 wurden.⁸ Für eine eventuelle Änderung der Wahlkreiseinteilung entwickelte Albert Geßmann ein System („Geßmannsche Formel“). Demzufolge sollten mindestens 343 Abgeordnete anwesend sein und es sollte nur einer einfachen Mehrheit bedürfen, die Wahlbezirksgrenzen zu ändern.⁹ Die sehr angeregte Debatte im Abgeordnetenhaus, über pro und contra der Wahlrechtsreform, die am 5. Oktober 1905 begann, zeigte die verschiedensten Positionen auf: Karel Kramář als Redner der Jungtschechen wies auf das Problem des Analphabetismus in Österreich hin und forderte deshalb einen Bildungszensus. Dem wurde freilich von den Sozialdemokraten aller Nationalitäten heftig widersprochen, ebenso von den Christlichsozialen. Der konservative Großgrundbesitz betonte, dass einem vernünftigen Parlament eine gewisse Intelligenz nicht fehlen dürfe – und genau dieser Fall würde durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts eintreten. Die Zensusenkungen der vergangenen Jahrzehnte hätten nur die Demagogie gefördert – man denke an Schönerer und Lueger.¹⁰

Weiterführende Debatten, wie etwa über das Frauenwahlrecht oder ein Proportionalwahlrecht, hatten nur wenig Aussicht auf Umsetzung. Das Frauenwahlrecht befand sich zwar offiziell im Forderungskatalog der Sozialdemokraten, doch Victor Adler wollte die Einführung des allgemeinen (Männer-)Wahlrechts deswegen nicht aufs Spiel setzen. Von kon-

⁷ R.G.Bl. 141/1867, § 1 resp. S. 389.

⁸ MELIK, Wahlen, 34.

⁹ UCAKAR, Demokratie, 348.

¹⁰ UCAKAR, Demokratie, 309–318.

servativen Kreisen wurde diese Idee freilich nur belächelt. Das Proportionalwahlrecht dagegen wurde schon verstärkt diskutiert: Premier Gautsch, der zunächst als strikter Gegner des allgemeinen Wahlrechts gegolten hatte, verwies auf Expertenmeinungen, denen zufolge ein Proportionalwahlrecht dem absoluten Mehrheitswahlrecht vorzuziehen sei.¹¹ Richard Weiskirchner von den Christlichsozialen wiederum meinte, das Proportionalwahlrecht sei mit der Staatsstruktur Österreichs nicht vereinbar.

Was – nach christlichsozialer Ansicht – allerdings sehr wohl eine Berechtigung hätte, wären Wahlpflicht und eine Sesshaftigkeitsklausel. Die Wahlpflicht war um die Jahrhundertwende zu einer Modeerscheinung geworden, wobei Belgien als erster Staat Europas einen entsprechenden Passus schon 1893 in seine Verfassung aufgenommen hatte. In der Reichsratswahlordnung von 1906/07 einigte man sich schließlich darauf, die Frage der Wahlpflicht der Landesgesetzgebung zu überlassen.¹² Die Sesshaftigkeitsklausel wiederum war eine alte Forderung der Christlichsozialen, die schon 1899 auf Gemeindeebene zur Anwendung gekommen war. Sie besagte, dass jemand mindestens für eine gewisse Zeit in der gleichen Gemeinde wohnhaft sein musste, um wahlberechtigt zu sein. Dieser Kunstgriff sollte möglichst viele Arbeiter von der Wahlberechtigung fernhalten, da es unter dieser Gruppe – vor allem in größeren Städten und aus finanziellen Gründen – üblich war, mehrmals pro Jahr den Wohnsitz zu wechseln. Für die Wahl zum Wiener Gemeinderat hatte Lueger an eine Dauer von fünf Jahren gedacht, was de facto einem Wahlverbot für die Wiener Arbeiterschaft gleichkam. Schließlich blieb den Sozialdemokraten nichts anderes übrig, als dem Kompromiss über eine Sesshaftigkeitsklausel von einem Jahr zuzustimmen, wollten sie nicht die gesamte Wahlrechtsreform gefährden. Die „Vertrauensmännerklausel“, also die Zulassung von (nicht einspruchsberechtigten) Wahlbeobachtern aus den Reihen der Parteien bei der Auszählung der Wahl, war ein Sieg der Sozialdemokraten über die Regierung.

¹¹ UCAKAR, Demokratie, 318.

¹² R.G.Bl. 17/1907, § 4 resp. S. 61.

II.3 Die Wahlbezirke im Erzherzogtum Österreich unter der Enns

Was die Wahlkreiseinteilung anging, so muss vorhergeschickt werden, dass das Erzherzogtum Österreich unter der Enns – im Vergleich zu den übrigen Alpenländern der Monarchie – klar benachteiligt wurde. Vor allem der Großstadt Wien wurde im Reichsrat eine nur inadäquate Vertretung zugedacht.¹³ Ein Spezifikum des altösterreichischen Wahlrechts war die Trennung der Wahlbezirke zwischen Stadt und Land (siehe Anhang): sie stammte noch aus der Zeit der liberalen Herrschaft, wo man die unterschiedliche Steuerleistung als Argument anführte – oft ging es dabei aber auch um die Sicherung der deutschen Vorherrschaft.¹⁴ Die Reichsratswahlordnung von 1907 übernahm diesen Grundsatz mit dem Hinweis auf die ähnliche Sozialstruktur innerhalb der Wahlbezirke. Man unterschied dabei zwischen drei Gruppen von Wahlbezirken:

1. Großstädte (im Falle Österreichs unter der Enns nur eine Großstadt, nämlich Wien),
2. städtische Wahlbezirke außerhalb Wiens
3. ländliche Wahlbezirke.

Von den insgesamt 64 Reichsratsmandaten, die für das Erzherzogtum Österreich unter der Enns vorgesehen waren, erhielten

- | | |
|-----------------------|-------------------------------|
| 1. Die Stadt Wien: | 33 Mandate (WB-Nr. 1–33), |
| 2. die übrigen Städte | 10 Mandate (WB-Nr. 34–43) und |
| 3. das „flache Land“ | 21 Mandate (WB-Nr. 44–64). |

Die Wahlbezirke von 1906/07 wurden völlig neu aus der Taufe gehoben, die Tradition unterschiedlich großer Einheiten wurde beibehalten.¹⁵ Auf die Wahlgeometrie in Niederösterreich hatte der Christlichsoziale Albert Geßmann großen Einfluss, vor allem hinsichtlich der Vermengung zwischen Stadt und Land.¹⁶ Dieses in den USA und Großbritannien als „Gerrymandering“ bezeichnete politisch motivierte Ziehen von Wahlbezirksgrenzen zum

¹³ WINKELBAUER, Verfassungsgeschichte, 246.

¹⁴ MELIK, Wahlen, 93.

¹⁵ MELIK, Wahlen, 103.

¹⁶ UCAKAR, Demokratie, 348f.

Zwecke der Bevorzugung einer Gruppe bzw. der Schädigung einer anderen, war in Österreich schon seit Schmerling in den 1860er Jahren gängige Praxis.¹⁷

Tabelle 1: Mittelwerte von Wahlberechtigten pro Wahlbezirk¹⁸

Wahlbezirksgruppe	Wahlberechtigte 1911 pro Wahlbezirk
Österreich unter der Enns (WB-Nr. 1–64)	10.952
Stadt Wien (WB-Nr. 1–33)	12.018
städtische Wahlbezirke außerhalb Wiens (WB-Nr. 34–43)	8.671
Städte insgesamt (WB-Nr. 1–43)	11.240
Landgemeinden (WB-Nr. 44–64)	10.363

Wie aus der Statistik ersichtlich, erhielten die Städte außerhalb Wiens eine bessere Vertretung im Reichsrat als etwa die Großstadt Wien oder auch die Landgemeinden. Die Zahlen sind allerdings bloße Mittelwerte und nehmen keine Rücksicht auf die – vor allem in Wien gewaltigen – Disparitäten innerhalb der oben genannten Wahlbezirksgruppen. Dem Urteil Karl Ucakars, dass die Städtewahlbezirke gegenüber den Landgemeinden nicht oder kaum bevorzugt worden wären,¹⁹ kann man nicht zustimmen. Immerhin verfügten die städtischen Wahlbezirke außerhalb Wiens über ca. 1.700 Wahlberechtigte weniger als die Landgemeindenwahlbezirke – bei einer Mandatszahl von 21 Mandaten hätten die Landgemeinden eigentlich um 4 Mandate mehr erhalten müssen.

Tabelle 2: Anzahl der Wahlberechtigten in den fünf kleinsten und fünf größten Wahlbezirken

Wahlbezirk	Wahlberechtigte 1911
Parkviertel (WB-Nr. 2)	2.191
Kaiviertel (WB-Nr. 1)	2.208
Rathausviertel (WB-Nr. 4)	2.484

¹⁷ MELIK, Wahlen, 6f.

¹⁸ Die Grunddaten stammen aus: K.k. Statistische Zentralkommission, Summarische Ergebnisse der Statistik der Reichsratswahlen von 1911 in den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern (Brünn 1911).

¹⁹ UCAKAR, Demokratie, 357.

Stubenviertel (WB-Nr. 3)	3.607
Wiener Neustadt (WB-Nr. 40)	5.444
Meidling (WB-Nr. 22)	22.734
Margareten (WB-Nr. 11)	22.305
Hietzing (WB-Nr. 23)	21.843
Hernals (WB-Nr. 28)	20.968
Rudolfsheim (WB-Nr. 24)	20.235

Dabei fällt auf, dass die Bezirke des Großbürgertums innerhalb Wiens (Innere Stadt, Mariahilf, Neubau, Wieden, Währing) sowie die Städtewahlbezirke außerhalb Wiens (Wiener Neustadt, Mistelbach, Zwettl) die günstigsten Verhältnisse zwischen Anzahl der Wahlberechtigten und Zahl der Abgeordneten aufweisen. Auf der anderen Seite sind es die Arbeiterbezirke der Großstadt mit dem ungünstigsten Verhältnis: neben den fünf in der Tabelle genannten wären noch Leopoldstadt II, Ottakring II, Brigittenau, Landstraße I und Favoriten II zu nennen. In den zehn größten Wahlbezirken liegt die durchschnittliche Zahl der Wahlberechtigten pro Mandat bei 20.151, während sie in den zehn kleinsten Wahlbezirken lediglich bei 4.805 liegt. Hinzu kommt, dass durch die von den Christlichsozialen durchgesetzte Sesshaftigkeitsklausel die Disparität noch gesteigert wurde. Die Landgemeindenwahlbezirke liegen dabei im statistischen Mittel und auch die Unterschiede zwischen den einzelnen Wahlbezirken halten sich in Grenzen.

II.4 Der Ablauf der Wahl nach formalen Kriterien

Grundsätzlich fanden Wahlen der Reichsratswahlordnung von 1906/07 entsprechend an Wochentagen statt. Als Grund dafür führte man religiöse Motive an, doch wurde von sozialdemokratischer Seite stets der Vorwurf erhoben, man wolle dadurch die Wahlbeteiligung in Arbeiterkreisen senken. Tatsächlich soll es Fälle gegeben haben, wo Arbeitgeber ihre An-

gestellten nicht zur Wahl gehen ließen.²⁰ Ein Novum stellte die Verfügung dar, dass die Wahlen am gleichen Tag stattzufinden hätten – mit Ausnahme von Galizien und Dalmatien, wo dies aus organisatorischen Gründen nicht möglich war.²¹ Während des Kurienparlaments gab es noch eine Rangfolge, nach der die Allgemeine Kurie zuerst wählte, gefolgt von Handels- und Gewerbevereinen und schließlich der Großgrundbesitzerkurie. Den privilegierten Ständen oblag es daher, „durchgefallene“ Kandidaten zu retten.²²

Als Voraussetzung für das aktive Wahlrecht musste man österreichischer Staatsbürger, männlich, mindestens 24 Jahre alt, seit mindestens einem Jahr in der Gemeinde sesshaft und nicht wegen diverser Delikte vom Wahlrecht ausgeschlossen sein.²³ Die Wahl durfte nur persönlich ausgeübt werden und jeder Wahlberechtigte verfügte nur über eine Stimme.²⁴ Vom aktiven Wahlrecht ausgeschlossen waren (s. Anhang): nicht-eigenberechtigte Personen, Personen, „welche überhaupt der öffentlichen Mildtätigkeit zur Last fallen“ und Bankrotteure. Außerdem Personen, die gegen das Strafgesetzbuch hinsichtlich diverser Delikte verstoßen hatten, usw.²⁵ Überdies verfügten Militärangehörige – mit Ausnahme von nur an Waffenübungen Beteiligten – und Gendarmen weder über aktives noch über passives Wahlrecht.²⁶ Voraussetzungen für das passive Wahlrecht waren übrigens ein Alter von mindestens 30 Jahren, das Innehaben der österreichischen Staatsbürgerschaft seit mindestens drei Jahren und schließlich alle Voraussetzungen für das aktive Wahlrecht.²⁷

Bevor zur Wahl geschritten werden konnte, wurden die Wählerlisten erstellt. Dabei galt der Zeitpunkt der Ausschreibung der Wahl als Stichtag, nicht der eigentliche Wahltag, d.h. das 24. Lebensjahr musste vor dem Ausschreibungstermin vollendet sein – andernfalls gab es keine Aufnahme in die Wählerliste.²⁸ Abzüge der Wählerlisten konnten seit dem allgemeinen Wahlrecht von den politischen Parteien erworben werden,²⁹ um als Basis der Agitationstätigkeit zu dienen. Die Wählerlisten selbst lagen am Amt (Bezirkshauptmannschaften

²⁰ MELIK, Wahlen, 175.

²¹ MELIK, Wahlen, 175; R.G.Bl. 17/1907, § 9 resp. S. 62.

²² MELIK, Wahlen, 174.

²³ R.G.Bl. 15/1907, Art. II, § 7 resp. S. 58.

²⁴ R.G.Bl. 17/1907, § 5 resp. S. 61.

²⁵ R.G.Bl. 17/1907, § 8 resp. S. 61f.

²⁶ R.G.Bl. 17/1907, § 7 resp. S. 61.

²⁷ R.G.Bl. 15/1907, Art. II, § 7 resp. S. 58.

²⁸ R.G.Bl. 17/1907, § 6 resp. S. 61.

²⁹ R.G.Bl. 17/1907, § 12 resp. S. 63.

bzw. Magistrate) auf und konnten von jedermann eingesehen werden. Vom Wahlrecht Ausgenommene verfügten noch bis 24 Stunden vor dem Wahltag über die Möglichkeit, eine Reklamation bei den Bezirkshauptmannschaften bzw. beim Magistrat einzubringen.³⁰

Das altösterreichische Wahlrecht war ein absolutes Mehrheitswahlrecht, heute wohl am ehesten vergleichbar mit dem Wahlsystem des französischen Repräsentantenhauses. In beiden Fällen galt derjenige Kandidat als gewählt, welcher über 50% der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigte. War dies nicht der Fall, so wurde zur „engeren Wahl“ (i.e. Stichwahl) geschritten, die nur zwischen den beiden höchstgereihten Kandidaten ausgetragen wurde.³¹ (In Frankreich gilt im zweiten Wahlgang ein relatives Mehrheitswahlrecht, d.h. alle Kandidaten des ersten Wahlganges können auch zur Stichwahl antreten und der Kandidat mit den meisten Stimmen entscheidet die Wahl für sich.) Die engere Wahl fand in der Regel eine Woche nach dem Hauptwahltag statt. Ergab die engere Wahl eine Stimmengleichheit zwischen den beiden Kandidaten, so entschied das Los.³² Für die Wahlen von 1907 und 1911 sind allerdings keine solchen Fälle bekannt.

Fiel ein gewählter Abgeordneter – aus welchem Grunde auch immer (z.B. Tod, Niederlegung des Mandats, rechtskräftige Verurteilung etc.) – aus, so wurde eine Ersatzwahl im betreffenden Wahlbezirk durchgeführt. Die Ersatzwahlen verliefen nach dem gleichen Muster wie die Hauptwahl, mit eventueller engerer Wahl.³³ Gleiches galt für den Fall einer Doppelwahl, d.h. ein Kandidat wurde in zwei (oder theoretisch auch mehreren) Wahlkreisen gewählt. Dann musste der Gewählte einen Wahlkreis angeben, für den er die parlamentarische Vertretung zu übernehmen gedenke. In den anderen Wahlbezirken wurden sodann Ersatzwahlen abgehalten.³⁴

Die politische Behörde stellte nun jedem Wahlberechtigten eine Legitimationskarte sowie einen Stimmzettel per Post zu.³⁵ Die Legitimationskarte war zum Wahllokal mitzubringen, andernfalls war eine Stimmabgabe nicht möglich. Der Stimmzettel hat wenig mit dem zu tun, was man heute als solchen kennt. Man machte kein „Kreuzchen“, sondern es muss-

³⁰ R.G.Bl. 17/1907, § 13 resp. S. 64.

³¹ R.G.Bl. 17/1907, § 33 resp. S. 67.

³² R.G.Bl. 17/1907, § 35 resp. S. 68.

³³ R.G.Bl. 15/1907, Art. IV resp. S. 58.

³⁴ R.G.Bl. 17/1907, § 39 resp. S. 69.

³⁵ R.G.Bl. 17/1907, §§ 14 und 15 resp. S. 64.

ten Name, Adresse und Beruf des Kandidaten darauf vermerkt werden. Eine Kandidatenliste, wie sie heute in Österreich üblich ist, gab es nicht. Grundsätzlich konnte jeder gewählt werden, der das passive Wahlrecht besaß. Für die Bewerbung eines Kandidaten mussten dessen Daten vollständig einer breiteren Öffentlichkeit übermittelt werden. Demgemäß sahen auch die Wahlplakate aus. Eventuelle orthographische Fehlleistungen konnten bei der Auszählung dahingehend wirken, die Stimme ungültig werden zu lassen. Die Entscheidung über Gültigkeit oder Ungültigkeit der Stimme hing dann vom Gutdünken der Wahlkommission ab.³⁶ Fand sich etwa mehr als nur ein Name am Stimmzettel, so galt nur der erste Name – die anderen verfielen.³⁷

Zum Wahlort wurde „jede Ortsgemeinde und jeder im Anhang besonders angeführte Gemeindeteil“ bestimmt.³⁸ In jedem Wahlort gab es ein Wahllokal, in dem eine Wahlkommission ihres Amtes waltete. Zu Wahllokalen wurden – wie auch heute noch üblich – Schulen, Gemeindeämter etc. bestimmt. Die Auswahl des Wahllokals oblag der als Wahlort bestimmten Gemeinde bzw. deren Vertretung. (In früheren Zeiten, also vor der Einführung des allgemeinen Wahlrechts, stellte dieser Passus der Reichsratswahlordnung einen Streitpunkt dar, weil damit die zu erwartende Wahlbeteiligung eng zusammenhing).³⁹

Die Wahlkommission bestand in Wahlorten unter 1.000 Einwohnern (nicht Wahlberechtigten!) aus fünf Mitgliedern, in größeren Wahlorten aus sieben.⁴⁰ Der Wahlkommissär wurde von der Bezirkshauptmannschaft bzw. vom Magistrat ernannt⁴¹ und war selbst kein Mitglied der Wahlkommission. Er ernannte von den insgesamt fünf bzw. sieben Wahlkommissionsmitgliedern zwei bzw. drei. Ebensoviele Mitglieder ernannte der Gemeinderat des Wahlortes. Danach stimmten die vier bzw. sechs bereits ernannten Mitglieder der Wahlkommission über das fünfte bzw. siebente Mitglied ab. Bei Stimmengleichheit wurde nochmals abgestimmt. Kam es danach immer noch nicht zu einer Mehrheit, ernannte der Wahlkommissär das ausstehende Mitglied.⁴² Die Wahlkommissäre waren in der Regel Bürgermeister (am Land) bzw. höhere Beamte (in der Stadt). Die eigentlichen Entscheidungen der

³⁶ MELIK, Wahlen, 192f.

³⁷ R.G.Bl. 17/1907, § 30 resp. S. 67.

³⁸ R.G.Bl. 17/1907, § 3 resp. S. 60.

³⁹ UCAKAR, Demokratie, 234–236.

⁴⁰ R.G.Bl. 17/1907, § 16 resp. S. 64.

⁴¹ R.G.Bl. 17/1907, § 17 resp. S. 65.

⁴² R.G.Bl. 17/1907, § 18 resp. S. 65.

Wahlkommission lagen damit nicht bei demokratisch gewählten Institutionen, sondern bei der staatlichen Autorität. Vor allem für zweisprachige Gemeinden in anderen Kronländern spielte dieser Umstand eine wichtige Rolle⁴³ – für Österreich unter der Enns eher weniger. Die wesentliche Aufgabe des Wahlkommissärs war mit der Zusammensetzung der Wahlkommission geschehen. Sodann wählte die Wahlkommission aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden.⁴⁴

Dieser Vorsitzende stimmte über Identitätsfragen, Gültigkeit und Ungültigkeit von Stimmen sowie über die Wahlberechtigung von Personen nur im Falle von Stimmengleichheit mit.⁴⁵ Ein Rekurs gegen die Entscheidung der Wahlkommission war nicht möglich.⁴⁶ Neben dieser gab es noch die – oben erwähnten – Vertrauensmänner der Parteien. Deren Zahl belief sich – je nach Größe des Wahlortes – auf zwei, fünf oder zehn Personen aus der Mitte der Wahlberechtigten. Sie waren nur Zeugen der Wahlhandlung sowie der Stimmenauszählung, jedoch ohne ein Einspruchsrecht gegen die Entscheidungen der Wahlkommission.⁴⁷

Die eigentliche Wahl begann mit der Stimmabgabe der Mitglieder der Wahlkommission.⁴⁸ Danach traten die Wahlberechtigten in das Wahllokal ein und warfen ihre Stimmzettel in die Wahlurne. Über diesen Vorgang wurde Protokoll geführt – wie dies ja heute auch noch üblich ist. Die Stimmabgabe war nur innerhalb einer gewissen Zeitspanne möglich, im Falle der Wahl von 1911 zwischen sechs Uhr früh und fünf Uhr nachmittags.⁴⁹ Nach dem Schließen der Wahllokale begann die Stimmenauszählung. Zu diesem Zwecke wurde eine Stimmliste angefertigt, in welcher die abgegebenen gültigen Stimmen angeführt wurden – z.B. Schuhmeier 1, 2, 3, 4 etc.⁵⁰ Die Bekanntgabe des Ergebnisses erfolgte nach Wiedereröffnung des Wahllokales durch den Vorsitzenden der Wahlkommission.⁵¹ Am Ende wurden jene abgegebenen und gültigen Stimmen für eine Person, deren Anzahl unter 25 geblieben

⁴³ MELIK, Wahlen, 189f.

⁴⁴ R.G.Bl. 17/1907, § 19 resp. S. 65.

⁴⁵ R.G.Bl. 17/1907, § 20 resp. S. 65.

⁴⁶ R.G.Bl. 17/1907, § 21 resp. S. 65.

⁴⁷ R.G.Bl. 17/1907, § 23 resp. S. 65f.

⁴⁸ R.G.Bl. 17/1907, § 26 resp. S. 66.

⁴⁹ Neue Freie Presse vom 13. Juni 1911, 3.

⁵⁰ R.G.Bl. 17/1907, § 29 resp. S. 66.

⁵¹ R.G.Bl. 17/1907, § 31 resp. S. 67.

war, als „Splitterstimmen“ gezählt.⁵² Das Originalwahlmaterial wurde zur nächsthöheren politischen Behörde geschickt und danach zur zentralen Wahlbehörde nach Wien – für die anderen Kronländer in die jeweilige Landeshauptstadt. Die Wahl musste innerhalb eines Jahres vom Abgeordnetenhaus bestätigt werden⁵³ – was allerdings einem bloß formalen Akt gleichkam.

Das Mehrheitswahlrecht tendiert heute eher dazu, eine Zersplitterung des Parlaments in Klein- und Kleinstparteien zu verhindern. Im Jahre 1911 allerdings zeigten sich die meisten Parteien noch wenig organisiert und zeichneten sich noch nicht durch jene Parteidisziplin aus, wie sie später auftrat – Stichwort: „Klubzwang“. Auf Grund dessen lässt sich auch die – für heutige Verhältnisse enorme – Parteienzersplitterung erklären. Am ehesten modernen Massenparteien entsprachen noch die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SdAP) und die Christlichsoziale Wählerversammlung. In den Reihen der Nationalliberalen waren keine solchen Parteien anzutreffen und der Integrationsgrad innerhalb der Parteien war ungleich kleiner. Das alte Sprichwort vom Deutschen Nationalverband, der 1907 als Dachverband aller deutschliberalen und deutschnationalen Parteien gegründet worden war, verdeutlicht diesen Umstand: „Der eine saß, der andere stand, der stimmte für, der stimmte wider. Das ist der Nationalverband. Stimmt an das Lied der Lieder!“⁵⁴ Im Unterschied zum Prinzip des Nationalstaats, wo ein Mehrheitswahlrecht Garant für eine stabile Regierung ist (s. Großbritannien), wirkt es im Nationalitätenstaat nicht in diese Richtung. Wäre die Regierung in der Monarchie dem Parlament verantwortlich gewesen, wäre phasenweise jegliche legislative Tätigkeit unmöglich geworden. Vasilij Melik wies richtigerweise darauf hin, dass das absolute Mehrheitswahlrecht den Nationalitätenhader im Reichsrat eher schürte als beruhigte.⁵⁵ Aus demokratiepolitischer Sicht ist zweifellos ein Proportionalwahlrecht „gerechter“, doch im Falle des altösterreichischen Parlamentarismus hätte es wohl wenig geändert. Das altösterreichische Wahlrecht war darüber hinaus ein reines Persönlichkeitswahlrecht, wo die Parteizugehörigkeit für den offiziellen Teil keinerlei Bedeutung hatte.

⁵² MELIK, Wahlen, 342.

⁵³ R.G.Bl. 17/1907, § 41 resp. S. 69.

⁵⁴ Ludwig BRÜGEL, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 5 (Wien 1925), 107.

⁵⁵ MELIK, Wahlen, 318.

III. Die Wahlen aus Sicht der staatlichen Autorität

Für die Behörden des Reiches bedeutete die Wahl ein erhöhtes Maß an Aufmerksamkeit und Organisation. Neben der Aus- und Zustellung von Stimmzetteln sowie Legitimationskarten hatten sich am Land die Bezirkshauptmannschaften bzw. in Wien die Polizeidirektion um die Sicherstellung eines ruhigen Ablaufs der Wahlen zu kümmern. Ein Runderlass, verfasst vom k. k. Ministerium des Innern am 4. April 1911, erging an das k. k. n. ö. Statthalterei-Präsidium mit der Forderung, allwöchentliche Berichte über die Wahlbewegung und diverse Kandidaturen zu verfassen.⁵⁶ Diese Praxis stellte kein Novum dar, sondern wurde schon in früheren Wahlen – auch schon vor 1907 – durchgeführt. Das k. k. n. ö. Statthalterei-Präsidium seinerseits gab die Weisung an sämtliche Bezirkshauptmänner bzw. an die Polizeidirektion Wien weiter und erwartete schriftliche Berichte über eventuelle Partieneugründungen, Kandidaturen einzelner Parteien sowie über die Wahlaussichten in den einzelnen Wahlbezirken.⁵⁷ Auf das Problem der richtigen Benennung und parteipolitischen Zuordnung eines Kandidaten wies schon – offenbar völlig zu Recht – das Innenministerium hin, da die Bezirkshauptmänner keinen (oder zu wenig) Unterschiede zwischen den einzelnen deutsch-freiheitlichen Schattierungen machten. Sämtliche Zusammenfassungen der eingetroffenen Berichte mussten müßig erscheinen, wenn die Gesinnung ein und desselben Kandidaten einmal als „deutsch-social“, „deutsch-liberal“, „deutsch-national“ oder gar als „christlichsozial“ bezeichnet wurde.

Zuvor noch einige Bemerkungen über die verwaltungstechnische Gliederung Niederösterreichs anno 1911: die zweitniedrigste Ebene der politischen Verwaltung waren – nach den Gemeinden – die Bezirkshauptmannschaften bzw. in den Statutarstädten die Magistrate. Insgesamt gab es 26 solcher Behörden, davon 3 Magistrate und 23 Bezirkshauptmannschaften:

⁵⁶ Niederösterreichisches Landesarchiv, K.k.n.ö. Statthalterei-Präsidium 1911. Kanzlei-Abteilung Besonderes. I/2b2, 1368 (Reichsratswahlen, Kandidatenchancen, Wahlbewegung 1911), Karton 128, k.k. Min. d. I. an k.k.n.ö. St.-Pr. (4. April 1911).

⁵⁷ NÖLA 1368, k.k.n.ö. St.-Pr. an Präsident d. k.k. Pol.-Dir. Wien und Vorstände der k.k. BHen (7. April 1911).

Tabelle 3: Die Bezirkshauptmannschaften und Magistrate mit ihren Vorständen im Erzherzogtum Österreich unter der Enns im Jahre 1911⁵⁸:

Behörde	Vorstand der Behörde
Amstetten (BH)	Ludwig Czekelius Freiherr von Rosenfeld
Baden (BH)	Johann Ritter von Galatti
Bruck a. d. Leitha (BH)	Rudolf Holluber
Floridsdorf-Umgebung (BH)	August Trojan Ritter von Bylanfeld
Gänserndorf (BH)	Friedrich Freiherr von Lederer
Gmünd (BH)	Friedrich Ritschl
Hietzing-Umgebung (BH)	Moritz Zander
Oberhollabrunn (BH)	Friedrich Fischer
Horn (BH)	Hans Wimmer
Korneuburg (BH)	Siegmund Cassis Graf von Faraone
Krems (BH)	Ernst Hufnagl
Lilienfeld (BH)	Georg Graf von Hohenwarth zu Gerlachstein
Melk (BH)	Oskar Graf von Triangi
Mistelbach (BH)	Julius Montandon
Mödling (BH)	Josef Fuchs
Neunkirchen (BH)	Franz Richter
Wiener Neustadt (BH)	Rudolf Ritter von Stahl
Wiener Neustadt (Magistrat)	Franz Kammann
Pöggstall (BH)	Gustav Bernatscheck-Schneller
Sankt Pölten (BH)	Heinrich Waniek Ritter von Domyslow
Scheibbs (BH)	Wilhelm Hammer Ritter von Pohlau
Tulln (BH)	Wilhelm Tremel
Waidhofen an der Thaya (BH)	Alexander Bosizio Ritter von Thurnberg und Jungenegg
Waidhofen an der Ybbs (Magistrat)	Theodor Freiherr von Plenker
Wien (Magistrat)	Josef Neumayer
Zwettl (BH)	Maximilian Mac Caffry Graf of Kean More

⁵⁸ Niederösterreichischer Amtskalender für das Jahr 1911. XLVI. Jahrgang (Wien 1911).

Als Chef der Landesverwaltung fungierte der Statthalter, im Jahre 1911 Erich Graf von Kielmannsegg. Die Statthaltereier, angesiedelt im Nebengebäude des Niederösterreichischen Landhauses in Wien, diente als direktes verwaltungstechnisches Verbindungsglied zwischen der Wiener (Zentral-)Regierung und den oben genannten politischen Behörden.

Doch zurück zu den Wahlen: Die Berichte der Bezirkshauptmannschaften wurden von der Statthaltereier in tabellarischer Form erbeten, doch hielten sich nur die Bezirkshauptmannschaften von Krems und Mödling an diese Weisung. Überhaupt wurde der Runderlass seitens der Herren Bezirkshauptmänner recht unterschiedlich gehandhabt: während Franz Richter (BH in Neunkirchen) etwa nur einen – nicht gerade kalligraphischen – handschriftlichen „Dienstzettel“ nach Wien schickte, verfassten die Bezirkshauptmänner in Mistelbach, Tulln oder auch Zwettl penibel genaue Wochenberichte über die Wahlbewegung. Vergleiche werden erschwert, da offensichtlich weniger das tatsächliche Geschehen als das Gutdünken des Bezirkshauptmannes ausschlaggebend war.

Das Ziel des gesamten Unternehmens war in etwa jenes, welche heute Meinungsumfragen erfüllen. Die Regierung wollte von den untergeordneten Behörden erfahren, welcher der Kandidaten bei der Wahl durchdringen würde. Im ersten Moment möchte man meinen, es handle sich dabei um eine Unmöglichkeit, doch tatsächlich kamen die Einschätzungen der Bezirkshauptmänner in den meisten Fällen der Wahrheit ziemlich nahe. Freilich, das Mehrheitswahlrecht vereinfachte solche Vorhaben ungemein, doch in Wahlbezirken, wo mit hoher Wahrscheinlichkeit engere Wahlen zu erwarten waren, gestaltete sich das Ganze schon schwieriger.

IV. Nationalitätenstreit und Dualismus als Wahlkampfthemen

In den Ausgleichsverhandlungen von 1907 standen die cisleithanischen Parlamentarier erstmals (seit 1867!) einer zerstrittenen ungarischen Fraktion gegenüber, während es ja in allen bisherigen Fällen umgekehrt abgelaufen war. Die Delegierten von diesseits der Leitha brachten erstmals einen Ausgleich nach Hause, der nicht sofort von Gegnern der Regierung in der Luft zerrissen wurde. Die Christlichsozialen verhielten sich zu diesem Zeitpunkt regierungstreu und unterstützten Ministerpräsident Beck.⁵⁹ Lueger hatte zuvor einen unter Dach und Fach gebrachten Ausgleich zur Grundbedingung seines Eintritts in das Kabinett erhoben. Dennoch beschloss der christlichsoziale Klub im Abgeordnetenhaus des Reichsrates, sich bei der Abstimmung über den Eintritt in das Kabinett der Stimme zu enthalten. Die Vertreter der Industrie in der Partei stimmten allerdings für eine Regierungsbeteiligung – innerparteiliche Streitigkeiten waren die Folge.⁶⁰ Das Dilemma der Christlichsozialen lag darin, dass sie zwischen Beck, dem Thronfolger und dem ungarischen Premier Sándor Wekerle lavieren mussten. Lueger selbst trat dabei recht staatsmännisch auf.⁶¹ In einer sozialdemokratischen Wahlbroschüre bezeichnete Alexander Täubler den Ausgleich von 1907/08 als ein für Österreich nachteiliges Vertragswerk: die „Quote“ für Österreich sei zwar gesenkt worden, doch an der Unverhältnismäßigkeit habe man nicht gerüttelt. Die Christlichsozialen hätten dem Ausgleich nur deshalb zugestimmt, weil sich die Pensionen für die Minister Ebenhoch (Ackerbau) und Geßmann (Öffentliche Arbeiten) dadurch erhöht hätten.⁶²

Für die vorgezogenen Neuwahlen von tiefgreifender Bedeutung war die nach 1907 vollendete parteipolitische Auffächerung der nationalen Blöcke. Was bei den Deutschen schon in den 1870er Jahren begonnen hatte, erreichte nun auch den bis dato „eisernen“ Polenklub: die nationalen Blöcke zerfielen in weltanschaulich getrennte Lager, d.h. es gab nun auch tschechische und italienische Klerikale sowie polnische und südslawische Sozialdemokraten. Lo-

⁵⁹ John W. BOYER, *Culture and Political Crisis in Vienna. Christian Socialism in Power, 1897–1918* (Chicago 1995), 111f.

⁶⁰ BOYER, *Crisis II*, 114f.

⁶¹ BOYER, *Crisis II*, 128f.

⁶² Alexander TÄUBLER, *Wie die Christlichsozialen ihre Wähler verraten haben! Ein wahrheitsgetreuer Bericht über die Tätigkeit der christlichsozialen Abgeordneten im Parlament* (Sozialdemokratische Werbeschriften zum Wahlkampf 14, Wien 1911), 2f.

thar Höbelt geht sogar so weit, die Zersetzung der eisernen Disziplin des Polenklubs als wichtigste Neuerung der Wahlreform von 1906/07 zu bezeichnen.⁶³ Betrachtet man die Zustände im Parlament vor und nach der Wahlreform, so kann man dem nicht widersprechen. Mit diesen neuen Verhältnissen musste sich ein cisleithanischer Ministerpräsident arrangieren, wollte er eine (mehr oder weniger) stabile Arbeitsmajorität schaffen. Gleichzeitig ermöglichte die Zersplitterung in weltanschauliche Gruppen eine verstärkte Anwendung des alten Grundsatzes „Divide et impera!“ durch Krone und Regierung.⁶⁴ Die Position der Deutschen, wie sie ja – gemessen an ihrer Anzahl im „Volkshaus“ (233 von 516) – dem Papier nach verringert wurde, konnte in Wahrheit verstärkt werden. Eben der Zerfall der nationalen Blöcke verstärkte die Macht der Deutschen wesentlich.⁶⁵

Bienerth stützte sich jedenfalls auf die Deutschnationalen, Italiener und Polen. Mit dem Ausscheiden der Polen aus der Regierung 1911 entschied sich der Ministerpräsident für vorgezogene Neuwahlen. Es blieb ihm auch nicht viel anderes übrig. In demokratiepolitischer Hinsicht (aus heutiger Sicht) ein Fortschritt – eine Entschärfung des Nationalitätenkonflikts brachte die Wahlreform nicht.⁶⁶

Ein weiteres Horrorszenario für Beck ergab sich durch den deutsch-tschechischen Konflikt. Vor allem die Frage, an welche Fraktion das Ackerbauministerium gehen sollte, brachte die Regierung fast zum Sturz. Sowohl die Christlichsozialen (und innerhalb dieser vor allem der niederösterreichische Bauernbund) als auch die tschechischen Agrarier beanspruchten den Ministersessel als Belohnung für ihre Unterstützung der Regierung.⁶⁷ Die damit unmittelbar verbundene „böhmische Frage“ hinsichtlich der Verwaltungssprache verschärfte die Krise der Regierung Beck nur noch.⁶⁸ Wie Lothar Höbelt in mehreren Publikationen richtigerweise hingewiesen hat, war der böhmische Sprachenstreit *via facti* gelöst. Im Sinne der

⁶³ Lothar HÖBELT, D. Parteien und Fraktionen im cisleithanischen Reichsrat. In: Helmut RUMPLER/Peter URBANITSCH (Hg.), *Verfassung und Parlamentarismus 1. Verfassungsrecht, Verfassungswirklichkeit, zentrale Repräsentativkörperschaften (Die Habsburgermonarchie 1848–1918 7, Wien 2000)*, 990f.

⁶⁴ Lothar HÖBELT, „Wohltemperierte Unzufriedenheit“. *Österreichische Innenpolitik 1908–1918*. In: Mark CORNWALL (Hg.), *Die letzten Jahre der Donaumonarchie. Der erste Vielvölkerstaat im Europa des frühen 20. Jahrhunderts* (o.O. 2004), 67.

⁶⁵ Lothar HÖBELT, *Franz Joseph I. Der Kaiser und sein Reich. Eine politische Geschichte* (Wien/Köln/Weimar 2009), 110–112.

⁶⁶ Helmut RUMPLER, *Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie (Österreichische Geschichte 1804–1914, Wien 1997)*, 553f.

⁶⁷ BOYER, *Crisis II*, 115f.

⁶⁸ BOYER, *Crisis II*, 131–134.

einsprachigen Gleichberechtigung wurde tschechisch in den (mehrheitlich) tschechischen Gebieten als innere und innerste Verwaltungssprache benutzt, und Deutsch in den deutschsprachigen Gebieten am Rande des Königreiches.⁶⁹ Geßmann riet Becks Nachfolger Bienerth, die böhmische Frage schlichtweg zu ignorieren und sich stattdessen sozialen Themen zuzuwenden. Doch der neue Ministerpräsident erwies sich als unlenksamer als Geßmann erhofft hatte.⁷⁰ Ein Zeitgenosse, das christlichsoziale Urgestein Josef Scheicher, meinte gar, die radikalen Tschechen hätten Bienerth veranlasst, das Parlament zu schließen. Dass seine eigene Partei einen nicht unwesentlichen Teil der Schuld am Scheitern der Regierung Bienerth trug, kam für Scheicher freilich nicht in Frage.⁷¹

⁶⁹ HÖBELT, *Unzufriedenheit*, 75f; Lothar HÖBELT, *Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918* (phil. Habil., Wien 1990), 316.

⁷⁰ BOYER, *Crisis II*, 142–144.

⁷¹ Josef SCHEICHER, *Erlebnisse und Erinnerungen* 6 (Aus dem politischen Leben 3, Wien/Leipzig 1912), 119.

V. Wahlwerbung anno 1911

Da im altösterreichischen Wahlrecht keine verpflichtende Erstellung einer Kandidatenliste vorgesehen war, konnten Wahlkampf bzw. Agitation mit Kandidatur gleichgesetzt werden.⁷² Wenn Kandidatenlisten erstellt und publiziert wurden, so geschah dies aus organisatorischen Gründen. Der Wert einer funktionierenden Parteiorganisation wurde erstmals von den Christlichsozialen und Sozialdemokraten erkannt, weniger von den deutschfreiheitlichen Parteien. Das Ideal eines effizienten Parteiapparates musste zum Ziel haben, eine von einem zentralen Gremium erstellte Kandidatenliste hervorzubringen, um so Gegenkandidaturen aus der eigenen Partei zu vermeiden. Dies gelang wohl keiner Partei besser als der gut durchorganisierten Sozialdemokratie. Dort wurden sämtliche Streitigkeiten innerhalb kürzester Zeit parteiintern geregelt, ohne dass sie in einer Schlammschlacht ausgeartet hätten. Das bürgerliche Lager hatte damit – wie bereits anhand der Fallbeispiele dokumentiert wird – so seine Probleme: das deutschfreiheitliche Lager lehnte überhaupt allzu straffe Organisationsformen ab, da man dadurch die Freiheit des einzelnen Kandidaten bzw. Abgeordneten eingeschränkt sah. Die Christlichsozialen hingegen hatten es unter Lueger sehr wohl zu funktionierenden Parteistrukturen gebracht, allerdings ohne nachhaltige Wirkung. Sie hatten allzu sehr auf ihren unumstrittenen Parteiführer gesetzt – und mit dessen Tod im März 1910 zerbrach die jahrzehntelang funktionierende Lueger-Koalition. Versuche (die vor allem von Albert Geßmann betrieben wurden), die Partei einer modernen Organisation zu unterwerfen, schlugen vorerst fehl. Die Sozialdemokraten hatten diese Phase im Wesentlichen seit dem Einigungsparteitag von 1889 hinter sich gelassen und waren folglich auch von personalen Wechseln ungleich weniger betroffen als die übrigen politischen Gruppierungen.

Nach der Nominierung von offiziellen Kandidaten in den entsprechenden Parteigremien begann der eigentliche Wahlkampf. Plakate, Wählerversammlungen und (mehr oder weniger kurze) politische Werbeschriften zählten zu den Waffen. Wählerversammlungen hatten nur wenig mit dem zu tun, was man am Beginn des 21. Jahrhunderts darunter verstehen könnte. Es handelte sich dabei um eine Versammlung im engeren Sinn des Wortes, d.h. mit

⁷² MELIK, Wahlen, 203.

Wahl des Versammlungsvorsitzenden, Schriftführers etc. – ähnlich einer Vereinssitzung. Dabei entwickelten die Kandidaten bzw. Agitatoren (als Stellvertreter des Kandidaten) ihr Programm. Um Abgeordneter werden zu können, bedurfte es folglich einer gewissen Redegewandtheit – eine Eigenschaft, die einem auch im Reichsrat von Nutzen sein konnte.

Im Unterschied zur Wählerversammlung konnten Reden auch auf offener Straße gehalten werden. Dabei ging es darum, wahlberechtigte Passanten dazu zu überreden, sich den Stimmzettel durch einen Agitator „korrigieren“ zu lassen. Die Reichsratswahlordnung konnte kein ausdrückliches Verbot von mit Stempeln oder Schreibmaschine ausgefüllten Stimmzetteln.⁷³ Da derartige Stimmzettel eben gültig waren, konzentrierten sich die Agitatoren auf ein „richtiges“ Ausfüllen derselben, d.h. ohne jegliche Rechtschreib- oder Abschreibfehler, um zu garantieren, dass diese Stimme tatsächlich dem gewünschten Kandidaten zugute kam. War ein Stimmzettel fehlerhaft ausgefüllt, so oblag es der Wahlkommission bzw. dem Vorsitzenden der Wahlkommission, über Gültigkeit oder Ungültigkeit der Stimme zu entscheiden (s. S. 18f).⁷⁴ Einschränkungen für die Agitationstätigkeit auf offener Straße betrafen nur einen bereits vorher von der politischen Behörde (Bezirkshauptmannschaft bzw. Magistrat) festgesetzten Radius rund um das Wahllokal – in den meisten Fällen zwischen zehn und fünfzehn Metern.⁷⁵

Die Wahlplakate dienten in erster Linie der Übermittlung der Daten des beworbenen Kandidaten. Wie bereits erwähnt, mussten Name, Beruf und Adresse vollständig auf den Stimmzettel übertragen werden. Dementsprechend wurden die Wahlplakate gestaltet: auf



⁷³ Neue Freie Presse vom 13. Juni 1911 (Morgenausgabe), 3.

⁷⁴ MELIK, Wahlen, 192f.

⁷⁵ Niederösterreichisches Landesarchiv, K.k.n.ö. Statthaltereipräsidium 1911. Kanzlei-Abteilung Besonderes. I/2b2, 1616 (Reichsratswahlen 1911 – Wählerversammlungen, Hintanhaltung von Gewalttätigkeiten, Militärassistenzen), Karton 128, k.k. B.-H. Mödling an k.k.n.ö. St.-Pr. (31. Mai 1911).

buntem Hintergrund mit großen, leicht lesbaren Lettern bedruckte, ca. 100 mal 30 cm große Papierstreifen. Optional konnten sich auf dem Wahlplakat noch Hinweise über Agitationslo-



kale oder prägnante Inhalte finden. Neben diesen kleinen Wahlplakaten gab es auch noch größere, die mehr auf Inhaltsvermittlung bedacht waren. Diese langwierig zu lesenden und nur sehr bedingt mit prägnanten Schlagworten ausgestatteten „Wandzei-

tungen“ dokumentieren (s. Abb. S. 88), dass das Wahlplakat damals erst in den Kinderschuhen steckte. Eine andere Möglichkeit waren kleine Pappkarten mit einem die Wahlwerbung enthaltenden Text. Diese Vorformen späterer „Flyer“ entbehrten jedoch ebenfalls kurzer, klarer Informationen (s. Abb. oben).

Ein nicht spezifisch für den Wahlkampf probates Mittel waren die Presseorgane der Parteien. Jeder der drei großen politischen Blöcke verfügte sogar über mehrere Printmedien, welche die Linie der Partei fast bedingungslos mittrugen. Bei der sozialdemokratischen Partei war das bekannterweise die „Arbeiter-Zeitung“. Daneben existierten noch mehrere regionale Blätter sozialdemokratischen Inhalts, etwa der „Volksbote“ für Floridsdorf und Umgebung. Das Medienspektrum im bürgerlichen Lager spiegelte die politische Fraktionierung dieser Gruppe wider: neben der christlichsozialen „Reichspost“ gab es noch das „Deutsche Volksblatt“, herausgegeben von Ernst Vergani. Nach Luegers Tod brach Vergani mit Geßmann, der weiterhin auf die „Reichspost“ setzte. Wichtigstes Organ deutschfreiheitlicher Weltanschauung war und blieb die „Neue Freie Presse“. Daneben gab es noch zahlreiche „Tagblätter“, welche als Organe von Landesparteien in den 1890er Jahren gegründet worden waren.⁷⁶ Für Niederösterreich spielte wohl das „Neue Wiener Tagblatt“ die wichtigste Rolle unter den Konkurrenzblättern der NFP, wenngleich es nie jene politische Reichweite erlan-

⁷⁶ HÖBELT, Kornblume, 350.

gen konnte wie die „österreichische Times“.⁷⁷ In Wahlkampfzeiten setzten sich all die genannten (und noch zahlreiche weitere) Organe für ihre jeweiligen Parteien ein und waren nicht – zumindest was den Innenpolitikeil anging – an einer objektiven Berichterstattung interessiert. Man kann davon ausgehen, dass die Bedeutung der Zeitungen fast gleichzusetzen ist mit jener von Wählerversammlungen und Wahlplakaten.

⁷⁷ HÖBELT, Kornblume, 354f.

VI. Vorgeschichte: Beck, Bienerth und das „Volkshaus“ (1907 bis 1911)

Wie schon von vielen anderen Parlamentsreformen in Altösterreich zuvor, erwarteten sich Krone und Regierung auch vom allgemeinen Wahlrecht ein arbeitsfähigeres Parlament.⁷⁸ Max Wladimir Freiherr von Beck, seit dem 2. Juni 1906 Ministerpräsident, wurde von Kaiser Franz Joseph mit der schwierigen Aufgabe betraut, eine Wahlreform auf parlamentarischem Wege durchzusetzen. Im Unterschied zu seinen zahlreichen Vorgängern, versuchte es Beck mit einer Miteinbeziehung der wichtigsten Parteien in sein Kabinett. Zu diesen Parteien zählten auch die Christlichsozialen Karl Luegers, denen Beck zwei Ministerien versprach. Nach zähen Verhandlungen entschied sich Lueger schlussendlich für die Zusammenarbeit mit der Regierung und erhielt im Gegenzug das Ackerbau- und das Arbeitsministerium.⁷⁹ Letzteres musste erst aus der Taufe gehoben werden und barg damit bereits zu die-



sem Zeitpunkt großes Konfliktpotential. Albert Geßmann, die seit der Verschlechterung des Gesundheitszustands Luegers aufstrebende Nummer Zwei der Christlichsozialen, erwartete sich vom Arbeitsministerium ein „Superministerium“ mit weitreichenden Kompetenzen.⁸⁰ Dabei hätten – so seine Pläne – sämtliche Agenden die Bereiche Handel und Industrie fündig von anderen Ministerien ins neue Arbeitsministerium führt werden sollen.⁸¹ Mit dem Publikwerden der (an sich heimen) Geßmannschen Vorstellungen in der „Neuen Freien Presse“, dem wohl bedeutendsten anti-christlichsozialen Medium der Zeit, wurde ihm ein Strich durch die Rechnung gemacht. Becks Ärger über das Misslingen der christlichsozialen Pläne hielt sich in Grenzen, war er doch darauf bedacht, die geförderten Parteien nicht allzu nahe ans Zentrum der Macht heranzulassen – im Gegenteil: der Erfolg war seiner, da Geßmann nun zum allgemeinen Hassobjekt geworden war.⁸²

⁷⁸ RUMPLER, Mitteleuropa, 552.

⁷⁹ BOYER, Crisis II, 116f.

⁸⁰ BOYER, Crisis II, 117–119.

⁸¹ BOYER, Crisis II, 119f.

⁸² BOYER, Crisis II, 119–121.

Die Regierung Beck brachte – als die größten Brocken – die Wahlreform und den Wirtschaftsausgleich mit Ungarn zustande.⁸³ Die neuere Forschung betrachtet das Kabinett als erfolgreich und innovativ, wenngleich zerbrach. Dafür waren mehrere Gründe ausschlaggebend: der Kampf um die Universitäten im Zuge der „Wahrmund-Affäre“, ausgelöst von Luegers Ansage, er wolle die Hochschulen als letzte Bastionen des Liberalismus erobern⁸⁴, die Krise rund um die Annexion der seit dem Berliner Kongress (1878) verwalteten türkischen Provinzen Bosnien und Herzegowina, den immer größer werdenden Gegensatz zwischen Kaiser Franz Joseph und dem Thronfolger und schließlich ein Wiederaufflammen des deutsch-tschechischen Konflikts in Böhmen. Aber auch die Christlichsozialen, und hier vor allem Geßmann, trugen das Ihre dazu bei – obwohl offiziell Teil der Regierungskoalition. Am 15. November 1908 jedenfalls musste Beck seinen Hut nehmen.

Sein Nachfolger Richard Freiherr von Bienenrth, ein Enkel Schmerlings, sollte kaiserlichem Auftrag gemäß eine „Fortsetzung des Kabinetts Beck ohne Beck“ einrichten. Im Unterschied zu Beck richtete Bienenrth allerdings ein reines Beamtenministerium ein und ergänzte



dieses erst später um Vertrauensleute aus den Parteien.⁸⁵ Ein rer Unterschied ergab sich aus der bevorzugten Arbeitsmehrheit: während der eher national-liberal denkende Beck auf die lichsozialen setzte, bildete der „Christlichsoziale“ Bienenrth eine Koalition, wo der Deutsche Nationalverband die wichtigste Rolle spielte.⁸⁶ Letzterer begründete seinen gouvernementalen Kurs mit, „dass nichts Besseres nachkomme“.⁸⁷ Tatsächlich überlebte Bienenrth nur von Kaisers Gnaden, vor allem da er sich als

loser als sein Nachfolger Stürgkh und als unflexibler als sein Vorgänger Beck erwies.⁸⁸ Der Sozialdemokrat Ludwig Brügel sah in Bienenrth einen „stumm gehorchenden Staatslenker“ – ein Attribut, welches er auch Stürgkh angehaftete.⁸⁹ Tatsächlich fuhr Bienenrth mit dem Abgeordnetenhaus einen härteren Kurs als dies etwa Beck getan hatte und zeigte sich bei wei-

⁸³ HÖBELT, Unzufriedenheit, 71f.

⁸⁴ RUMPLER, Mitteleuropa, 553.

⁸⁵ HÖBELT, Kornblume, 318f.

⁸⁶ HÖBELT, Franz Joseph I., 112f.

⁸⁷ HÖBELT, Kornblume, 321.

⁸⁸ BOYER, Crisis II, 149.

⁸⁹ BRÜGEL, Sozialdemokratie, 103.

tem nicht so kompromissbereit. Bei der geringsten Obstruktionsandrohung ließ er das Haus vertagen und die Abgeordneten fielen um ihre Diäten um – ein gewisses Druckmittel, das Bienenrth voll auszunützen verstand. Vor allem bei den oppositionellen Tschechen zeitigte diese Maßnahme erstaunliche Effizienz.⁹⁰

Der altösterreichische Reichsrat funktionierte eben anders als man es heutzutage von einem Parlament gewöhnt ist. Eine Vertagung musste nicht notwendigerweise das Ende einer Legislaturperiode bedeuten, da die Regierung nicht dem Parlament, sondern dem Kaiser verantwortlich war – und somit nicht durch ein (rein rechtlich nicht mögliches) Misstrauensvotum gestürzt hätte werden können. Die Vertagung des Parlaments führte nur in den wenigsten Fällen zu Neuwahlen. Als Bienenrth das Parlament im März 1911 schloss und vorzeitige Neuwahlen ankündigte, wollte es noch niemand so recht glauben – am allerwenigsten die Christlichsozialen.⁹¹ Delikaterweise erhoffte sich Bienenrth dadurch eine Stärkung des bürgerlichen Lagers, just in dem Moment, als sich die Christlichsozialen am Höhepunkt ihrer Selbstzerfleischung befanden.⁹² Die „Neue Freie Presse“ frohlockte bereits im Vorhinein und prophezeite schon das sichere Ende der christlichsozialen Herrschaft in Niederösterreich (vor allem in Wien). Selbst wenn sich der totale Untergang noch nicht in dieser Wahl offenbare, die Auflösung der Partei sei nur mehr eine Frage der Zeit.⁹³ Die vorzeitige Schließung des Reichsrates beraubte auch Geßmann seiner wichtigsten Waffe für den nächsten Wahlkampf, nämlich der Versicherungsgesetze, die gerade ausgearbeitet worden waren und nur mehr vom Hohen Haus angenommen hätten werden müssen. Somit wurden die Christlichsozialen, ohne einen Erfolg vorweisen zu können, in die Wahl gedrängt.

Der eigentliche Grund für die Aufgabe – oder besser: den Sturz – Bienenrths lag in den Forderungen, welche die Regierungsparteien für die Gefolgschaft stellten: deutsche Hegemonie in der Zentralverwaltung, polnische Wasserstraßen und eine Rechtsfakultät mit italienischer Vortragssprache.⁹⁴ Bienenrth hatte, wie zuvor schon Beck, auf eine stabile Arbeitsmajorität im Abgeordnetenhaus hingearbeitet. Trotz des Erfolges dieses seines Projektes hatte er damit eine ebenso stabile Opposition geschaffen, die im Großen und Ganzen aus der „Slawi-

⁹⁰ HÖBELT, Kornblume, 321–323.

⁹¹ SCHEICHER, Erlebnisse 6, 119.

⁹² BOYER, Crisis II, 162.

⁹³ Neue Freie Presse vom 12. Juni 1911, 1.

⁹⁴ HÖBELT, Parteien, 984f.

schen Einheit“ bestand. Mit dem Wegfall der Polen war dann auch Bienerths Zeit vorüber.⁹⁵ Erst Stürgkh ließ dieses Konzept fallen und probierte es mit einer „Politik der Diagonale“, indem er ungedeckte Wechsel nach allen Richtungen austeilte und an den Randpunkten des politischen Spektrums jeweils einen Fuß in der Tür zu haben versuchte.⁹⁶

⁹⁵ HÖBELT, *Unzufriedenheit*, 73.

⁹⁶ HÖBELT, *Kornblume*, 334f.

VII. Quellen und Methodik

Hier soll in erster Linie eine Zusammenschau von Themen und Ereignissen geliefert werden, welche den Wahlausgang wesentlich beeinflussten. Wie bei den meisten geschichtswissenschaftlichen Analysen wird auch hier auf den Vergleich als wichtigste Methode zurückgegriffen werden. Dies bietet sich schon allein dadurch an, dass in der Monarchie ja nur zwei Wahlen nach allgemeinem Wahlrecht abgehalten wurden, nämlich 1907 und 1911. Als wichtigste Quelle diene hier das Zahlenwerk der Statistischen Zentralkommission, welche die offiziellen Zahlen (für beide Wahlen) veröffentlichte.⁹⁷ Daneben soll auch versucht werden, die Einschätzungen der Behörden, die in jener Zeit die Aufgabe von staatlichen Meinungsforschungsinstituten wahrnahmen, miteinzubeziehen. Diese Akten sind zum allergrößten Teil erhalten und liegen im Niederösterreichischen Landesarchiv in St. Pölten.⁹⁸ Weitere Einschätzungen der Wahlbewegung sowie Versuche, das Ergebnis zu prognostizieren ließen sich in den zeitgenössischen Zeitungen finden, die größtenteils durch das ANNO-Projekt der Österreichischen Nationalbibliothek der Öffentlichkeit leicht zugänglich sind.⁹⁹

Die Schwierigkeit des Umgangs mit altösterreichischen Zeitungen liegt vor allem darin, dass es keine Zeitungen gab, die auf Objektivität und Überparteilichkeit bedacht gewesen wären. Die „Neue Freie Presse“ (im Folgenden NFP genannt) etwa, oft auch die österreichische „Times“ genannt, vertrat klar die Linie des „deutschen Freisinns“, also der gemäßigten deutschliberalen Strömung des deutschfreiheitlichen Lagers. Im Unterschied zur „Reichspost“ oder zur „Arbeiter-Zeitung“, welche beide ausschließliche Organe einer politischen Bewegung waren (Christlichsoziale Partei bzw. Sozialdemokratische Partei), kam der NFP eine wichtigere Stellung zu, vor allem ihrer Auflagenstärke wegen. Der altösterreichische Zeitungsmarkt war wesentlich bunter als dies etwa in der heutigen Republik der Fall ist. Für den Historiker ergibt sich damit das Problem, einerseits den Überblick nicht zu verlieren und andererseits der damaligen Wichtigkeit der Printmedien Rechnung zu tragen.

⁹⁷ Summarische Ergebnisse der Statistik der Reichsratswahlen von 1911 in den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern (Brünn 1911).

⁹⁸ Niederösterreichisches Landesarchiv, K.k.n.ö. Statthaltereipräsidium 1911. Kanzlei-Abteilung Besonderes. I/2b2, 1368, 1616, 2017, 2045, 2117, 2223, 2310, 2313, 3409, allesamt Karton 128; außerdem: Niederösterreichisches Landesarchiv, K.k.n.ö. Statthaltereipräsidium 1907. Kanzlei-Abteilung Besonderes. I/2b2, 1444, Karton 66.

⁹⁹ <http://anno.onb.ac.at/> (15. Dezember 2009).

Weiters fließen in die Arbeit Daten aus den Stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses sowie diverse Gesetzestexte mit ein. Beide sind – der Nationalbibliothek sei Dank – wie die Zeitungen online abrufbar.¹⁰⁰ Die Reichsratswahlordnung von 1906/07, wo der Ablauf der „neuen“ Wahlen nach dem allgemeinen Wahlrecht festgelegt ist, findet sich auszugsweise im Anhang dieser Arbeit – vor allem die Grenzen der einzelnen Wahlbezirke. Ohne diese angefügte Auflistung wäre es unmöglich, dem Leser einen Überblick zu verschaffen. Mit den insgesamt 64 Wahlbezirken Niederösterreichs wären wir schon bei der nächsten Problemstellung: der anfängliche (aus späterer Sicht: naive) Glaube des Autors, die Wahl in ihrer Gesamtheit in einem größeren Kapitel beschreiben zu können, erwies sich als Illusion. Tatsächlich muss von 64 verschiedenen Wahlen gesprochen werden, deren detaillierte Behandlung der Rahmen der Arbeit nicht zulässt. Daher wurde eine möglichst repräsentative Auswahl getroffen, indem wiederkehrende politische Konstellationen anhand einiger Wahlbezirke detailliert darzustellen versucht werden. In Summe handelt es sich dabei um insgesamt elf Wahlbezirke, die einer genaueren Beschreibung unterzogen werden sollen.

In methodischer Hinsicht geht es um eine Verknüpfung zwischen Ereignissen auf regionaler (Wahlbezirk) Ebene, territorial größeren aber sozial ähnlichen Gebieten (Wahlbezirksgruppen) und der Gesamtebene (gesamtes Land bzw. Reichsrat). Dabei soll herausgearbeitet werden, wie das soziale Umfeld der Bevölkerung in diversen Wahlbezirken mit den verschiedenen Wahlergebnissen korreliert. Weiters soll auch versucht werden, auf die Persönlichkeiten der Kandidaten einzugehen, um möglichst verständlich machen zu können, warum die Wahl so ausfiel und nicht anders – Stichwort: der Historiker als „rückwärtsgewandter Prophet“. Daneben wird noch auf den Organisationsgrad der einzelnen Parteien bzw. Abgeordnetengruppen eingegangen werden. Die Methoden der modernen Wahlmotivforschung greifen heute auf Umfragen zurück – solche gibt es 1911 freilich noch nicht. Allerdings können Analysen in Printmedien sowie (zum Zeitpunkt ihres Erscheinens noch vertrauliche!) politische Berichte diesen Platz teilweise einnehmen. Die große Frage, nämlich wie eine Wahl anno 1911 ablief, kann nur durch eine Verschränkung all dieser oben genannten Aspekte und Quellen beantwortet werden.

¹⁰⁰ <http://alex.onb.ac.at/> (15. Dezember 2009).

Es brauchte eine ganze Weile, bis ein gangbarer Weg von der Sichtung des Quellenmaterials bis zur Aufarbeitung desselben gefunden wurde. Zunächst erfolgte eine Einteilung in Wahlbezirksgruppen (Wien, städtisch [ohne Wien] und ländlich), danach wurde zur Auswahl der behandelten Wahlbezirke geschritten (warum welche Wahlbezirke ausgewählt wurden und nicht andere findet sich in den folgenden Kapiteln), sodann das Material den Wahlbezirk betreffend zusammengetragen und geordnet. Danach wurden die einzelnen Abhandlungen über die Wahlbezirke gegliedert wie folgt:

- Einleitung für die gesamte Wahlbezirksgruppe (analytisch)
- Darstellung des Ablaufs der Wahlbewegung und der Kandidatenchancen für den einzelnen Wahlbezirk (deskriptiv)
- Schlussbetrachtung und Bewertung des Wahlkampfes sowie Begründung für die Auswahl des betreffenden Wahlbezirks (analytisch)
- Conclusio für die gesamte Wahlbezirksgruppe (analytisch)

Abschließend wird noch eine Gesamtbetrachtung der Wahl landesweit geboten. Eine Abrundung des Bildes wird durch eine kurze Zusammenfassung und Beschreibung der Agitationmöglichkeiten der Kandidaten gewährleistet.

Neben den bereits erwähnten Auszügen aus der Reichsratswahlordnung von 1907 kommt noch eine Liste der Abgeordneten mit ihrer Parteizugehörigkeit in den Anhang.

P.S.: Dass den Christlichsozialen in der Arbeit eine gewisse Vorrangstellung eingeräumt wurde, geschah nicht etwa aus Parteilichkeit oder Sympathie. Vielmehr nahmen sie ja zwischen 1907 und 1911 eine derart dominante Stellung ein, dass sich auch die Forschung eher mit ihnen befasste als mit anderen Parteien. Daneben wurde der Niedergang der Christlichsozialen in Wien schon von den Zeitgenossen als das zentrale Ergebnis der Wahl in Niederösterreich bewertet. Über die Christlichsozialen wurde viel geschrieben, auch viel Unbrauchbares. Die beiden Werke von John W. Boyer¹⁰¹ allerdings ragen hier heraus: sie basieren auf einem modernen geschichtswissenschaftlichen Verständnis und grenzen sich klar ab von den oft hagiographischen Darstellungen vergangener Zeiten. Ein ähnlich gelungenes

¹⁰¹ John W. BOYER, Culture and Political Crisis in Vienna, 2 Bde. (Chicago 1995).

und brauchbares Werk hat Lothar Höbel über die deutschfreiheitlichen Parteien geliefert¹⁰². Für die Sozialdemokratie bleibt ein vergleichbares Werk bisher leider ein Desiderat.

¹⁰² HÖBELT, Kornblume.

VIII. Detailstudien

VIII.1.a Die Wahlbezirke der Stadt Wien (Nr. 1 bis 33)

Mit der Eroberung des Rathauses 1894 war es Lueger und Geßmann (den ersterer als „Organisator des Sieges“ bezeichnete) gelungen, die eigentlich josephinisch orientierten Beamten dergestalt zu beeinflussen, dass sie bald zu einer Stütze der christlichsozialen Herrschaft wurden. Luegers „Vaterstadt“ ähnelte – wie John W. Boyer nachgewiesen hat – sehr den US-Städten der 1920er Jahre. Mit dem Unterschied allerdings, dass der typische US-Boss **die Partei** als sein Eigentum betrachtete, während Lueger **die Stadt** als solches ansah.¹⁰³ Die Bürokratie, auf welche sich die Liberalen zuvor gestützt und die sie als Bollwerk angesehen hatten, übernahmen die Christlichsozialen weitgehend – trotz der heftigen Kritik, die sie in ihrer Anfangsphase (vor 1894) daran geübt hatten. Mit kommunalen Großprojekten à la Zweite Wiener Hochquellwasserleitung, Städtische Gaswerke, Versorgungsheim Lainz oder der Elektrifizierung (und Kommunalisierung) der Wiener Straßenbahnen wollten die Christlichsozialen den Unterschied zur vorangegangenen liberalen Ära verdeutlichen. Während die Liberalen ihre Großprojekte (Erste Wiener Hochquellwasserleitung, Ringstraße etc.) größtenteils zur privaten Nutzung konzipierten, sollten die Luegerschen Bauten der Allgemeinheit dienen. Tatsächlich – und hier liefen die Kritiken von Sozialdemokraten und Deutschfreiheitlichen zusammen – genossen infrastrukturelle Maßnahmen klaren Vorrang gegenüber sozialen Interventionen. Die Wohnungsnot etwa besserte sich kaum, da man den Wohnungsbau weiterhin der privaten Hand überließ; gleiches galt für die Situation der Industriearbeiter.

Ideologie war Luegers Sache nicht: die Christlichsozialen unter ihm hingen einer paradoxen Mischung aus altertümlichem, zünftischem und ständischem Denken und technologischer Innovation an. Technische Pionierleistungen wie die Wiener Stadtbahn oder die Zweite Wiener Hochquellwasserleitung koexistierten neben einer romantischen Verklärung von

¹⁰³ BOYER, Crisis II, 243f.

mittelalterlichen Traditionen und einer vertikalen Gesellschaftsgliederung – ganz im Stile des „Makart-Festzuges“ vom 27. April 1879.¹⁰⁴ Durch sein enormes rhetorisches Talent vermochte Lueger den scheinbar unüberwindlichen Widerspruch zwischen „Alt-Wien“ mit seinen Handwerkern und seinem angeblichen Zusammengehörigkeitsgefühl und der Moderne mit ihrer Industrie und ihren sozialen Begleiterscheinungen aufzulösen. Lueger und die füh-



renden Christlichsozialen konzipierten ihre Partei als eine des „Mittelstandes“, in der sowohl die obersten als auch die untersten Schichten keine Vertretung fanden. Symbolisch dafür stützte sich Lueger während seiner Zeit als Wiener Bürgermeister auf die städtische Bürokratie und die Hausbesitzer, denen er auch auf Landtageebene zu einem verstärkten Gewicht verhalf.¹⁰⁵ Das neue Landtagswahlrecht von 1907 sollte die christlichsoziale Hegemonie auch in dieser Hinsicht festschreiben: die neue Einteilung in vier Wahlkörper benachteiligte und marginalisierte sowohl den ersten als auch den vierten Wahlkörper.

Daneben bewirkte eine Sesshaftigkeitsklausel von drei Jahren, dass ca. 50% aller Arbeiter vom Wahlrecht ausgeschlossen blieben.¹⁰⁶

Die Wahlbeobachtung für die Stadt Wien war Aufgabe der Polizeidirektion. Wie die Statthalterei entzog auch sie sich der Machtsphäre der Wiener Kommunalpolitik, da beide unmittelbar der landesfürstlichen (d.h. kaiserlichen) Verwaltung unterstanden. Wenn nicht gerade Wahlen bevorstanden, nutzte die Regierung diese Behörden, um die – ansonsten autonome – Gemeindepolitik zu überwachen. Daneben zählte noch das Sanktionsrecht des Kaisers zu den Einflussmöglichkeiten des Staats auf die Wiener Kommunalpolitik. Bekanntlich machte Kaiser Franz Joseph davon Gebrauch, als er viermal die Wahl Luegers zum

¹⁰⁴ Der vom Künstler Hans Makart organisierte Festzug anlässlich der Silberhochzeit des kaiserlichen Paares wurde zum Symbol einer antiliberalen Wirtschaftsordnung. Vor allem die zünftische Tradition wurde im Festzug beschworen, vgl. Wolfgang MADERTHANER, 2. Von der Zeit um 1860 bis zum Jahr 1945. In: Peter CSENDES/Ferdinand OPLL (Hg.), Von 1792 bis zur Gegenwart (Wien. Geschichte einer Stadt 3, Wien/Köln/Weimar 2006), 206f.

¹⁰⁵ BOYER, Crisis II, 244; MADERTHANER, 1860-1945, 229–231.

¹⁰⁶ MADERTHANER, 1860-1945, 229–231; UCAKAR, Demokratie, 281.

Bürgermeister ablehnte. Erst auf Anraten des neuen Ministerpräsidenten Kasimir Graf Baderoni konnte der Monarch doch noch zur Erteilung der kaiserlichen Sanktion am 20. April 1897 überredet werden – an seiner grundsätzlichen Skepsis gegenüber Lueger änderte sich jedoch vermutlich nichts. Dieser verstärkte Einfluss der Zentralgewalt bewirkte in der Folge, dass die Korruption während der christlichsozialen Ära der Stadt weit nicht jenes Maß erreichte, wie es etwa unter den Liberalen der Fall gewesen war.¹⁰⁷

Vor der Wahl von 1907 waren die Grundvoraussetzungen noch gänzlich andere gewesen: Lueger lebte noch und griff noch aktiv in den Wahlkampf ein, die Teuerungswelle kam erst später und die Deutschfreiheitlichen hatten sich noch nicht vollständig auf das allgemeine Wahlrecht eingestellt. Dementsprechend fiel auch das Ergebnis aus: von 33 Abgeordneten stellten 20 die Christlichsozialen, 10 die Sozialdemokraten, 2 die Deutschfortschrittlichen und einen ein „wilder“ (liberaler) Sozialpolitiker. Innerhalb von nur zwei Jahren (1910/11) stellte sich in der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien eine enorme Unzufriedenheit mit der Bürgermeisterpartei ein. Vor allem die Teuerungskrise konnte von den Sozialdemokraten geschickt ausgenutzt werden und als Motiv belegt werden, nicht christlichsozial zu wählen. Während ihrer (nahezu absoluten) Herrschaft in Wien hatten sich die Christlichsozialen eine Opposition herangezuchtet, die nur auf ihre Chance wartete.

Mit der Ankündigung von Neuwahlen im März 1911 sahen viele diese Chance für gekommen. Die Polizeidirektion berichtete in ihrem ersten periodischen Bericht vom 13. April 1911 nur zaghaft über ernstzunehmende Gegenkandidaturen, die den Christlichsozialen in manchen Wahlbezirken größere Probleme bereiten könnten. Hinsichtlich der Wahlprognose zeigte man sich aber noch relativ sicher, dass die christlichsozialen Kandidaten den Sieg davontragen würden. Insgesamt wusste man von 54 Kandidaturen für 33 zu vergebende Mandate. Davon hielt man in 15 Wahlbezirken einen christlichsozialen Sieg für wahrscheinlich, in fünf einen sozialdemokratischen und in einem einen deutschfreiheitlichen. In allen übrigen Wahlbezirken (12) schien der Polizeidirektion der Ausgang der Wahl zweifelhaft.¹⁰⁸ Freilich muss man anmerken, dass der Zeitpunkt für eine stichhaltige Antizipation noch sehr verfrüht gewesen wäre, und dennoch: der Gegenwind, welcher den Christlichsozialen in der Hauptstadt ins Gesicht blies, wurde für ein Lüftchen gehalten, das keinesfalls das christlich-

¹⁰⁷ BOYER, Crisis II, 247.

¹⁰⁸ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (13. April 1911).

soziale Gebäude zum Einsturz bringen könnte. An diesem Denken hielt man auch noch eine Woche später fest. Über die Osterfeiertage hätte sich an der Situation kaum etwas geändert und auch Wählerversammlungen seien nach wie vor rar. Die oben genannte Statistik behielt auch im zweiten Wochenbericht ihre Gültigkeit. Lediglich die Aufstellung von Kandidaten der „Wirtschaftspolitischen Reichspartei“ (einer wirtschaftsliberalen Gruppierung, die weltanschaulich zwischen Christlichsozialen und Deutschfreiheitlichen stand) in einigen Bezirken erschien erwähnenswert.¹⁰⁹

Das Dilemma der Christlichsozialen machte sich erst allmählich bemerkbar, als sich etwa im Wahlbezirk Nr. 14 (Neubau I) neun christlichsoziale Kandidaten anmeldeten. Vermittlungsversuche zwischen widerstrebenden Flügeln innerhalb der Partei seien bis dato erfolglos geblieben. Das Chaos ging so weit, dass die Parteileitung derartigen Erscheinungen machtlos gegenüberstand: in acht Wahlbezirken konnte man sich auf keinen offiziellen Wahlwerber einigen. Die Sozialdemokraten veröffentlichten indessen am 23. April 1911 ihre Kandidatenliste, wo nur für die Wahlbezirke Nr. 17 (Alsergrund I) und 31 (Döbling) noch keine Kandidaten genannt wurden. Ganz im Unterschied zu den Christlichsozialen gelang es den Sozialdemokraten, pro Wahlbezirk nur einen einzigen Kandidaten zu nominieren – und diese Entscheidung wurde öffentlich nicht diskutiert. An der behördlichen Einschätzung hinsichtlich der Erfolgsaussichten änderte dies aber nichts: immer noch hielt man die Wahl von 15 Christlichsozialen für ziemlich gesichert, ebenso jene von fünf Sozialdemokraten und jene von zwei Deutschfreiheitlichen. Die Zahl der bekanntgewordenen Kandidaturen erhöhte sich um knapp die Hälfte auf 74.¹¹⁰

Während sich die Christlichsozialen immer noch in Streit und Hader ergossen, stellten verschiedene deutschfreiheitliche Gruppierungen Kandidaten auf: von den Alldeutschen wurde ein Name in Umlauf gebracht, von den Deutschradikalen und der Deutschen Arbeiterpartei insgesamt 14 Kandidaten. Darüber hinaus kandidierte auch der Gewerbliche Zentralwahlausschuss Wahlwerber in vier Wahlbezirken auf Basis eines „rein wirtschaftlichen, gewerbefreundlichen Programme[s, PD]“. (Hier handelte es sich um unzufriedene Gewerbetreibende und Genossenschaftler, die in früheren Zeiten die Christlichsozialen unterstützt hatten. Die Wahlwerber dieser Gruppierung sind als Gegenkandidaten zu den Kandidaturen

¹⁰⁹ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (20. April 1911).

¹¹⁰ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (27. April 1911).

der christlichsozialen Arbeiterschaft zu verstehen. Teilweise gaben sie auch Wahlauftrufe für Kandidaten verschiedener deutschfreiheitlicher Gruppierungen ab.) Erst ab Anfang Mai wurde die Wahlbewegung lebhafter und Wählerversammlungen traten verstärkt auf, so die Polizeidirektion Wien. Die Kandidatenanzahl stieg innerhalb einer Woche auf 125 an. Ihrer Einschätzung nach gewannen die Christlichsozialen in 17 Wahlbezirken, die Sozialdemokraten in fünf und die Deutschfreiheitlichen in drei. In den übrigen acht Wahlbezirken könne noch kein Ergebnis prognostiziert werden.¹¹¹

Erst am 7. Mai 1911 veröffentlichten die Christlichsozialen eine Kandidatenliste für 27 von 33 Wahlbezirken. In den übrigen sechs Wahlbezirken konnte noch keine Einigung erzielt werden, sodass dort mehrere christlichsoziale Kandidaten gegeneinander antraten. In acht Wahlbezirken stellte der Gewerbliche Zentralwahlausschuss eigene Kandidaten auf, in jeweils drei unterstützte er christlichsoziale bzw. deutschfreiheitliche Kandidaten. Die Deutschnationalen beschlossen am 5. Mai 1911 die Gründung eines eigenen „Deutschen Hauptwahlausschusses für Wien“, mithilfe dessen für sämtliche Wahlbezirke Kandidaturen



DIE POLIZEIDIREKTION
AM SCHOTTENRING. . .

beschlossen werden sollten. (Die Polizeidirektion Wien fasste diese Kandidaturen unter dem Attribut „deutscharisch“ zusammen). Bei den Alldeutschen trat ein alter Bekannter wieder auf: in sämtlichen Wahlbezirken wurde Georg Schönerer – das „von“ war ihm 1888 aberkannt worden – kandidiert.¹¹² Diese (Klein-)Gruppe

nete sich, wie schon in anderen Wahlen davor, dadurch aus, dass sie sämtliche Kompromisse mit anderen Parteien verwarf und stattdessen die Losung ausgab, im Falle einer Stichwahl leere Stimmzettel in die Urne zu werfen. Mit dem Erreichen einer Stichwahl rechnete wohl nicht einmal Schönerer selbst – insofern handelte es sich um eine bloße Zählkandidatur. Mit dieser Taktik blieb Schönerer jedoch nicht allein: von den insgesamt 143 bekannten Kandidaturen galten die meisten als Zählkandidaturen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammen-

¹¹¹ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (4. Mai 1911).

¹¹² Zeitgenössische Quellen wählen in den meisten Fällen die Passivform, z.B. Herr N.N. wird als Kandidat der Partei XY kandidiert.

hang die Sorgfalt, mit welcher die Polizeidirektion nach der Vollständigkeit der Angaben (Name, Adresse, Beruf) forschte – obwohl es sich offensichtlich um aussichtslose Kandidaturen handelte. Hinsichtlich der Wählerversammlungen vermerkte die Polizeidirektion zwar ein vermehrtes Auftreten, zu Zwischenfällen wäre es aber noch nicht gekommen. Die Wahlaussichten der einzelnen Kandidaten hielt man am Schottenring Nr. 11 (dem Sitz der Polizeidirektion Wien von 1875 bis 1945; heute: Hilton Vienna Plaza Hotel) am 11. Mai 1911 für die gleichen wie in der Woche davor.¹¹³

Am 18. Mai 1911 zeigte sich die Situation ziemlich unverändert: der interne Kampf der Christlichsozialen in bestimmten Wahlbezirken setzte sich fort und verschiedene deutsch-freiheitliche Gruppierungen nominierten noch (Zähl-)Kandidaten, wo dies bisher noch nicht der Fall gewesen war. Die Tschechischnationale Partei ernannte die ersten Zählkandidaten in einigen Wahlbezirken, freilich ohne Aussicht auf Erfolg. Jene Zahlen, welche in der Wahl auf diese Partei entfielen, geben jedoch den tschechischen Anteil an der Wiener Bevölkerung keineswegs wieder, da die meisten tschechischen Arbeiter die Sozialdemokraten unterstützten. Diesbezüglich hatte es schon vor der Wahl eine Wahlempfehlung der – mittlerweile eigenständigen – tschechischen Sozialdemokraten zugunsten ihrer deutschen Schwesterpartei gegeben. Die bürgerliche Tschechischnationale Partei litt unter ganz ähnlichen Symptomen wie das deutsche national-freiheitliche Lager, denn auch hier war der Weg einer einheitlichen Nominierung von Kandidaten ein steiniger. Die Anzahl der bekannt gewordenen Kandidaturen steigerte sich leicht auf 150.¹¹⁴

Noch am 25. Mai 1911 – also drei Wochen vor der Hauptwahl – fehlte den Christlichsozialen ein Kandidat für zwei Wahlbezirke, wo mittlerweile sogar die Tschechischnationale Partei eine alle Wahlbezirke umfassende Kandidatenliste zustandegebracht hatte.¹¹⁵ Später, am 30. Mai 1911, berichtete die Polizeidirektion von „zahlreichen Versammlungen, die zuweilen einen stürmischen Verlauf nehmen“, wenngleich es bis dato zu keinen ernstern Ausschreitungen gekommen sei. Inoffiziell wurden für die zwei verbliebenen Wahlbezirke christlichsoziale Kandidaten gefunden, jedoch ohne eine offizielle Bestätigung durch die Parteileitung. Die Zahl der bekannt gewordenen Kandidaturen stieg noch einmal auf 180 an. Die

¹¹³ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (11. Mai 1911).

¹¹⁴ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (18. Mai 1911).

¹¹⁵ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (25. Mai 1911).

polizeilichen Einschätzungen hinsichtlich der Wahlaussichten der einzelnen Kandidaten änderten sich dabei kaum: immer noch erwartete man 17 christlichsoziale Siege, fünf sozialdemokratische und drei deutschfreiheitliche.¹¹⁶

Im letzten Bericht vor der Wahl schätzte die Polizeidirektion die Chancen der – mittlerweile 210 – Kandidaten, ein: man kam zu dem Ergebnis, dass in 20 Wahlbezirken die Christlichsozialen, in acht die Sozialdemokraten und in drei deutschfreiheitliche Parteien obsiegen würden. Nur in zwei Wahlbezirken wagte man nicht, den Ausgang der Hauptwahl vorherzusagen, nämlich im 11. (Margareten) und im 22. Wahlbezirk (Meidling). In beiden Fällen neigte man aber eher zu einem christlichsozialen Sieg in der Stichwahl. Die Wahlbewegung erreichte naturgemäß ihren Höhepunkt, so dass man sagen konnte: „Alle Parteien treffen mit Rührigkeit die letzten Vorbereitungen für den Wahltag und allerorts wird eine überaus intensive Agitation entfaltet.“¹¹⁷

VIII.1.1 Wahlbezirk Nr. 4 (Rathausviertel)

Der Wahlbezirk Nr. 4 umfasste das Rathausviertel der Wiener Innenstadt. Hier war freilich eine andere Klientel anzutreffen als in Margareten oder Ottakring (oder auch in Leopoldstadt II). Hier wehte den Christlichsozialen der schärfste Wind aus deutschfreiheitlicher



Richtung ins Gesicht – nicht aus sozialdemokratischer, woher nur bloße Zählkandidaten entsandt werden konnten. Das Rathausviertel spielte nicht nur wegen seiner privilegierten Bewohner eine wichtige Rolle – das Mandat wurde von nur 2.484 Wahlberechtigten gewählt – sondern auch deshalb, weil hier und in Hietzing vor vier Jahren Karl Lueger gewählt worden war. Der Bürgermeister erhielt im Jahre 1907 schon im ersten Wahlgange 60,2 Prozent der Stimmen und galt damit als ge-

¹¹⁶ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (30. Mai 1911).

¹¹⁷ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (7. Juni 1911).

wählt. Aufgrund der Doppelwahl legte er das Mandat des Rathausviertels zurück, um jenes von Hietzing annehmen zu können.¹¹⁸ In einer Ergänzungswahl vom 20. Juni 1907 ging Heinrich Ritter von Wittek als Sieger hervor und wurde am 25. Juni 1907 angelobt.¹¹⁹ Wittek war kein Unbekannter: immerhin war er als kurzzeitiger Ministerpräsident für ca. einen Monat (Dezember 1899/Jänner 1900) Regierungschef Cisleithaniens und von 1897 bis 1905 langjähriger Eisenbahnminister. Er kann in unserer Studie als weiteres Beispiel für die gelungene Integration von Adeligen, welche zuvor andere Ansichten vertreten hatten, in die Partei Luegers gesehen werden.

Wittek galt in den Augen der Polizeidirektion Wien schon vom ersten Bericht an als aussichtsreichster Kandidat im Rathausviertel.¹²⁰ Vierzehn Tage später wurden erstmals Gegenkandidaten für Wittek genannt: der sozialdemokratische Schriftsteller Engelbert Pernerstorfer und der deutschfreiheitliche Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Wilhelm Neumann.¹²¹ Für Pernerstorfer, einen Sozialdemokraten der ersten Stunde, spielte der Kandidatenstatus im 4. Wahlbezirk keine Rolle, denn sein Hauptwahlkampf fand im Städtewahlbezirk Nr. 40 (Wiener Neustadt) statt (s. S. 95ff). Neumann dagegen konnte sich gute Chancen ausrechnen, sollte die Unzufriedenheit mit den Christlichsozialen im Wahlbezirk Nr. 4 ausreichend groß sein. Die Aussichten dafür schienen nicht so schlecht, da die Fleischkrise nach wie vor noch nicht durchgestanden war und Wittek zur Fraktion der Agrarier zählte, die sich im Reichsrat gegen erhöhte Fleischeinfuhren aus dem Ausland aussprachen.¹²² Wittek wurde von Beginn an favorisiert und seine Wiederwahl im ersten Wahlgang galt auch noch im letzten Bericht der Polizeidirektion als ziemlich sicher.¹²³

¹¹⁸ Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Hauses der Abgeordneten des österreichischen Reichsrates, Session 18, Sitzungsprotokolle, S. 9.

¹¹⁹ Sten. Prot. AH, Session 18, Sitz.prot., 55.

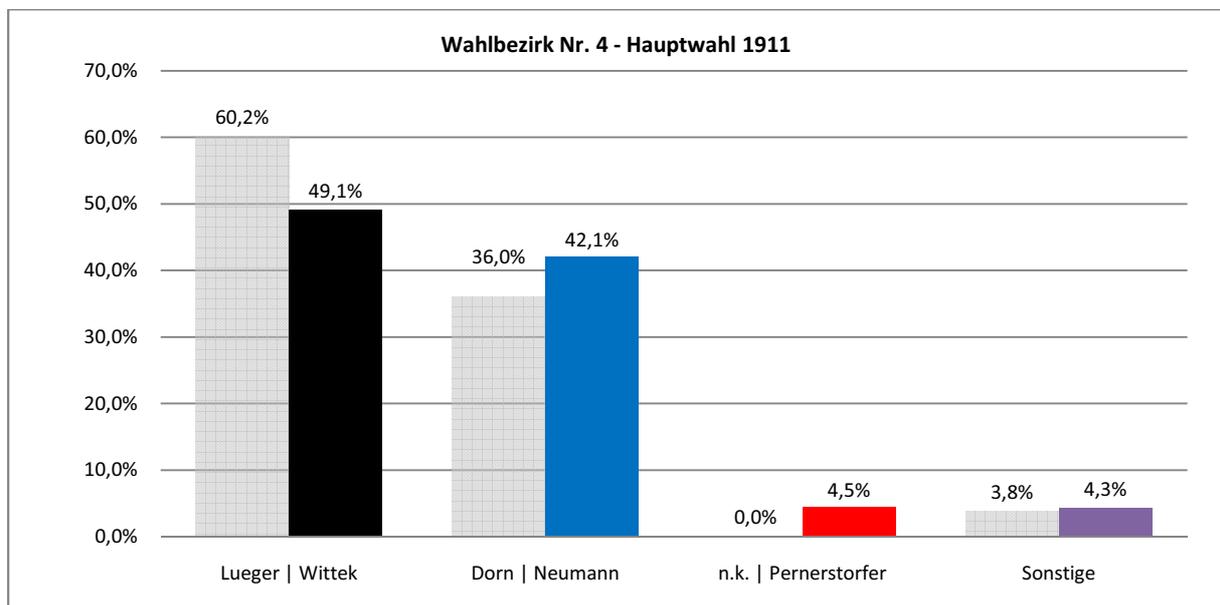
¹²⁰ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (13. April 1911).

¹²¹ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (27. April 1911).

¹²² TÄUBLER, Bericht, 4.

¹²³ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (7. Juni 1911).

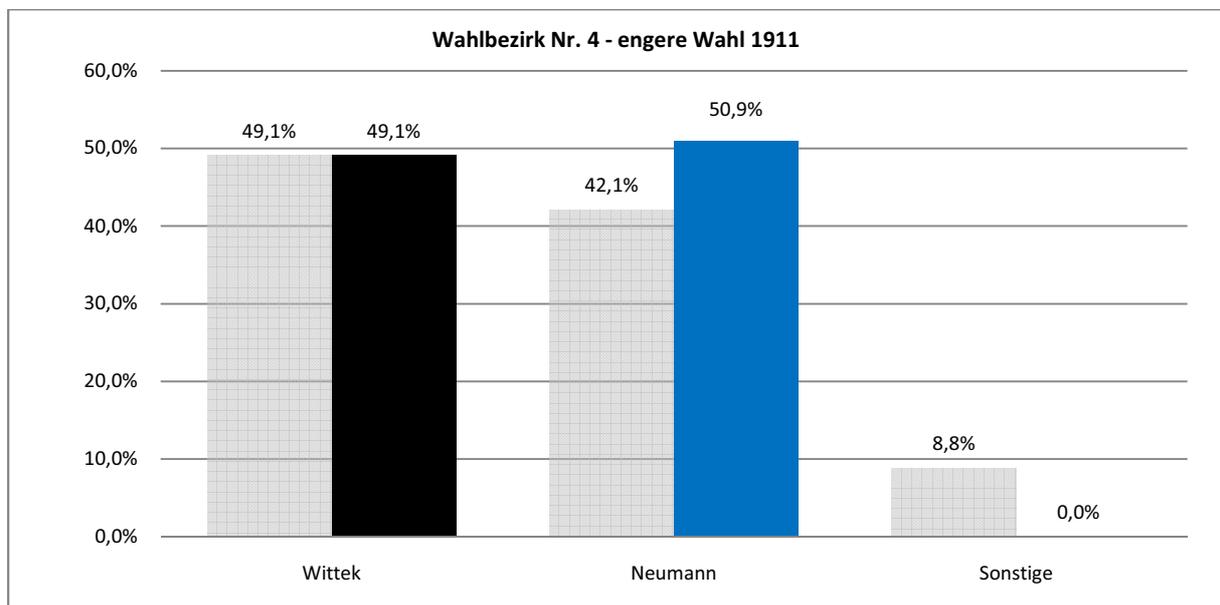
Diagramm 1: Ergebnisse der Hauptwahl von 1907 (grau) und 1911 (färbig) im Wahlbezirk Nr. 4 (Wien-Rathausviertel).



In der Hauptwahl verlor Wittek die absolute Mehrheit (minus 11,1 Prozentpunkte) und hielt bei 49,1 Prozent der Stimmen. Dieses Ergebnis war tatsächlich schwer vorauszusehen, doch hatte die Polizeidirektion die Lage insofern falsch eingeschätzt, als sie die Möglichkeit einer Stichwahl gar nicht erst in Betracht gezogen hatte. Als Zweiter durchs Ziel ging der Deutschfreiheitliche Neumann mit 42,1 Prozent der Stimmen – ein sattes Plus von 6,1 Prozentpunkten. Auch Pernerstorfer erreichte aus dem Stand immerhin 4,5 Prozent – mehr war in der wohl ungünstigsten Gegend Wiens für die Sozialdemokraten wahrlich nicht zu erwarten. Daneben erhielten noch die Tschechnationalen 1,7 Prozent der Stimmen und 2,7 Prozent der Stimmen waren zersplittert. Die NFP bejubelte freilich den „mutigen und auf seine eigene Kraft angewiesenen Rechtsanwalt“ Neumann, der sich „dem alten Mann und gewesenen Minister“ entgegenstellte. Was die Fichtegasse 11 (Redaktion der NFP) an Wittek besonders kratzte, war der Umstand, dass er seine politische Karriere als Sektionschef im liberalen Handelsministerium begonnen hatte und dann später zur christlichsozialen Seite wechselte.¹²⁴

¹²⁴ Neue Freie Presse vom 14. Juni 1911, 1.

Diagramm 2: Ergebnisse der engeren Wahl (färbig) im Vergleich zu jenen der Hauptwahl (grau) von 1911 im Wahlbezirk Nr. 4 (Wien-Rathausviertel).



Das wohl faszinierendste an der gesamten Wahl im Wahlbezirk Nr. 4 ist mit Sicherheit das Ergebnis der engeren Wahl: Wittek verharrte dabei exakt auf jenen 49,1 Prozent, welche er schon in der Hauptwahl erhalten hatte, während die zur Disposition stehenden 8,8 Prozent der Stimmen nahezu ausnahmslos ins Lager Neumanns übergingen. Wilhelm Neumann erreichte somit 50,9 Prozent der Stimmen und damit die absolute Majorität. Es mag durchaus sein, dass manche Wähler, die in der Hauptwahl einem Kandidaten ihre Stimme gegeben hatten, in der Stichwahl einen anderen wählten. Grosso modo dürften allerdings die Sozialdemokraten dem Wahlauftrag der Parteileitung gefolgt sein und Neumann gewählt haben. Die Wahlbeteiligung lag bei nur 84,4 Prozent – trotz der auch bei engeren Wahlen herrschenden Wahlpflicht. Der Anteil der ungültigen und leeren Stimmzettel, gemessen an den abgegebenen, betrug lediglich 3,9 Prozent, was unter dem landesweiten Durchschnitt bei den engeren Wahlen (5,3 Prozent) lag.

Wie in den meisten Wiener Wahlbezirken lag auch hier eine bewusste Abwahl des christlichsozialen Kandidaten bzw. der christlichsozialen Partei insgesamt vor. Neumann hingegen war ein „Quereinsteiger“, der erst 1908 seinen Weg in die Politik gefunden hatte. Damals erreichte er ein Mandat für die Bezirksvertretung im I. Wiener Gemeindebezirk, scheiterte aber später bei den Wiener Gemeinderatswahlen von 1910. Mit nur 38 Jahren war

er auch einer der jüngsten Kandidaten – vor allem verglichen mit dem mittlerweile 67jährigen Wittek. Wilhelm Neumann zählte zu jenen Männern, „deren Namen gestern noch unbekannt waren“ und die es dennoch fertigbrachten, einen der Führer der christlichsozialen Partei zu stürzen – so die NFP.¹²⁵ Er verfügte seit 1906 über eine gutgehende Anwaltskanzlei und in der Folge über ein „namhaftes Vermögen“.¹²⁶ Neumann blieb nach dem Ende der Monarchie bis zu den ersten Wahlen noch Mitglied der provisorischen Nationalversammlung, wo er der deutschnationalen Partei angehörte.

VIII.1.2 Wahlbezirk Nr. 6 (Leopoldstadt II):

Der Wahlbezirk Leopoldstadt II wurde bisher durch den christlichsozialen Abgeordneten Viktor Silberer (nicht zu verwechseln mit dem Sozialdemokraten Franz Silberer, der im Wahlbezirk Nr. 7 [Landstraße I] kandidierte) vertreten. Silberer war ein Spätberufener der Politik – heute würde man sagen „Quereinsteiger“ – der sich aus Begeisterung für Lueger den Christlichsozialen anschloss. Sein eigentliches Hauptinteresse galt dem Sportjournalismus, wo er sich zuerst dem Rudersport und später der Luftfahrt verschrieb. Dabei schrieb er in den USA für die sozialdemokratische „New Yorker Abendzeitung“, später wurde er Kriegsberichterstatte für die liberale „Neue Freie Presse“ – um schließlich bei Luegers Bürgerklub zu landen.¹²⁷ Silberer gewann die Wahl von 1907 schon im ersten Wahlgang mit 51,8 Prozent der Stimmen gegen Kandidaten der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (34,1 Prozent) und der Deutschfortschrittlichen (8,4 Prozent).

Aus der Sicht der Polizeidirektion galt Viktor Silberer von Beginn der Berichterstattung an als Fixstarter für diese Wahl – und zugleich auch als aussichtsreichster Kandidat. Eine Woche darauf wurde ein erster Gegenkandidat Silberers bekannt, der deutschfreiheitliche

¹²⁵ Neue Freie Presse vom 21. Juni 1911, 1.

¹²⁶ Niederösterreichisches Landesarchiv, K.k.n.ö. Statthalterie-Präsidium 1911. Kanzlei-Abteilung Besonderes. I/2b2, 2045 (Reichsratswahlen 1911: Ergebnis und Charakteristik der Gewählten), Karton 128, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (27. Juni 1911).

¹²⁷ Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950 12/57 (Wien 2005), 262f.

Gemeinderat Ferdinand Eder.¹²⁸ Mit der Veröffentlichung ihrer Kandidatenliste folgten die Sozialdemokraten einer effizienten Taktik. Der zu diesem Zeitpunkt wohl populärste Arbeiterführer von „Wildwest“ (d.h. die westlichen Arbeiterwohngebiete in Ottakring, Fünfhaus, Rudolfsheim und Hernals), Franz Schuhmeier, stand in der Liste als sozialdemokratischer Kandidat für den Wahlbezirk Nr. 6. Daneben trat Schuhmeier freilich auch in seinem Heimatwahlbezirk Nr. 26 (Ottakring I) an. Die Parteileitung spekulierte dabei mit der Eventualität, dass Schuhmeier in beiden Wahlbezirken gewählt werden könnte und damit sein Mandat für den 26. Wahlbezirk an einen Vertrauensmann abtreten und jenes für den 6. Wahlbezirk selbst annehmen könnte. Am 27. April 1911 hielt die Polizeidirektion offensichtlich noch nichts von derartigen Überlegungen und favorisierte weiterhin Viktor Silberer.¹²⁹ Dieser war einer von jenen christlichsozialen Kandidaten, um die es anfangs keine innerparteilichen Diskussionen gab und die zunächst ohne großen Aufhebens Eingang in die offizielle Kandidatenliste fanden. Er blieb dann aber doch nicht verschont von den Flügelkämpfen innerhalb seiner Partei: als der christlichsoziale Stadtrat und Kandidat für den Wahlbezirk Nr. 5 (Leopoldstadt I), Wenzel Oppenberger, seine Gegenkandidatur zu Silberer ankündigte, warf dieser sofort das Handtuch und legte seine Kandidatur nieder. Doch damit nicht genug: infolgedessen trat auch Oppenberger von seiner Kandidatur zurück, was wiederum zur Folge



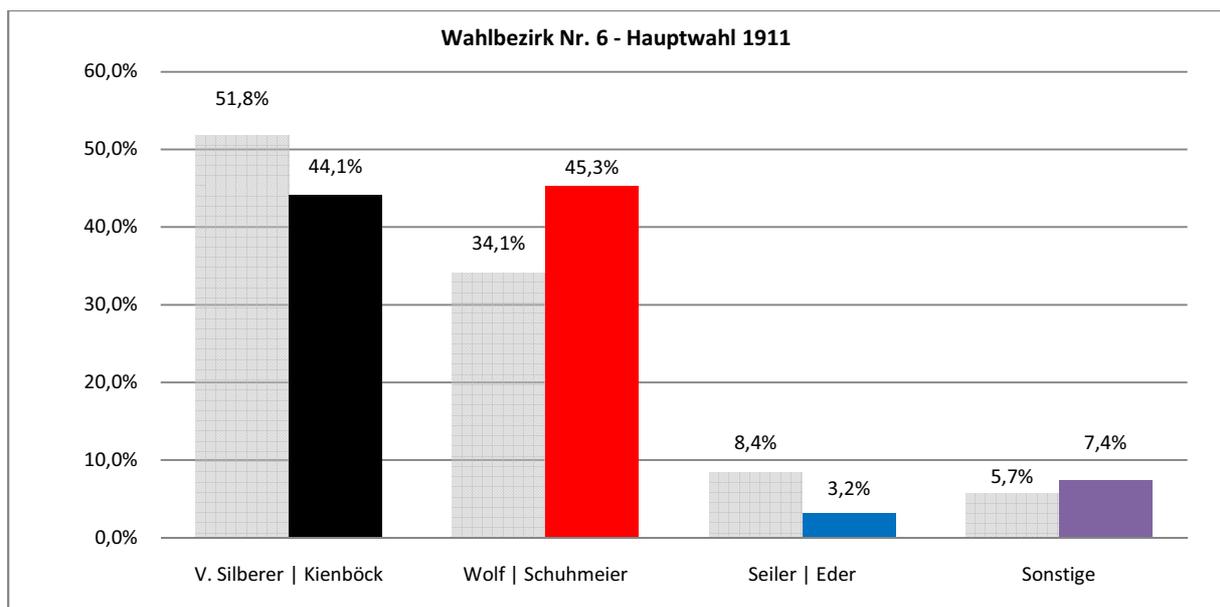
hatte, dass es nun überhaupt keinen christlichsozialen Kandidaten in der ganzen Leopoldstadt (Wahlbezirke Nr. 5 und 6) gab. Die Polizeidirektion reagierte auf diese Veränderungen, indem sie anmerkte, dass es gut möglich sei, dass der interne Streit der Christlichsozialen am Ende dem Sozialdemokraten nützen könnte. Man wagte aber dennoch nicht, Schuhmeier als

¹²⁸ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (20. April 1911).

¹²⁹ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (27. April 1911).

aussichtsreichsten Kandidaten zu kennzeichnen.¹³⁰ Am 25. Mai, also knapp drei Wochen vor der Wahl, hatten die Christlichsozialen noch immer keinen Kandidaten für den Wahlbezirk Nr. 6 parat. In ihrer Verzweiflung wandten sie sich an Prinz Liechtenstein, der für den zurückgetretenen Silberer einspringen sollte. Liechtenstein lehnte mit der Begründung ab, er kandidiere in seinem Stammwahlbezirk Nr. 29 (Währing I) und habe nicht vor, diesen zu verlassen. Daher wurde versucht, den Hof- und Gerichtsadvokaten Dr. Viktor Kienböck zu überreden, im 6. Wahlbezirk anzutreten.¹³¹ Dieser sagte in der Woche darauf zu, wenngleich eine offizielle Bestätigung seiner Kandidatur ausblieb. Mit Kienböck als Kandidaten hatte sich die Lage geändert und die Behörde war sich nicht mehr so sicher, ob ein christlichsozialer Sieg so ohne weiteres möglich wäre.¹³² Am 7. Juni 1911 glaubte selbst die Polizeidirektion nicht mehr daran und unterstrich in ihrer Liste Schuhmeier.¹³³

Diagramm 3: Ergebnisse der Hauptwahl von 1907 (grau) und 1911 (färbig) im Wahlbezirk Nr. 6 (Wien-Leopoldstadt II).



Viktor Kienböck gelang es nicht, die absolute Mehrheit von 1907 – die Silberer eingefahren hatte – zu verteidigen. Er erreichte lediglich 44,1 Prozent der Stimmen und verlor damit 7,7 Prozentpunkte. Wesentlich beeindruckender war das Ergebnis von Franz Schuhmeier,

¹³⁰ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (18. Mai 1911).

¹³¹ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (25. Mai 1911).

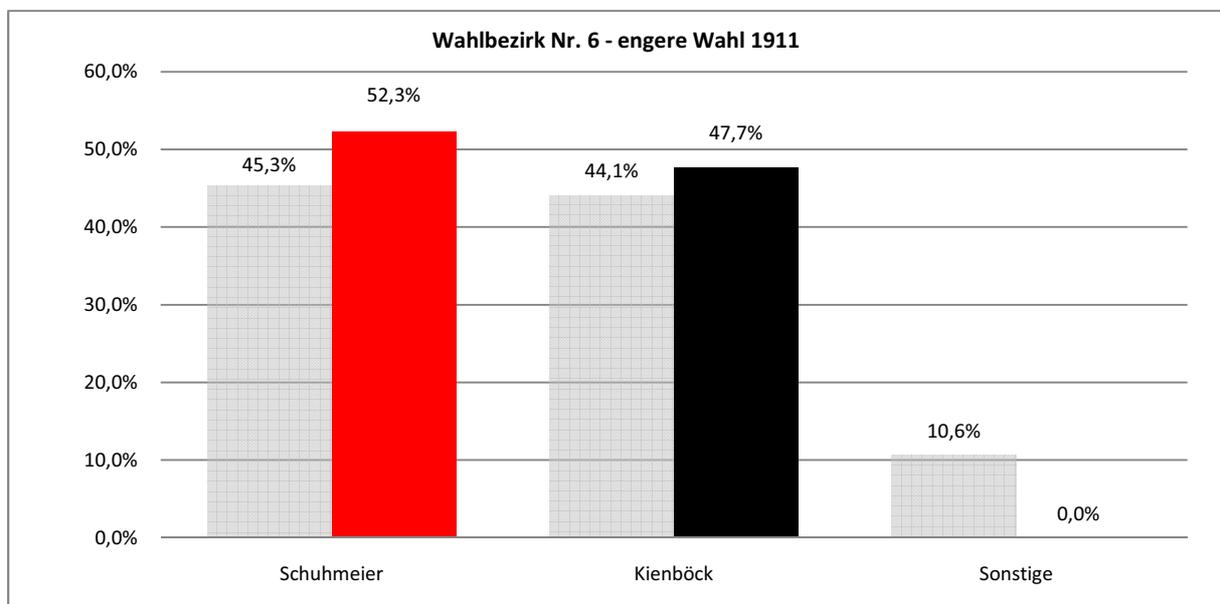
¹³² NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (30. Mai 1911).

¹³³ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (7. Juni 1911).

dem es gelang, Kienböck zu überholen und ein Plus von 11,2 Prozentpunkten einzufahren. (Damit erreichte Schuhmeier den größten Zuwachs der Partei in ganz Österreich unter der Enns, gefolgt von Ludwig Hartmann im Wahlbezirk Nr. 16 (Josefstadt) (s. S. 61ff) mit einem Plus von 11,0 Prozentpunkten). Insgesamt erreichte Franz Schuhmeier für die Sozialdemokratische Partei damit 45,3 Prozent der Stimmen. Die Deutschfreiheitlichen verloren drastisch und hielten bei mageren 3,2 Prozent. Ihr Verlust betrug 5,2 Prozentpunkte. Weiters erhielten die Deutschnationalen 3,4 Prozent, die Tschechnationalen 1,9 Prozent und ein Sozialpolitiker 0,5 Prozent der Stimmen. Zersplittert waren 1,6 Prozent der gültig abgegebenen Stimmen.

In der engeren Wahl standen sich nun ein Christlichsozialer und ein Sozialdemokrat gegenüber. Von den zur Disposition stehenden 10,6 Prozent machten jene aus dem deutschfreiheitlichen Lager bei weitem den größten Teil aus. Auf diese konnte Schuhmeier hoffen, da dieselben wohl eher dem Sozialdemokraten ihre Stimmen geben würden als dem Christlichsozialen.

Diagramm 4: Ergebnisse der engeren Wahl (färbig) im Vergleich zu jenen der Hauptwahl (grau) von 1911 im Wahlbezirk Nr. 6 (Wien-Leopoldstadt II).



In der engeren Wahl konnte Schuhmeier seinen Anteil noch einmal steigern, und zwar um 7,0 Prozentpunkte auf 52,3 Prozent. Damit war das große Vorhaben der Sozialdemokraten gelungen, da im Wahlbezirk Nr. 26 (Ottakring I) ebenfalls Schuhmeier obsiegte. Der

weitgehend unbekannte Viktor Kienböck brachte es immerhin auf 47,7 Prozent, hatte dabei aber nur um 3,6 Prozentpunkte zulegen können. Auch hier zeigte sich, dass die deutschfreiheitlichen Wähler größtenteils den sozialdemokratischen Kandidaten unterstützten, und nicht den Christlichsozialen. Der Anteil der ungültigen und leeren Stimmzettel betrug – gemessen an der Zahl der abgegebenen Stimmen – im 6. Wahlbezirk 5,2 Prozent, womit er im Durchschnitt (5,3 Prozent) lag.

Da Franz Schuhmeier im 26. Wahlbezirk (Ottakring I) schon in der Hauptwahl – mit beachtlichen 71,7 Prozent – gesiegt hatte, lag nun eine Doppelwahl (s. S. 17) vor. In diesem Fall sah das altösterreichische Wahlrecht eine Ergänzungswahl vor. Diese ging am 3. Oktober 1911 über die Bühne und endete mit einem klaren Sieg des von Schuhmeier tatkräftig unterstützten Sozialdemokraten Albert Sever.¹³⁴ Dieser war ein enger Mitkämpfer Schuhmeiers in der Ottakringer Bezirksorganisation und hatte wesentlich dazu beigetragen, die Sozialdemokratie im Arbeiterbezirk Ottakring zu einer modernen Massenpartei zu gestalten.¹³⁵

VIII.1.3 Wahlbezirk Nr. 11 (Margareten)

Wie an vorangegangener Stelle bereits erwähnt (s. S. 14f), zählte Margareten zu jenen Wahlbezirken mit dem ungünstigsten Verhältnis zwischen Anzahl der Wahlberechtigten und Abgeordneten. Bedenkt man, dass Margareten der einzige echte Arbeiterbezirk innerhalb des Gürtels war, so mutet es fast seltsam an, dass die Christlichsozialen die Wahlen von 1907 hier gewinnen konnten. Auch die geographische (und soziale) Nähe zum bereits sozialdemokratisch dominierten Favoriten legt an sich den Schluss nahe, dass hier für das bürgerliche Lager nichts zu holen wäre. Tatsächlich gelang es Professor Josef Sturm bei der Wahl 1907 einen knappen Sieg davonzutragen. Schon am 13. April 1911 meinte die Polizeidirektion, dass der Wahlausgang ein zweifelhafter sei. Die Kandidaturen sowohl Sturms als auch Domes' wurden für fix angesehen, doch wusste man noch nichts von einem etwaigen

¹³⁴ Niederösterreichisches Landesarchiv, K.k.n.ö. Statthaltereipräsidium 1911. Kanzlei-Abteilung Besonderes. I/2b2, 3409 (Ersatzwahl im Wahlbezirk Nr. 26, Charakteristik des Gewählten), Karton 128, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (7. Oktober 1911).

¹³⁵ ÖBL12/56, 203f.

christlichsozialen Gegenkandidaten.¹³⁶ Vierzehn Tage später charakterisierte man die Wahlbewegung im Wahlbezirk Nr. 11 als „sehr lebhaft“ und wies nun auch auf die Flügelkämpfe innerhalb der christlichsozialen Partei hin: der (christlichsoziale) Bezirksrat Franz Wanderer wurde von einer beträchtlichen Wähleranzahl gegen den offiziösen – eine offizielle Kandidatenliste existierte bei den Christlichsozialen zu diesem Zeitpunkt noch nicht – Professor Josef Sturm kandidiert. Letzterer habe nämlich versprochen, im Falle seines Eintretens in den Landesausschuss bei der nächsten Reichsratswahl nicht mehr kandidieren zu wollen. Sturm wurde nun von keinem Teil der Partei unterstützt, da der „Mittelstand“ mit Wanderer einen eigenen Kandidaten aufstellte und die christlichsoziale Arbeiterschaft es mit der (relativ aussichtslosen) Kandidatur des Josef Mender gleichtat. Wanderer trat erst später als Kandidat des „Gewerblichen Zentralwahlausschusses“ auf, derweil nannte ihn die Polizeidirektion als



einen „Kandidaten des katholisch-politischen Volksvereines“.¹³⁷ Eine Woche später weigerte sich Sturm, seinen Kandidatenstatus anzuerkennen – solange Wanderer den Widerstand gegen seine Person nicht aufgab. Eine Beilegung dieser Differenzen war zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar. Die Zahl der Kandidaturen stieg mittlerweile auf fünf an, da sich zu den bereits erwähnten Kandidaten noch der Obmann des „Süd- und Staatsbahn-Expeditenvereines“ Fritz Seydl

gesellte. Er kandidierte auf Basis des Programms der „Wirtschaftspolitischen Reichspartei“. Damit standen vier bürgerliche Kandidaten einem sozialdemokratischen gegenüber.¹³⁸ Im Zuge des mühsamen Erstellungsprozesses einer Kandidatenliste bei den Christlichsozialen wurde auch Sturm am 7. Mai 1911 als offizieller Kandidat bestätigt – was freilich seine Widersacher aus der eigenen Partei von ihrer Kandidatur nicht abzuschrecken vermochte. In die Reihe der Kandidaten ordnete sich auch der deutscharische Zählkandidat und Lehrer Josef Holzinger ein.¹³⁹ Eine Woche später wurde die Kandidatur des deutschfreiheitlichen Malermeisters Anton Rosanelli bekannt, doch galt auch er als Außenseiter im Kampf um das

¹³⁶ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (13. April 1911).

¹³⁷ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (27. April 1911).

¹³⁸ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (4. Mai 1911).

¹³⁹ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (11. Mai 1911).

Margaretner Mandat.¹⁴⁰ Gegen Ende des Wahlkampfes hin bemerkte auch die Polizeidirektion die kritische Lage der Christlichsozialen im fünften Wiener Gemeindebezirk. Man war sich nicht einmal sicher, wer von den beiden christlichsozialen Kandidaten – Sturm oder Wanderer – in die Stichwahl gegen Domes gelangen würde. Am Rande notierte man, dass – im Falle einer Stichwahl, die für gegeben angesehen wurde – der Sozialdemokrat Franz Domes möglicherweise als Sieger hervorgehen könnte. Man wagte es dennoch nicht, den Namen Domes in der Liste rot zu unterstreichen – die gängige Praxis zur Hervorhebung des aussichtsreichsten Kandidaten eines Wahlbezirks.¹⁴¹

Über den Verlauf der Wahl gibt es unterschiedliche Stimmen: die christlichsoziale Reichspost spricht von „sozialdemokratischen Gewalttaten“ und Messerstechereien in Margareten. Dabei sollen insbesondere christlichsoziale Agitatoren physisch bedrängt worden sein und dahinter stets sozialdemokratische Parteigänger gesteckt haben.¹⁴² Der amtliche Polizeibericht nimmt – nicht explizit – auf den Reichspost-Artikel Bezug und meint: „Die Zeitungsnachrichten von schweren Verletzungen, Messerstichen, Beschädigungen fremden Eigentums sind unrichtig.“ Tatsächlich kam es wienweit insgesamt zu 162 Arretierungen, wobei gut zwei Drittel auf Festnahmen wegen „polizeiwidrigen Benehmens“ oder Übertretungen gegen das Wahlschutzgesetz zurückzuführen waren.¹⁴³

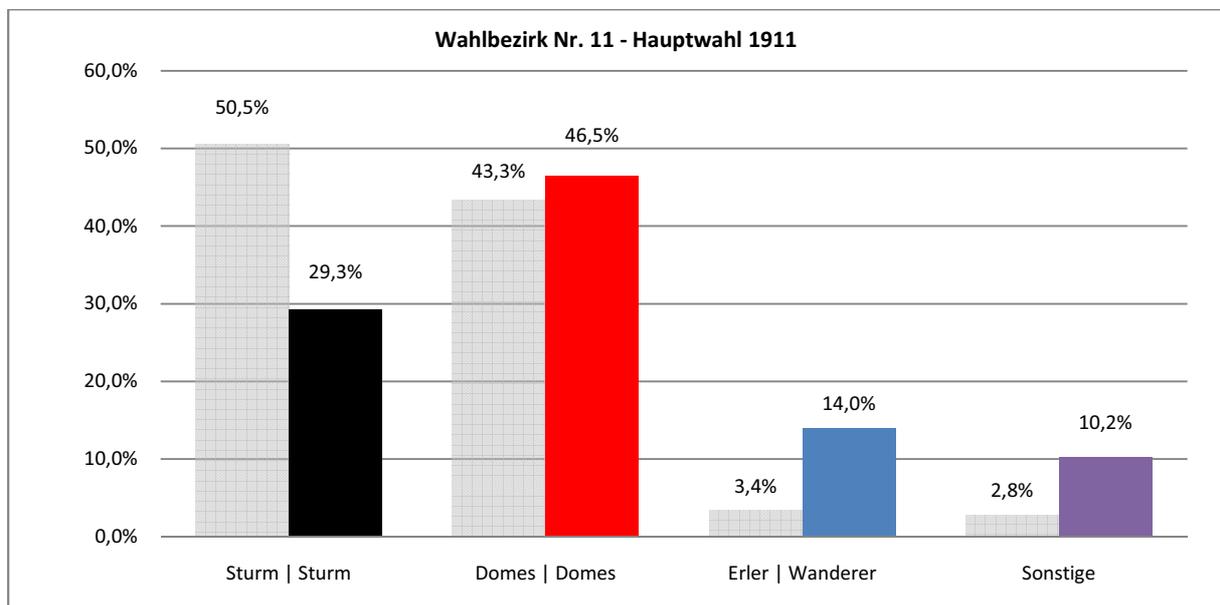
¹⁴⁰ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (18. Mai 1911).

¹⁴¹ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (7. Juni 1911).

¹⁴² Reichspost vom 14. Juni 1911 (Morgenausgabe) 6f.

¹⁴³ NÖLA 1616, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (13. Juni 1911).

Diagramm 5: Ergebnisse der Hauptwahl von 1907 (grau) und 1911 (färbig) im Wahlbezirk Nr. 11 (Wien-Margareten).

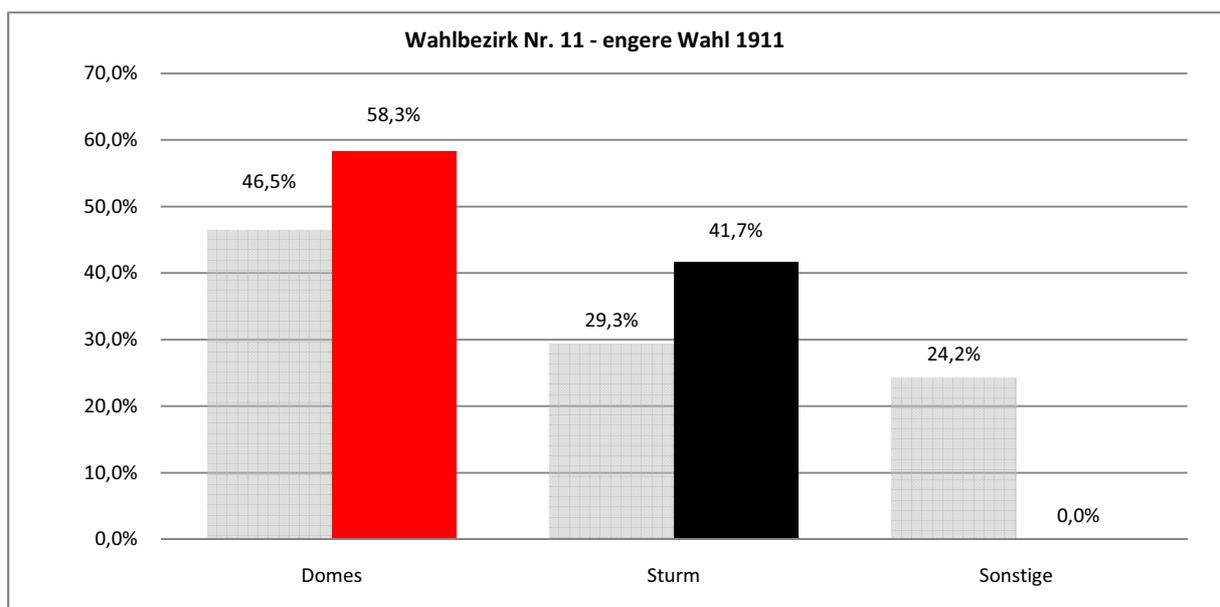


Der offizielle christlichsoziale Kandidat Josef Sturm verlor 21,2 Prozentpunkte und hielt bei 29,3 Prozent der Stimmen. Der Sozialdemokrat Franz Domes dagegen konnte auf 46,5 Prozent zulegen (d.h. ein Plus von 3,2 Prozentpunkten), verfehlte aber die absolute Majorität im ersten Wahlgang. Der Kandidat des Gewerblichen Zentralwahlausschusses Franz Wanderer erreichte aus dem Stand 14,0 Prozent, vermutlich allesamt ehemalige Sturm-Wähler. (Die 3,4 Prozent des deutschnationalen Kandidaten Franz Erler aus dem Jahre 1907 können nicht mit den Wanderer-Stimmen verglichen werden.) Die unter „Sonstige“ zusammengefassten Stimmen setzten sich aus jenen der Deutschfreiheitlichen (3,8 Prozent), der Deutschnationalen bzw. Deutscharischen (3,7 Prozent), der Tschechnationalen (1,8 Prozent) und der Splitterstimmen (0,9 Prozent) zusammen.

Zusammenzählungen von Stimmen, die entweder für Sturm oder für Wanderer abgegeben wurden, sind Milchmädchenrechnungen. Das altösterreichische Wahlrecht war – wie bereits mehrmals angedeutet – ein personenbezogenes Wahlrecht, wo Parteien nur dann Erfolg haben konnten, wenn sie nur einen Kandidaten nominierten. Diese dem Wahlsystem inhärente Logik verstanden die Christlichsozialen offenbar nicht, während die Sozialdemokraten sich mit dieser Taktik fast automatisch in die Stichwahl brachten.

Der martialische Aufruf der Reichspost, demnach „jede Stimme unentbehrlich“ und das Christlichsozial-Wählen „eine heilige Pflicht“ wäre, blieb in Margareten ungehört. Einmal mehr beschwerte man sich über Sozialdemokraten und „jüdisch-deutsche Freisinnige“, die nicht davor zurückschreckten, gegen Christlichsoziale mit Schlagringen und Gummischläuchen vorzugehen.¹⁴⁴ Das Hauptorgan der liberalen Strömung der Deutschfreiheitlichen, die Neue Freie Presse, frohlockte freilich angesichts der düsteren Lage der Christlichsozialen. Es trägt den Anschein, dass es hier weniger um direkte Werbung für die eigene Sache ging, also die Unterstützung der deutschfreiheitlichen Kandidaten, als um ein Abwählen der regierenden Bürgermeisterpartei. Mit Slogans à la „Wir sind heraus aus dem Sumpf!“ schien die Fichtegasse ihr Ziel erreicht zu haben.¹⁴⁵

Diagramm 6: Ergebnisse der engeren Wahl (färbig) im Vergleich zu jenen der Hauptwahl (grau) von 1911 im Wahlbezirk Nr. 11 (Wien-Margareten).



Die engere Wahl fiel deutlicher aus als von der Polizeidirektion erwartet: Franz Domes erreichte als sozialdemokratischer Kandidat 58,3 Prozent und damit die absolute Majorität klar. Der Zuwachs von 11,8 Prozentpunkten stammte auf jeden Fall aus den Stimmen (einer oder mehrerer) bürgerlicher Gruppierung(en). Der christlichsoziale Kandidat Franz Sturm kam auf 41,7 Prozent, mit einem geringfügig höheren Zuwachs an Stimmen (plus 12,4 Prozentpunkte) als Domes. Davon ausgegangen, dass die Wähler, welche entweder Domes oder

¹⁴⁴ Reichspost vom 20. Juni 1911 (Morgenausgabe), 1.

¹⁴⁵ Neue Freie Presse vom 20. Juni 1911, 1.

Sturm in der Hauptwahl ihre Stimme gaben, dies auch in der engeren Wahl taten, so teilten sich die 24,2 Prozent der Stimmen, die es in der engeren Wahl neu zu vergeben galt, in etwa gleich auf. Dies wäre nicht weiter verwunderlich, wenn die unter „Sonstige“ bezeichneten Stimmen zu gleichen Teilen aus dem gleichen Lager gestammt hätten. So aber unterstützte gut die Hälfte der ehemals bürgerlichen Stimmen den sozialdemokratischen Kandidaten und führten denselben zum Sieg.

VIII.1.4 Wahlbezirk Nr. 14:

Neubau war 1911 ein Bezirk, in dem das Kleinbürgertum dominierte. Insofern ist es nicht weiter verwunderlich, dass in diesem Wahlbezirk 1907 schon im ersten Wahlgang eine christlichsoziale Mehrheit zustande kam. Der bisherige Vertreter dieses Wahlbezirks, der Christlichsoziale Julius Axmann, war im Zuge der Hraba-Affäre schwer angeschlagen worden. (Der christlichsoziale Stadtrat Felix Hraba warf den Abgeordneten Axmann und Bielohlawek schwere Misswirtschaft vor, woraufhin Hraba zwar von der Partei ausgeschlossen wurde, allerdings auch Axmann nicht ohne Blessuren davonkam. Schon 1902 hatte Axmann den nicht unbedeutenden Betrag von 34.000 Kronen, der für ein Kurheim vorgesehen war, für den eigenen Wahlkampf abgezweigt. Er verlor damals die Wahl gegen den sozialdemokratischen Konkurrenten).¹⁴⁶ Die Polizeidirektion nahm daher richtigerweise an, dass Axmann als Kandidat nicht mehr zur Verfügung stehen dürfte. Die Polizeidirektion vermutete anfangs, dass Albert Geßmann die Kandidatur im Wahlbezirk Nr. 14 übernehmen würde. Gleichzeitig wies man auch darauf hin, dass der Konflikt um die Hraba-Anschuldigungen noch nicht ausgestanden sei. Hraba habe inzwischen eine eigene Partei gegründet, den „Österreichischen Reichsverein“, wo er für den 8. (Landstraße II) und 14. Wahlbezirk (Neubau I) eigene Kandidaten ins Rennen zu schicken gedenke – er selbst kandidierte für den Wahlbezirk Nr. 3 (Parkviertel). Als wesentlichste Anliegen der Partei wurden „die nationale Autonomie, die Reichsunmittelbarkeit und der deutsche Charakter Wiens“ angegeben. Daneben ventilierte man noch eine Kandidatur des (christlichsozialen) Landesrechnungsrevidenten

¹⁴⁶ BOYER, Crisis II, 249, 261.

Eduard Heidl vom „Politischen Verein der Beamten und Lehrer“.¹⁴⁷ Eine Woche darauf schien es, als ob Geßmann doch nicht kandidieren und stattdessen der Landtagsabgeordnete Karl Ohrfandl in Neubau I antreten werde.¹⁴⁸

Am 27. April 1911 meldete die Polizeidirektion sage und schreibe neun christlichsoziale Wahlwerber im 14. Wahlbezirk: neben Ohrfandl und Heidl würden noch der Landtagsabgeordnete Anton Nepustil, der Armenrat Moritz Weidner, die Bezirksräte Anton Rammer und Konstantin Jawecky von Malecz, der Waisenschulrat Franz von Radichewich sowie die Gemeinderäte Bernhard Ellend und Vinzenz Völkl kandidieren. Eine Einigung schien zu diesem Zeitpunkt noch nicht in Sicht.¹⁴⁹ Bald darauf ersetzte die Parteileitung den Spitzenkandidaten Ohrfandl durch Vizebürgermeister Heinrich Hierhammer. Von den übrigen oben Genannten werden in der Liste nur Heidl und Weidner genannt. Zu den christlichsozialen Kandidaten gesellten sich nun ein Sozialdemokrat, ein Deutschfreiheitlicher, ein Alldeutscher sowie ein Kandidat der Wirtschaftspolitischen Reichspartei hinzu.¹⁵⁰ In der Woche vor dem 11. Mai 1911 dürfte es innerhalb der Deutschfreiheitlichen zu einer Umentscheidung gekommen sein, sodass die Kandidaten August Denk (bisher 15. Wahlbezirk [Neubau II]) und der Mechaniker Otto A. Ganser (bisher 14. Wahlbezirk) die Wahlbezirke tauschten.¹⁵¹ Der bis dato von der Wirtschaftspolitischen Reichspartei unterstützte Kandidat für den 14. Wahlbezirk, Ludwig Weiss, wechselte ins Lager der Hraba-Partei und kandidierte nun im 15. Wahlbezirk (Neubau II).¹⁵² Nach Einschätzung der Polizeidirektion sollte Hierhammer schon im ersten Wahlgang obsiegen.

¹⁴⁷ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (13. April 1911).

¹⁴⁸ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (20. April 1911).

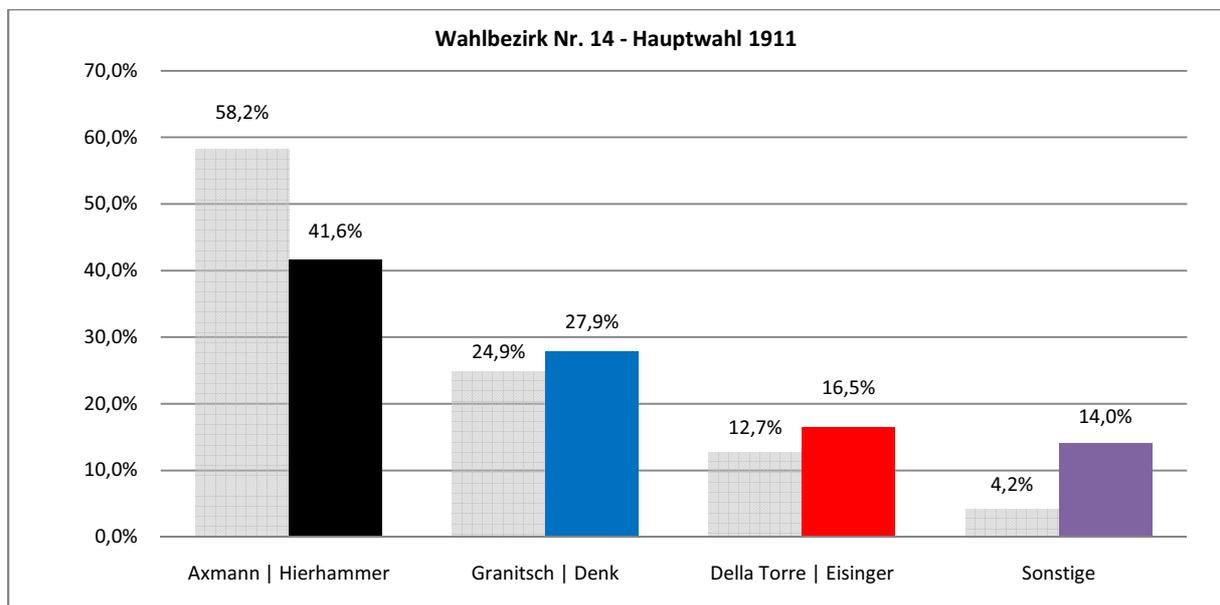
¹⁴⁹ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (27. April 1911).

¹⁵⁰ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (4. Mai 1911).

¹⁵¹ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (11. Mai 1911).

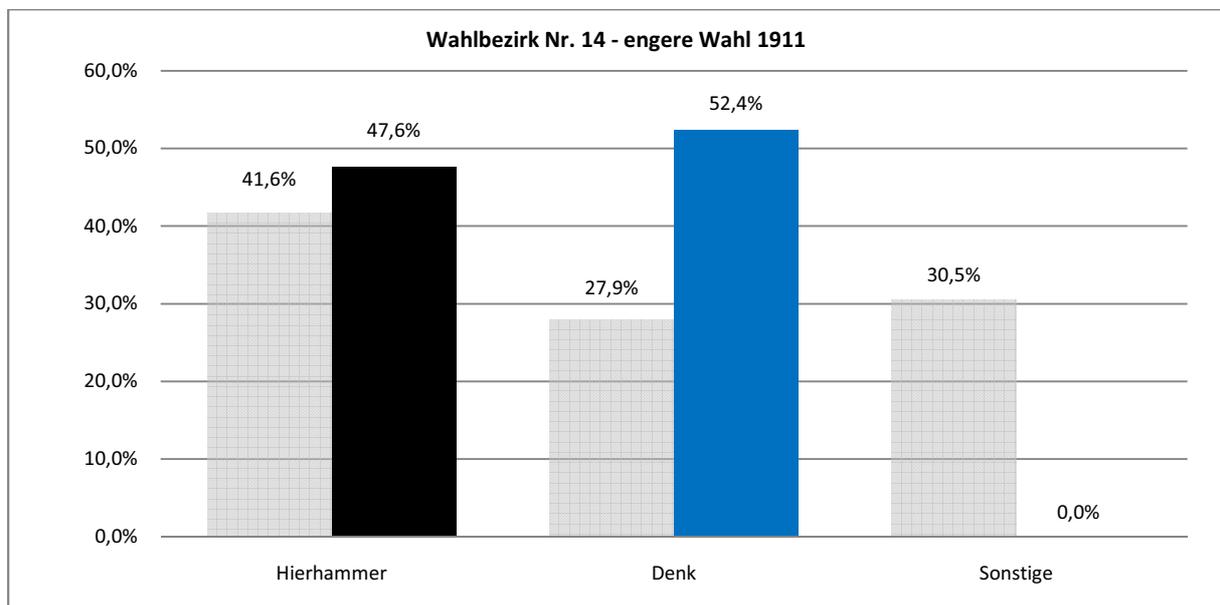
¹⁵² NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (18. Mai 1911).

Diagramm 7: Ergebnisse der Hauptwahl von 1907 (grau) und 1911 (färbig) im Wahlbezirk Nr. 14 (Wien-Neubau I).



Die Christlichsozialen verloren massiv und verfehlten das Ziel der Verteidigung des Mandats im ersten Wahlgang klar. Mit 41,6 Prozent verlor der Vizebürgermeister satte 16,6 Prozentpunkte. Der deutschfortschrittliche Druckereibesitzer und Kommerzialrat August Denk erhielt 27,9 Prozent der Stimmen, d.h. ein Plus von 3,0 Prozentpunkten. Die Sozialdemokraten vermochten sich weiter zu verbessern und erhielten 16,5 Prozent, eine Steigerung um 3,8 Prozentpunkte. Die meisten der Stimmen, die Hierhammer verloren hatte, gingen aber zu Moritz Weidner, dem Kandidaten des Gewerblichen Zentralwahlausschusses (7,8 Prozent). Daneben erhielt Ludwig Weiss irrtümlicherweise – er kandidierte ja im Nachbarwahlbezirk Nr. 15 (Neubau II) – 0,5 Prozent. Von den gültig abgegebenen Stimmen waren 3,6 Prozent zersplittert. Somit lautete die engere Wahl Hierhammer gegen Denk.

Diagramm 8: Ergebnisse der engeren Wahl (färbig) im Vergleich zu jenen der Hauptwahl (grau) von 1911 im Wahlbezirk Nr. 14 (Wien-Neubau I).



Die engere Wahl im Wahlkreis Nr. 14 bot ein Bild, wie es die Christlichsozialen jener Tage oft sehen mussten: Vizebürgermeister Hierhammer konnte seinen Anteil zwar auf 47,6 Prozent steigern (plus 6,0 Prozentpunkte), blieb aber letztlich doch nur Zweiter. August Denk konnte seinen Anteil nahezu verdoppeln (plus 24,5 Prozentpunkte) und erreichte mit 52,4 Prozent die erforderliche absolute Majorität. Denk konnte sich in der Stichwahl der sozialdemokratischen Stimmen versichern, erhielt vermutlich aber auch einen Teil der christlichsozialen Minoritätsstimmen (welche in der Hauptwahl Moritz Weidner gewählt hatten). Der Wahlkampf im Wahlbezirk Nr. 14 verdeutlicht, wie wenig es einem nutzen konnte, ein Amt in der Stadtregierung zu bekleiden, wenn es in der „Reichspartei“ schlecht lief. Hierhammer war weder Landtagsabgeordneter noch Reichsratsabgeordneter, sondern Vizebürgermeister von Wien. Dies beweist, dass die Motive der Wähler, nicht die Christlichsozialen zu unterstützen, mannigfaltig waren – was anhand des Wahlausgangs in Neubau (auch Neubau II wechselte in Richtung deutschfreiheitlich) klar erkenntlich ist.

Im Unterschied zu anderen, nur wenig bekannten Kandidaten der deutschfortschrittlichen Partei, war August Denk in Wien-Neubau durchaus bekannt. Daneben war er noch Träger mehrerer österreichischer, preußischer, französischer sowie russischer Orden und die Produkte seiner Firma waren qualitativ hochwertig, z.T. hochprämiert und auf jeden Fall

sehr nachgefragt. In seiner Jugend engagierte sich Denk stark in der Arbeiterbewegung, vor allem im Arbeiterbildungswesen.¹⁵³ Damit kann Denk weder dem nationalen Lager noch dem liberalen Lager klar zugerechnet werden. In den zahlreichen Fraktionen des Nationalverbands stand er in den Reihen der deutschfortschrittlichen Partei. Später gehörte August Denk auch noch der Provisorischen Nationalversammlung an, ebenso dem Provisorischen Landtag von Niederösterreich.

VIII.1.5 Wahlbezirk Nr. 16 (Josefstadt)

Wie in den meisten Wiener Wahlbezirken regierten auch in der Josefstadt die Christlichsozialen. Der bisherige Vertreter Dr. Alois Heilinger hatte die Wahl von 1907 schon im ersten Wahlgang für sich entscheiden können. Als Schriftsteller und Dozent am Wiener Technischen Museum war er ein typischer Vertreter des christlichsozialen Bildungsbürgertums. Bereits 1901 saß Heilinger im Reichsrat, wo er sich vor allem um die Gewerbeförderung bemühte.¹⁵⁴ Die bürgerliche Josefstadt mit ihren verhältnismäßig zahlreichen Handwerksbetrieben stellte freilich ein optimales Biotop für die Christlichsozialen dar.



Bei der Reichsratswahl von 1911 kandidierte Heilinger zuerst ohne die Zustimmung der Parteileitung. Schon im ersten Bericht der Polizeidirektion war davon die Rede, dass ihm in der Person des christlichsozialen Stadtrats Josef Rain ein offizieller (christlichsozialer) Kandidat entgegengestellt werden sollte. Zu diesem Zeitpunkt allerdings hielt man dies offensichtlich mehr für ein Gerücht als für eine Tatsache, da Rain noch nicht in der Kandidatenliste des 16. Wahlbezirks aufschien.¹⁵⁵ Eine Woche später kam ein weiteres Gerücht in Umlauf, nämlich dass anstelle von Rain der (christlichsoziale) Bezirksvorsteherstellvertreter

¹⁵³ NÖLA 2045, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (27. Juni 1911).

¹⁵⁴ Fritz FREUND, Das österreichische Abgeordnetenhaus. Ein biographisch-statistisches Handbuch. XII. Legislaturperiode 1911–1917 (Wien 1911), 53; ÖBL 2/8 (Wien 1993), 244.

¹⁵⁵ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (13. April 1911).

Dr. Rudolf Vieröckl dessen Rolle einnehmen sollte. Aus Sicht der Polizeidirektion schien diese Ansage vertrauenswürdiger, denn Vieröckl wurde tatsächlich in die Liste aufgenommen.¹⁵⁶ Am 27. April 1911 erweiterte sich die Kandidatenliste auf fünf Personen, wobei Heilinger nach wie vor als aussichtsreichster Kandidat gehandhabt wurde. Neben Heilinger und Vieröckl kandidierten nun auch Dr. Ludwig Hartmann von den Sozialdemokraten, der Papierhändler Karl Schotola von den Freien Demokraten, und der Bürgerschullehrer Josef Hödl als Kompromisskandidat der deutschnationalen Gruppierungen. Der Konflikt um eine offizielle christlichsoziale Kandidatur konnte bis dato noch nicht gelöst werden.¹⁵⁷ Anfang Mai zog Vieröckl seine Kandidatur zurück und die Polizeidirektion hielt das Problem nun für gelöst und meinte, es habe wohl keinen Sinn, Heilinger einen christlichsozialen Gegenkandidaten beizustellen. Andererseits ventilierte man auch das Gerücht, dass eine andere bekannte Person, Gemeinderat Hans Arnold Schwer, zum christlichsozialen offiziellen Kandidaten ernannt werden könnte.¹⁵⁸

Am 11. Mai 1911 wurde die Verwirrung rund um die (und innerhalb der) Christlichsozialen perfekt: Heilinger kündigte an, auch in den benachbarten Wahlbezirken Nr. 17 und 18 kandidieren zu wollen. Dies bedeutete einen Schlag ins Gesicht der Parteileitung, da in beiden Wahlbezirken Dr. Richard Weiskirchner kandidierte, einer der Chefs der Partei. Weiters erklärte Rudolf Vieröckl seinen Rücktritt vom Rücktritt und tat kund, auch gegen den Willen der Partei als Gegenkandidat Heilingers im Wahlbezirk Nr. 16 antreten zu wollen. Wenn er den Segen der Partei nicht bekäme, so kandidiere er eben auf Basis eines – nicht **des** – „deutschbürgerlichen und wirtschaftlichen Programmes“. Da sowohl Heilinger als auch Vieröckl dem Arbeitgeberflügel der Partei entstammten, dürfte sich die Arbeitnehmerseite rund um Kunschak dazu aufgerufen gefühlt haben, ebenfalls einen Kandidaten ins Rennen zu schicken: der städtische Arzt Dr. Karl Titze sollte für die christlichsoziale Arbeiterschaft die Kastanien aus dem Feuer holen. Von den am 11. Mai insgesamt sieben bekannt gewordenen Kandidaten stammten also vier aus dem Lager der Christlichsozialen.¹⁵⁹ Am 25. Mai hieß es plötzlich, Titze und Vieröckl seien zurückgetreten, allerdings ohne Angabe von Gründen. Neu hinzugekommen war dafür ein tschechischnationaler Zählkandidat. Langsam kristalli-

¹⁵⁶ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (20. April 1911).

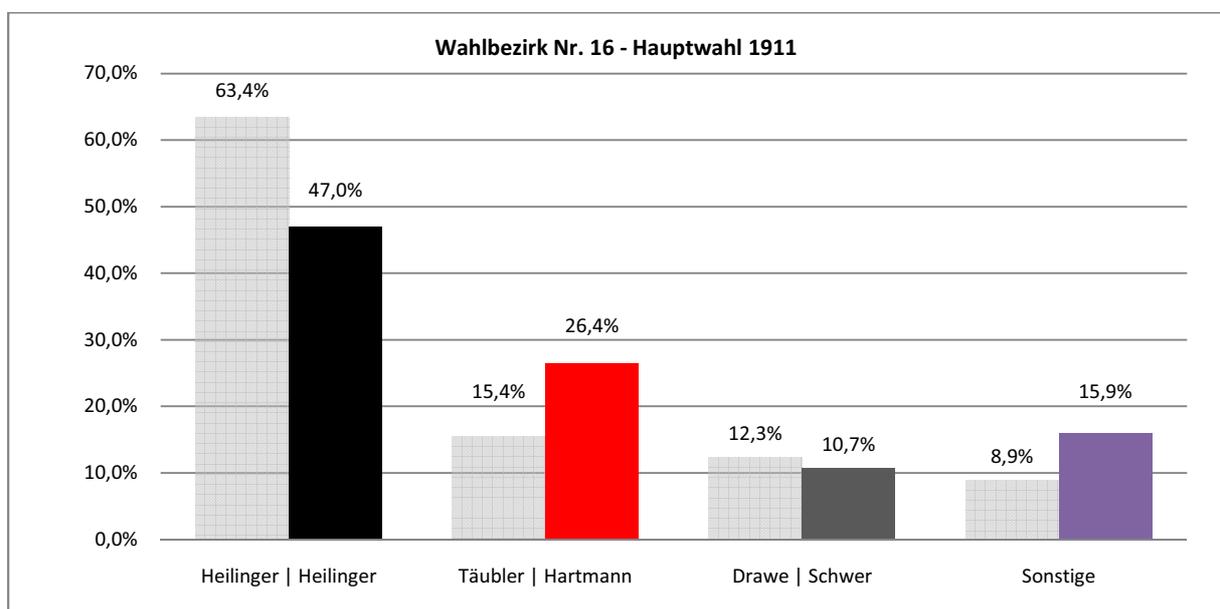
¹⁵⁷ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (27. April 1911).

¹⁵⁸ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (4. Mai 1911).

¹⁵⁹ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (11. Mai 1911).

sierte sich ein inter-christlichsoziales Duell Heilinger versus Schwer heraus.¹⁶⁰ Eine Woche vor der Wahl kam doch noch eine Einigung zustande: die Parteileitung anerkannte Heilinger als offiziellen christlichsozialen Kandidaten und Schwer zog seine Kandidatur zurück. Im Gegenzug kündigte Heilinger an, im 17. und 18. Wahlbezirk doch nicht kandidieren zu wollen. Nach Einschätzung der Polizeidirektion würde Heilinger schon im ersten Wahlgang den Sieg davontragen.

Diagramm 9: Ergebnisse der Hauptwahl von 1907 (grau) und 1911 (färbig) im Wahlbezirk Nr. 16 (Wien-Josefstadt).



Tatsächlich verlor Heilinger – trotz des kurz vor der Wahl geschlossenen Burgfriedens mit der Parteileitung – beträchtliche 16,6 Prozentpunkte und verfehlte mit 47,0 Prozent die absolute Majorität. Die Sozialdemokraten unter Dr. Ludwig Hartmann konnten stark hinzugewinnen (plus 11,0 Prozentpunkte) und hielten bei 26,4 Prozent. Obwohl Hans Arnold Schwer zurückgetreten war, erhielt er 10,7 Prozent der gültigen Stimmen. Diese Situation ermöglichte nur das altösterreichische Wahlrecht, da ja sämtliche Personen, die das passive Wahlrecht besaßen, gültig gewählt werden konnten. Ohne die (offensichtlich auch für den zeitgenössischen Wähler verwirrenden) Eskapaden im Vorfeld der Wahl wäre es Heilinger vermutlich problemlos gelungen, die absolute Mehrheit im ersten Wahlgang zu erlangen. (Der 1907 angetretene Hermann Drawe gehörte nicht der christlichsozialen Partei an, son-

¹⁶⁰ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (18. Mai 1911).

dem war im deutschfreiheitlichen Lager beheimatet. Die Zahlen sind nicht in vergleichender Absicht angeführt, sondern dienen lediglich der deskriptiven Darstellung.) Unter „Sonstige“ fielen 1911 noch die Stimmen des deutschnationalen Sammlungskandidaten Hörl (8,1 Prozent), des Deutschfreiheitlichen Schotola (3,9 Prozent), der Tschechischnationalen Partei (2,0 Prozent) und die Splitterstimmen (1,9 Prozent).



Im Falle der Stichwahl wusste man anscheinend nicht einmal in der Redaktion der Reichspost, wie Heilinger einzuschätzen sei. In der Liste jener Kandidaten, die unterstützt werden sollten, fand sich sein Name nicht. Erst als Post-Skriptum wird nahezu beiläufig erwähnt, dass sich Heilinger in der Stichwahl gegen einen Sozialdemokraten befände, doch sein Name wurde weder fett gedruckt, noch finden sich explizite Wahlempfehlungen zu seinen Gunsten.¹⁶¹

Das heitliche Lager, verkörpert durch die NFP, ermutigte die

Wähler, ihre Stimmen zugunsten des Sozialdemokraten Dr. Ludwig Hartmann abzugeben.¹⁶²

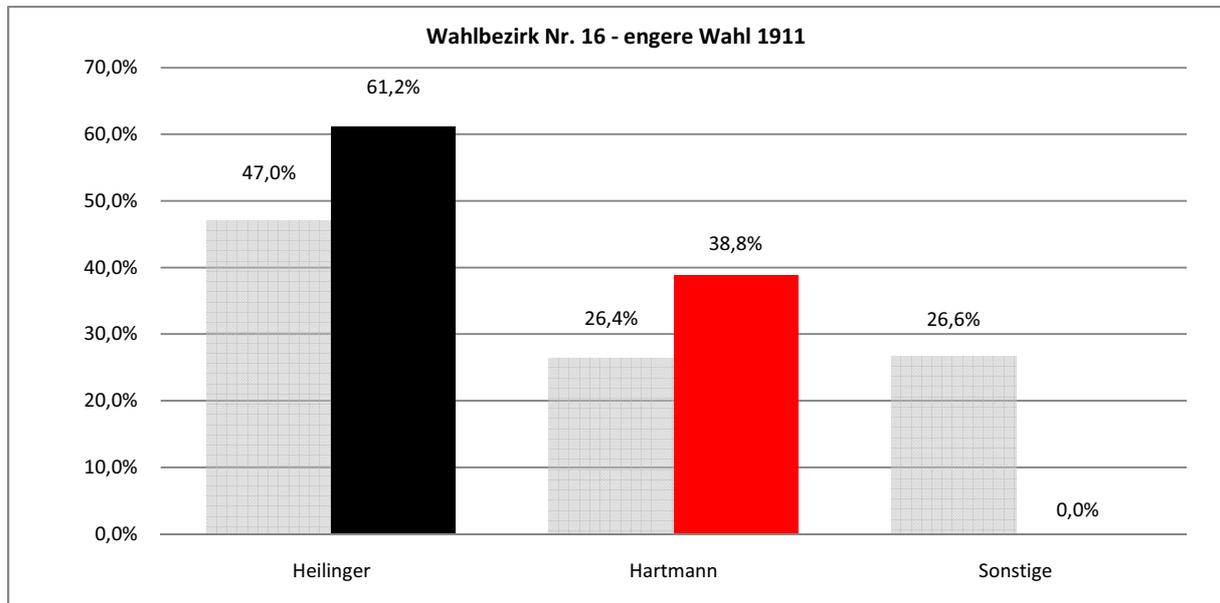
Für Hartmann wurde noch einen Tag vor der Stichwahl eine Wählerversammlung abgehalten, bei der das sozialdemokratische Urgestein Engelbert Pernerstorfer und der populäre Ottakringer Abgeordnete Franz Schuhmeier Hartmann bewarben. Die Chancen für Hart-

¹⁶¹ Reichspost vom 20. Juni 1911, 2.

¹⁶² Neue Freie Presse vom 20. Juni 1911, 2.

mann standen dennoch nicht allzu gut, denn er hätte nahezu aller Stimmen bedurft, die bei der Hauptwahl nicht für Heilinger gezählt hatten, um durchzudringen.

Diagramm 10: Ergebnisse der engeren Wahl (färbig) im Vergleich zu jenen der Hauptwahl (grau) von 1911 im Wahlbezirk Nr. 16 (Wien-Josefstadt).



Dieser Fall trat nicht ein: Heilinger erreichte in der engeren Wahl 61,2 Prozent der Stimmen und galt damit als gewählt. Er konnte seinen Stimmenanteil im Vergleich zur Hauptwahl um 14,2 Prozentpunkte steigern, womit er nicht nur die – irrtümlich abgegebenen – Schwerstimmen, sondern auch einen Teil der Stimmen der kleineren Parteien (Deutschnationale, Deutschfreiheitliche, Tschechischnationale) auf sich vereinigen konnte. Der Sozialdemokrat Ludwig Hartmann dagegen erreichte nur 38,8 Prozent der Stimmen, wenngleich er seinen Anteil um 12,4 Prozentpunkte zu vermehren vermochte. Von diesen 12,4 Prozentpunkten stammte aller Wahrscheinlichkeit nach der Großteil aus dem deutschfreiheitlichen bzw. deutschnationalen Lager.

Die NFP meinte zu seinem Durchdringen nur spöttisch: „Von dreiunddreißig Mandaten in Wien gehören nur drei ihnen, und diese auch nur durch List und Gewaltsamkeit.“¹⁶³ Die Fichtegasse bezog sich – im Falle des 16. Wahlbezirks – auf das lange Hin und Her hinsichtlich der Auswahl der Kandidaten. Die christlichsoziale Reichspost war sich nicht so recht

¹⁶³ Neue Freie Presse vom 21. Juni 1911 (Morgenblatt), 1.

sicher, ob man sich über das Ergebnis der Josefstadt, die „dem selbständigen Kandidaten Dr. Heilinger zufiel“¹⁶⁴, freuen oder ärgern sollte.

Der Wahlkampf und die Wahl selbst, wie sie im Wahlbezirk Nr. 16 abliefen, stehen fast symptomatisch für die Misere der Christlichsozialen anno 1911. Streitigkeiten, die in der Öffentlichkeit ausgetragen wurden, und dies noch unmittelbar vor der Wahl, mussten die Wahl zu einer Katastrophe für die Christlichsozialen werden lassen. Heilingers Sieg war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass er sich vor – und auch nach der Wahl – von der christlichsozialen Parteileitung distanzierte. Im Reichsrat selbst trat Heilinger nicht der „Christlichsozialen Vereinigung“ (d.h. dem christlichsozialen Klub) bei, sondern wurde zum „Wilden“. Heilinger war auch nach dem Ende der Monarchie Mitglied in der Provisorischen Nationalversammlung, bezeichnenderweise als Mitglied der Deutschnationalen Partei.¹⁶⁵ Daneben blieb er auch noch Landtagsabgeordneter bis 1919. Mit den ersten Wahlen in der Republik endete seine politische Karriere.

VIII.1.6 Wahlbezirk Nr. 23 (Hietzing)

Dieser Wahlbezirk umfasste den gesamten 13. Wiener Gemeindebezirk und war damit bevölkerungsmäßig einer der größten Wahlbezirke ganz Niederösterreichs. Mit knapp 22.000 Wahlberechtigten übertraf man den landesweiten Durchschnitt (knapp 11.000) mehr als deutlich. Dazu muss erwähnt werden, dass die Schaffung des heutigen 14. Bezirks, Penzing, erst 1938 durchgeführt wurde – fast das gesamte Gebiet (außer Hadersdorf-Weidlingau) war zwischen 1892 und 1938 Teil des 13. Wiener Gemeindebezirks. Traditionell war – und ist – Hietzing (zumindest was den heutigen 13. Bezirk angeht) ein eher bürgerliches Terrain. Das Gleiche kann auch für die beiden letzten Wahlen der Monarchie gesagt werden: bei der Reichsratswahl von 1907 erreichte Karl Lueger – er wurde auch im Wahlbezirk Nr. 4 (Wien-Rathausviertel) gewählt – 56,4 Prozent der Stimmen und galt damit als gewählt. Lueger behielt das Hietzinger Mandat und legte jenes des Rathausviertels am 20. Juni

¹⁶⁴ Reichspost vom 21. Juni 1911 (Morgenblatt), 1f.

¹⁶⁵ <http://www.parlament.gv.at/WW/PARL1918/menu.shtml> (17. November 2009).

1907 zurück, wo in einer Ergänzungswahl Heinrich Ritter von Wittek dasselbe übernahm (s. S. 45f).¹⁶⁶ Nach dem Tod Luegers am 10. März 1910 wurde das Hietzinger Mandat – um gewissermaßen die Kontinuität zu wahren – an den neuen Bürgermeister Josef Neumayer „vererbt“. In der Ergänzungswahl vom 28. Oktober 1910 gewann Neumayer dann auch und zog in den Reichsrat ein.

Josef Neumayer war ein alter Weggefährte Luegers, der weltanschaulich eher dem deutschnationalen Flügel der Christlichsozialen zuzurechnen war. Lueger selbst hatte in sei-



nem Testament ja noch verfügt, dass der christlichsoziale Handelsminister Richard Weiskirchner sein Nachfolger werden sollte, was sich allerdings erst nach Beruhigung der Diadochenkämpfe (d.h. nach dem „Debacle“) verwirklichen ließ. Während der Krise nach Luegers Tod forderten die alten Bürgerklub-Mitglieder Neumayer als Bürgermeister ein und sie konnten sich durchsetzen. Weiskirchner sollte – ihrer Anschauung nach – erst später dieses verantwortungsvolle Amt übernehmen.¹⁶⁷ Neumayer war zum Zeitpunkt der Wahl mittlerweile 67 Jahre alt und litt an massiver Schwerhörigkeit, was von seinen

seinen Gegnern ausgenutzt wurde.¹⁶⁸

Die Polizeidirektion Wien sah in Neumayer dennoch stets den Favoriten im Wahlbezirk Nr. 23, wengleich man die Möglichkeit einer Stichwahl nicht ausschloss. Doch selbst in diesem Falle sollte Neumayer den Sieg davontragen. Da die sozialdemokratische Partei zum Zeitpunkt des Berichts ihre Kandidatenliste noch nicht veröffentlicht hatte, ging man von einer Kandidatur des Journalisten Max Winter in Hietzing aus.¹⁶⁹ Erst zwei Wochen später wurde klar, dass der sozialdemokratische Kandidat in Hietzing der Buchdrucker Wilhelm Schiegl sein werde. An der Favorisierung Neumayers änderte dies allerdings nichts.¹⁷⁰ Bemerkenswert scheint die Tatsache, dass Neumayer als offizieller Kandidat keinen Gegenkandidaten vom Gewerblichen Zentralwahlausschuss erhielt – im Gegenteil: die Leitung

¹⁶⁶ Sten. Prot. AH., Session 18, Sitz.prot., 9.

¹⁶⁷ BOYER, Crisis II, 259f.

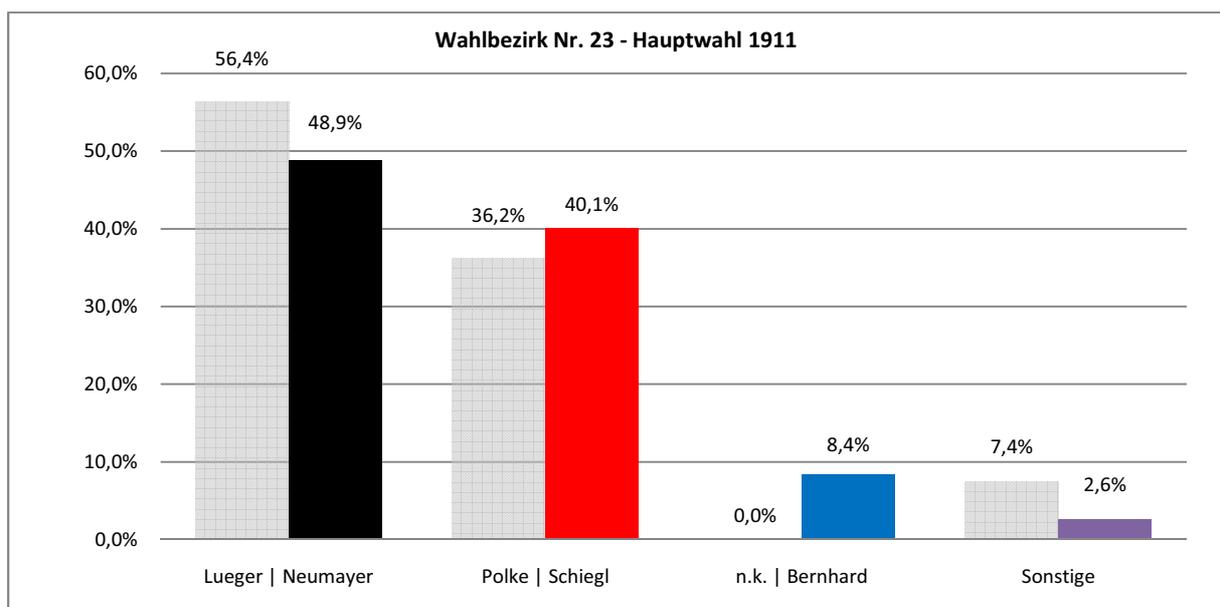
¹⁶⁸ http://de.wikipedia.org/wiki/Josef_Neumayer (10. Dezember 2009).

¹⁶⁹ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (13. April 1911).

¹⁷⁰ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (27. April 1911).

dieser Partei der unzufriedenen Gewerbetreibenden kündigte an, Neumayer unterstützen zu wollen. Als deutschfreiheitlicher Kandidat trat seit Anfang Mai der Hof- und Gerichtsadvokat Adolf Seidler auf, zwar mit geringen direkten Chancen, allerdings mit umso größeren, sollte es zur Stichwahl kommen.¹⁷¹ Eine Woche später allerdings trat Seidler von seiner Kandidatur zurück – ob freiwillig oder nicht, muss leider ungewiss bleiben – und an seine Stelle trat der Advokaturskonzipient Theodor Bernhard.¹⁷² Seine Aussichten blieben dieselben, denn auch er konnte – wenn es zu einer Stichwahl kommen sollte, wovon die Behörden mittlerweile ausgingen – die Rolle des Züngleins an der Waage wahrnehmen. Eine Woche vor der Wahl ging die Polizeidirektion davon aus, dass „in der Vertretung des 23. Wahlkreises (Hietzing) [...] wahrscheinlich eine Aenderung nicht eintreten“ wird.

Diagramm 11: Ergebnisse der Hauptwahl von 1907 (grau) und 1911 (färbig) im Wahlbezirk Nr. 23 (Wien-Hietzing).



Bürgermeister Neumayer verfehlte die absolute Mehrheit knapp und wurde damit in die Stichwahl gedrängt. Er fuhr mit 48,9 Prozent einen Verlust von 7,5 Prozentpunkten ein. Die Sozialdemokraten dagegen konnten mit einem Ergebnis von 40,1 Prozent einen Zuwachs von immerhin 3,9 Prozentpunkten verzeichnen. Wie oben bereits angedeutet, spielten die Deutschfreiheitlichen im Rennen um das Hietzinger Mandat nur eine Statistenrolle und erreichten lediglich 8,4 Prozent. Der kleine Bereich der „Sonstigen“ setzte sich aus den Stim-

¹⁷¹ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (4. Mai 1911).

¹⁷² NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (25. Mai 1911).

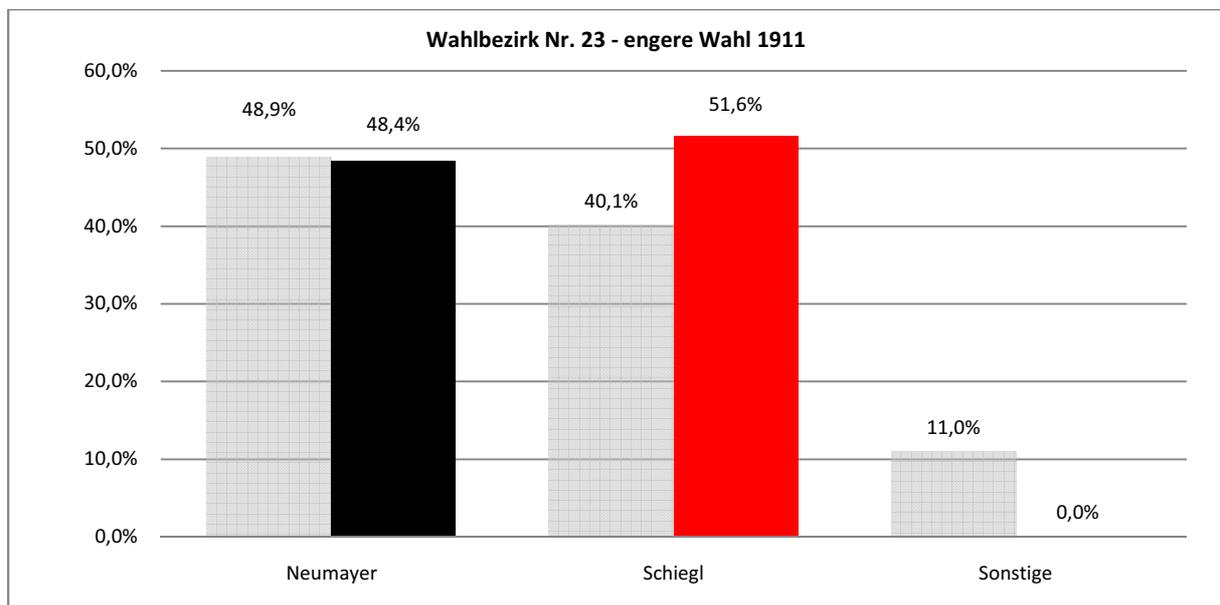
men für den deutschnationalen Kandidaten Othmar Krisch (1,1 Prozent), jenen für den tschechischnationalen Zählkandidaten Anton Blaha (0,3 Prozent) und schließlich den zersplitterten Stimmen (1,2 Prozent) zusammen.

Damit war das eingetreten, was die Polizeidirektion schon vorausgeahnt hatte: Neumayer stand in einer Stichwahl gegen den sozialdemokratischen Kandidaten Wilhelm Schiegl – ein weiterer jener Aufsteiger der 1911er-Wahl, die zuvor niemand gekannt hatte. Sogar die vor der Wahl so selbstsichere NFP bezeichnete die Verluste Neumayers und die Gewinne von Sozialdemokraten und Deutschfreiheitlichen als „eine der größten Ueberraschungen“.¹⁷³ Für Neumayer wurde das Ganze zu einer Zitterpartie, da ja bei der Hauptwahl die 50-Prozent-Hürde durchaus in Sichtnähe geblieben war. Andererseits aber gaben sowohl die Deutschfreiheitlichen als auch die Sozialdemokraten am Tag nach der Wahl die Losung aus, in den Stichwahlen seien keinesfalls die christlichsozialen Kandidaten zu unterstützen.¹⁷⁴ Abgesehen davon hätte Neumayer zuversichtlich sein können, da der Sozialdemokrat in der Stichwahl ganze zehn Prozent hinzugewinnen hätte müssen, um als gewählt zu gelten – das wären so gut wie alle zur Disposition stehenden Stimmen gewesen.

¹⁷³ Neue Freie Presse (Morgenausgabe) vom 14. Juni 1911, 3.

¹⁷⁴ Neue Freie Presse (Morgenausgabe) vom 15. Juni 1911, 3.

Diagramm 12: Ergebnisse der engeren Wahl (färbig) im Vergleich zu jenen der Hauptwahl (grau) von 1911 im Wahlbezirk Nr. 23 (Wien-Hietzing).



Die engere Wahl vom 20. Juni 1911 brachte die wohl größte Überraschung überhaupt: Bürgermeister Neumayer erreichte 48,4 Prozent und verlor damit auch in der Stichwahl noch einmal einen halben Prozentpunkt, verglichen mit dem Ergebnis der Hauptwahl. Wilhelm Schiegl dagegen kam auf 51,6 Prozent und konnte daher in den Reichsrat als neuer Abgeordneter des Hietzinger Wahlbezirks einziehen. Sein Zugewinn belief sich auf 11,5 Prozentpunkte. Der Anteil der ungültigen und leeren Stimmzettel lag bei unterdurchschnittlichen 4,1 Prozent der abgegebenen Stimmen. Das war weniger als im Hauptwahlgang, wo dieser Wert noch bei (überdurchschnittlichen) 5,4 Prozent lag.

Das Besondere am Kampf um das Hietzinger Mandat war zweifellos das Ergebnis der engeren Wahl, wo Neumayer von den zur Disposition stehenden Stimmen kaum eine für sich gewinnen konnte. Sein Verlust war „nur“ ein relativer, d.h. in absoluten Stimmzahlen (s. Anhang) konnte er sogar knapp 20 Stimmen hinzugewinnen. Durch die höhere Anzahl an gültig abgegebenen Stimmen verringerte sich der – nahezu stagnierende – Anteil der christlichsozialen Stimmen. Ähnlich wie im Wahlbezirk Nr. 4 (Rathausviertel) lautete auch hier die Devise: alle gegen die Christlichsozialen. Und ähnlich konsequent wurde die Drohung in die Tat umgesetzt. In den Augen Josef Scheichers war die Niederlage Neumayers nichts weiter als die logische Konsequenz seines „Verrats“ an der Partei, als er sich in der Bürgermeis-

terdebatte gegen den ausdrücklichen Wunsch Luegers gestellt hatte.¹⁷³ Dem alternden Neumayer dürfte die Niederlage tatsächlich nahe gegangen sein, da er sich entschloss, bei der nächsten Landtagswahl nicht mehr als Kandidat zur Verfügung stehen zu wollen. Er trat am 19. Dezember 1912 als Bürgermeister von Wien zurück¹⁷⁴ und machte Platz für – den noch von Lueger als Nachfolger auserkorenen – Richard Weiskirchner. Der Wahlsieger, der Sozialdemokrat Wilhelm Schiegl, war bis dato politisch nicht weiter aufgefallen. Als erfolgreicher Gewerkschafter der Buchdrucker wirkte er maßgeblich dahingehend, deren Organisation zu verfestigen. Im Reichsrat selbst gehörte Schiegl dann dem „Klub der deutschen Sozialdemokraten“ an und konzentrierte sich auf Finanz- und Budgetfragen.¹⁷⁵

¹⁷³ SCHEICHER, Erlebnisse 6,328.

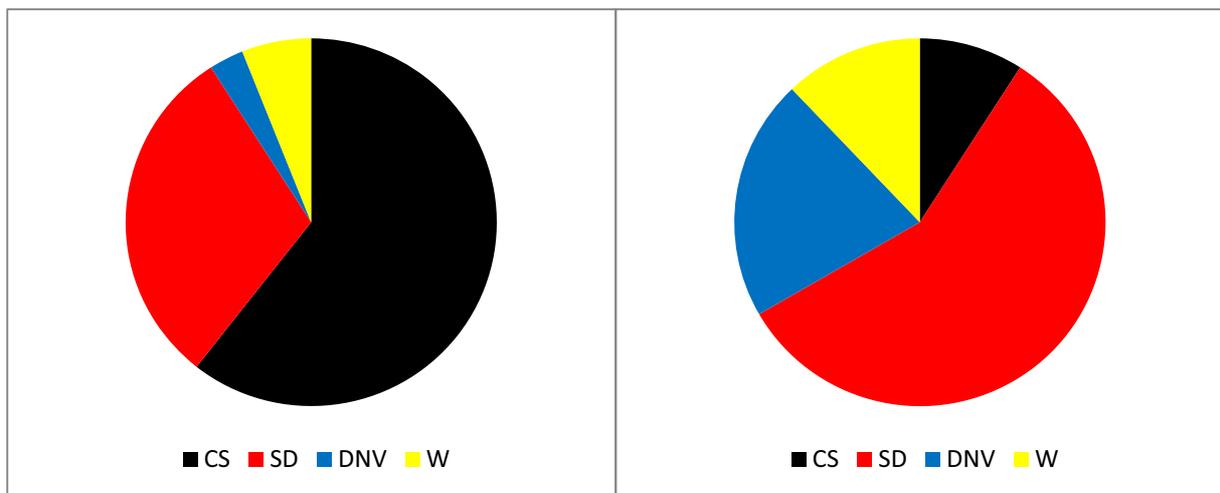
¹⁷⁴ ÖBL 7/31, 87f.

¹⁷⁵ ÖBL 10/47, 113f; NÖLA 2045, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (27. Juni 1911); FREUND, Abgeordnetenhaus 1911, 60.

VIII.1.b Gesamtergebnis Wahlbezirke der Stadt Wien (Nr. 1 bis 33)

In Wien blieb nahezu kein Stein auf dem anderen. Vor allem die graphische Darstellung zeigt, dass das von Josef Scheicher angesprochene „Debacle“ tatsächlich seinen Namen verdiente.

Diagramm 13: Mandatsverteilung Wien 1907 (links) und 1911 (rechts).



	Christlichsozial	Sozialdemokrat.	Dt. Nat.verband	„Wilde“
1907	20	10	1	2
1911	3	19	7	4

Insgesamt verloren die Christlichsozialen ihre Mandate fast zur Gänze: von den 20 Mandaten, die sie 1907 innegehabt hatten, konnten nur 3 verteidigt werden. Die Sozialdemokraten dagegen wurden nach der Wahl von 1911 klar stärkste Kraft in Wien. Sie hatten schon 1907 mit 10 Mandaten klar Platz Zwei erlangt; 1911 allerdings wurden daraus 19. Die Zahl der freisinnigen Abgeordneten, die sich später im Deutschen Nationalverband (dem Klub der Deutschfreiheitlichen im Reichsrat) zusammenfanden, wuchs von einem auf 10 Mandate. Aber auch die Anzahl der „Wilden“ (d.h. Fraktionslosen) stieg von zwei auf vier.

Im Zuge einer „Mandatsstromanalyse“ lässt sich feststellen, dass in Wien nur die christlichsoziale Partei Verluste hinnehmen musste. Sie verlor insgesamt 17 Mandate wie folgt:

- an die Sozialdemokraten: 9 Mandate (Wahlbezirke 6-8, 11-13, 18, 23, 28)
- an die Deutschfreisinnigen: 6 Mandate (Wahlbezirke 3, 4, 14, 15, 29, 30)
- an Fraktionslose: 2 Mandate. (Wahlbezirke 9, 16)

Wie anhand der Fallbeispiele gezeigt werden konnte, verdankten die Siegerparteien ihre Gewinne wechselnden Kombinationen in den Stichwahlen: alle von den Sozialdemokraten hinzugewonnenen Mandate konnten durch die Unterstützung der deutschfreiheitlichen Wähler eingefahren werden. Die von deutschfreisinnigen Abgeordneten eroberten ehemals christlichsozialen Wahlbezirke wiederum verdankten ihre „Eroberung“ der Unterstützung durch die Sozialdemokraten in der engeren Wahl. Einzige Ausnahme bildete hier der Wahlbezirk Nr. 3 (Parkviertel), wo es dem deutschfreiheitlichen Kandidaten Max Friedmann schon im ersten Wahlgang gelang, die Fünzig-Prozent-Hürde zu nehmen und damit den bisherigen Inhaber des Mandats, den Christlichsozialen Hermann Bielohlawek, zu schlagen. Bei den beiden Mandaten, die nach der Wahl „fraktionslos“ wurden, handelte es sich um den abtrünnigen Christlichsozialen Alois Heilinger im Wahlbezirk Nr. 16 (Josefstadt) (s. S. 61ff) sowie um Ernst Viktor Zenker im Wahlbezirk Nr. 9 (Wieden II). Zenker zählte zum deutschnationalen Lager, befand sich allerdings hinsichtlich seiner Parteizugehörigkeit außerhalb des Nationalverbands.

Die Niederlage der Christlichsozialen in Wien ist vor allem auf wirtschaftliche Zusammenhänge zurückzuführen, weniger auf weltanschauliche. John W. Boyer weist mit Recht darauf hin, dass es vor allem die Teuerungskrise war, welche die „Lueger-Koalition“ in die Brüche gehen ließ.¹⁷⁶ Diese eigenwillige Allianz aus Arbeitnehmervertretern, Hausbesitzern, alten Feudalherren, Beamten, Handwerkern und anderen Kleinbürgern war tatsächlich nur in Wien erfolgreich – musste aber früher oder später auseinanderbrechen. Lueger hatte es verstanden, durch perfekte Rhetorik und eindrucksvolle Auftritte dieses Bündnis am Leben zu erhalten. Karl Renner merkte dabei an, dass die Aura rund um den vom Volk geliebten, anti-semitischen Demagogen auch von ihm gespürt worden sei – „Aber [...] hatte die schöne Re-

¹⁷⁶ BOYER, Crisis II, 277.

de überhaupt keinen Inhalt [...].“¹⁷⁷ Nach dem Tod Luegers und mit dem (aus christlichsozialer Sicht zeitlich ungünstigen) Aufkommen ökonomischer Bedrängnis zerfiel das mittelständische Bündnis. Die Wiener Bevölkerung verzieh es den Christlichsozialen der Hauptstadt nicht, dass sie inmitten der Fleischkrise als vorgeblich urbane Partei die Interessen der ländlichen Agrarier vertrat – anstatt mit den Sozialdemokraten und Liberalen für eine Aufweichung der Schutzzollpolitik gegenüber argentinischem Rindfleisch zu stimmen.¹⁷⁸

Was die bisher erschienene Literatur allerdings vernachlässigte, sind die Einflüsse des altösterreichischen Wahlsystems auf das christlichsoziale Debakel. Das absolute Mehrheitswahlrecht förderte eine Mehrheitspartei, wenn es ihr gelang, in vielen Wahlkreisen absolute Majoritäten einzufahren. Es benachteiligte sie aber klar, wenn sie im Großteil der Wahlbezirke knapp unter die Fünfzig-Prozent-Hürde rutschte – wie es bei den Wahlen von 1911 für die Wiener Christlichsozialen der Fall war. Auch wenn es sich in der seriösen Geschichtswissenschaft nicht schickt, derartige Fragen anzustellen, so scheint es doch unwiderstehlich reizvoll, dieser Sache kurz nachzugehen.

Tabelle 4: „Wahlergebnis“ der Wiener Wahlbezirke bei Proportionalwahlrecht:

	Anteil in %	Anteil in Mandaten	Veränderung
Chr.so. 1907	49,0	16	
Chr.so. 1911	39,8	13	-9,2% / -3 Mandate
Soz.dem. 1907	38,3	13	
Soz.dem. 1911	41,0	14	+2,7% / +1 Mandat
DF+Wilde 1907	12,7	4	
DF+Wilde 1911	19,2	6	+6,5% / + 2 Mandate

Das Proportionalwahlrecht wirft ein deutlich anderes Licht sowohl auf das „Debakel“ der Wiener Christlichsozialen als auch auf den daraus resultierenden Triumph von Sozialdemokraten und Deutschfreiheitlichen. Es geht nur darum, zu zeigen, dass das absolute Mehrheitswahlrecht wesentlich stärker auf „Stimmungen“ reagierte als es etwa das proportionale Wahlrecht getan hätte. Einen Verlust von neun Prozentpunkten bei einer Wahl mussten im

¹⁷⁷ Karl RENNER, *An der Wende zweier Zeiten. Lebenserinnerungen* (Wien 1946), 231-234.

¹⁷⁸ TÄUBLER, Bericht, 3.

Laufe späterer Zeiten mehrere Parteien hinnehmen, doch in keinem Fall nach 1919 wirkte sich ein solcher derartig katastrophal und existenzbedrohend aus wie bei der Reichsratswahl 1911 für die Wiener Christlichsozialen.

Ebenfalls nicht uninteressant ist der Blick auf das Ergebnis, welches ein relatives Mehrheitswahlrecht gebracht hätte – also jenes Wahlsystem, wie es heute noch in Großbritannien, den USA und Kanada zur Anwendung kommt. Es entfällt dort die Stichwahl und der Sieger des ersten Wahlganges gilt als gewählt („winner-takes-all-Prinzip“).

Tabelle 5: „Wahlergebnis“ bei relativem Mehrheitswahlrecht:

	Mandate 1907	Mandate 1911	Veränderung
Christlichsoziale	24	16	-8
Sozialdemokraten	8	14	+6
DNV+Wilde	1	3	+2

Die Christlichsozialen hätten mit einem relativen Mehrheitswahlrecht zwar ein Drittel ihrer Sitze verloren, wären allerdings auch nach der Wahl von 1911 stärkste Partei geblieben. Dieser hypothetische Wahlausgang zeigt, wie stark das relative Mehrheitswahlrecht ein Zwei-Parteien-System bevorzugt. Im Unterschied zum absoluten Mehrheitswahlrecht fällt aber auch hier auf, dass die christlichsozialen Verluste zwar hoch ausgefallen wären, sich aber keineswegs so vernichtend ausgewirkt hätten. Auch wenn man die Ergebnisse von 1911 heranzieht, wären die Christlichsozialen stärkste Fraktion der Wiener Abgeordneten geblieben.

Worauf dieser kleine fiktionale Exkurs hinausläuft, ist die Tatsache, dass die Christlichsozialen in Wien auch nach der 1911er Wahl nicht „tot“ waren. John W. Boyer hat richtigerweise darauf hingewiesen, dass es den Wiener Christlichsozialen später gelang, die Partei zu reorganisieren. Auch die wirtschaftliche Durststrecke nahm langsam ein Ende und verlieh der Partei erneut Rückendeckung. Bei den Ergänzungswahlen nach dem Attentat auf den Sozialdemokraten Franz Schuhmeier von 1913 konnte sich der Christlichsoziale Heinrich Mataja in der Leopoldstadt (Wahlbezirk Nr. 6) durchsetzen. Auch bei den Landtagswahlen 1912 erreichten die Christlichsozialen in der vierten Kurie immerhin 11 von 21 Sitzen – trotz

einer funktionierenden deutschfreiheitlich-sozialdemokratischen Sammlungspolitik wie schon anno 1911.¹⁷⁹

¹⁷⁹ BOYER, Crisis II, 274.

VIII.2.a Die städtischen Wahlbezirke außerhalb Wiens (Nr. 34 bis 43)

Betrachtet man die Trennung der städtischen Gebiete von den ländlichen, so wäre man geneigt, dahinter eine Form von Wahlgeometrie zu erkennen. Nachdem diese Kunst der Zuschneidung von Wahlbezirken in der Regel den Sinn hat, gewisse Gruppen zu benachteiligen (und im Gegenzug andere zu bevorzugen), so würde man in erster Linie vermuten, dass dadurch die Zahl der potentiell sozialdemokratischen Abgeordneten gering gehalten werden sollte. Die Zahlen sprechen aber eine andere Sprache: die städtischen Wahlbezirke verfügen durchschnittlich über weniger Wahlberechtigte als die ländlichen. Das heißt, eine Stimme in der Stadt – oder im „Industrialort“ – war tatsächlich mehr Wert als jene im Bauerndorf. In der Wahlrechtsdebatte von 1906 habe Premier Gautsch die Trennung zwischen Stadt und Land mit der ähnlichen Sozialstruktur argumentiert – und außerdem ermögliche es eine Bekämpfung der Sozialdemokratie.¹⁸⁰ Es ist nur schwer vorstellbar, dass darin wirklich das Ziel dieser Maßnahme lag – sonst hätten die Zahlen der Wahlberechtigten in den entsprechenden Kreisen etwas anders aussehen müssen. Durch Zahlen belegbar ist, dass die Deutschen im altösterreichischen Wahlrecht klar bevorzugt wurden, zum Teil auch durch dieses Stadt-Land-Prinzip – ein Vermächtnis Schmerlings aus den 1860er Jahren. Ein anderes (nämlich liberales) Vermächtnis ist die Bevorzugung von steuerkräftigen Schichten gegenüber den weniger ertragreichen Landgemeinden. Bei der Wahlrechtsreform von 1896 erinnerte man sich offenbar dieses liberalen Geistes¹⁸¹, auch wenn die eigentliche „liberale Ära“ schon 1879 ihr Ende gefunden hatte. Man ging bei dieser Reform nämlich dazu über, der Steuerleistung tatsächlich höheres Gewicht beizumessen als zuvor.¹⁸² Dies wirkte vermutlich auch noch 1907 fort. Dieser traditionelle Grund für die Stadt-Land-Dichotomie im Wahlsystem scheint – angesichts der Zahlen – plausibler.

Hinsichtlich der Sozialstruktur vermischten sich alte Kleinstädte mit hauptsächlich (klein-)bürgerlicher Bevölkerung und Industrieorte, deren Aufschwung erst auf die letzten hundert Jahre zurückreichte. Während in ersteren eher die bürgerlichen Parteien dominier-

¹⁸⁰ UCAKAR, Demokratie, 333f.

¹⁸¹ MELIK, Wahlen, 34.

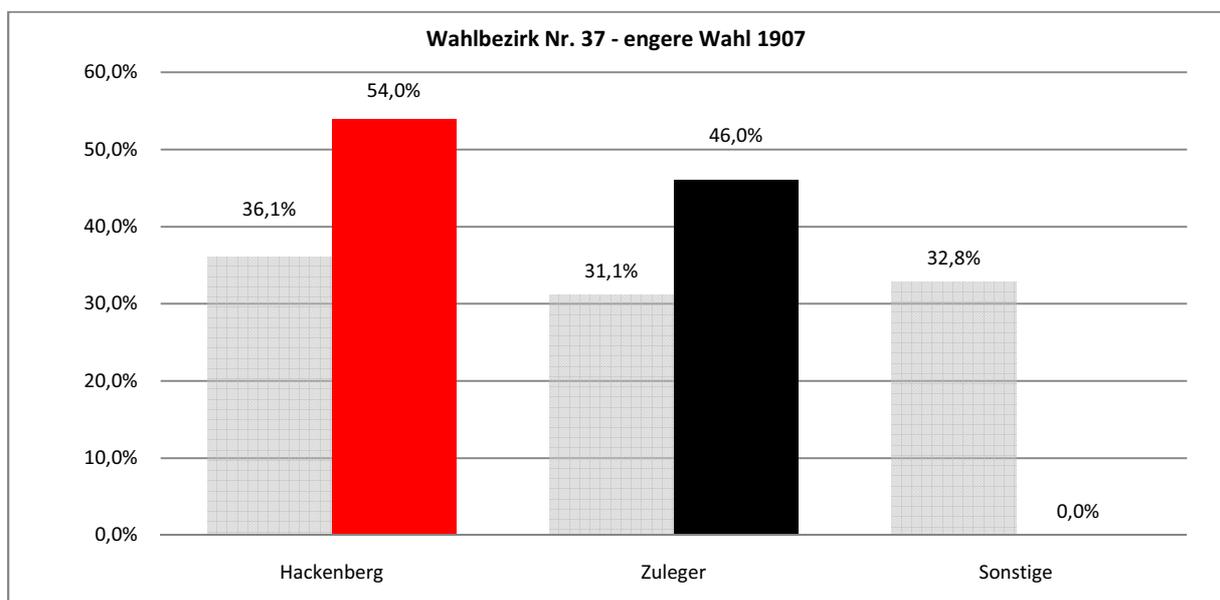
¹⁸² MELIK, Wahlen, 34.

ten, so konnten in letzteren die Sozialdemokraten zum Teil sehr starke Mehrheiten einfahren. Vor allem das „Industrieviertel“ (der Name stammt aus dem frühen 19. Jahrhundert) beinhaltete solche Orte. Im Jahre 1907 jedenfalls hatten dort die Sozialdemokraten sechs von zehn Mandaten erobert, vier davon schon im ersten Wahlgang. Die Christlichsozialen taten sich bei den Städten außerhalb Wiens schon 1907 schwerer: sie erreichten nur drei Mandate. Ein Mandat (Wahlbezirk Nr. 36 [Krems]) fiel der Deutschen Volkspartei zu.

VIII.2.1 Wahlbezirk Nr. 37 (Zwettl, Waidhofen a. d. Thaya, Litschau etc.)

Der städtische Wahlbezirk Nr. 37 umfasste sämtliche Städte und größere Ortschaften des Waldviertels – die linksseitige Wachau freilich ausgenommen. Von der politischen Landschaft her gab es keine klar dominierende politische Kraft – im Gegenteil: der Wahlbezirk war schon 1907 ein „swing state“, wie übrigens die meisten Städtewahlbezirke außerhalb Wiens. Im Unterschied zum Wahlbezirk Nr. 38 hatte es in Zwettl schon 1907 keinen Sieger im ersten Wahlgang gegeben. Der Sozialdemokrat Theodor Hackenberg schaffte die Mehrheit erst in der engeren Wahl gegen den Christlichsozialen Zuleger.

Diagramm 14: Ergebnisse der engeren Wahl (färbig) im Vergleich zu jenen der Hauptwahl (grau) von 1907 im Wahlbezirk Nr. 37 (Zwettl etc.).



Bei der Hauptwahl von 1907 waren die drei Parteien (SdAP, CS und DF) nahezu gleichauf gelegen. Der sozialdemokratische Kandidat Theodor Hackenberg erreichte 36,1 Prozent der gültigen Stimmen und sicherte sich damit den ersten Platz. Das Rennen um Platz Zwei machten damals um Haaresbreite, nämlich exakt 13 Stimmen, die Christlichsozialen mit 31,1 Prozent vor der Deutschen Volkspartei mit 30,9 Prozent. Damit kam es zur Stichwahl zwischen dem sozialdemokratischen und dem christlichsozialen Kandidaten. Dabei gelang es Hackenberg, den zur Disposition stehenden Stimmenanteil von 32,8 Prozent (bestehend aus den Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Tschechen und den zersplitterten Stimmen) größtenteils auf sich zu vereinigen (plus 17,9 Prozentpunkte), während die Christlichsozialen nur 14,9 Prozentpunkte hinzugewannen.

Im Jahre 1911 sah die Situation grundlegend anders aus: Schon am 11. April meldete man aus der Bezirkshauptmannschaft Horn, dass sich Christlichsoziale und Deutschfreiheitliche auf einen Kompromisskandidaten geeinigt hätten, nämlich Landtagsabgeordneten und Postmeister Karl Kittinger aus Karlstein an der Thaya. Der Bezirkshauptmann betonte jedoch, dass „hierüber noch kein definitiver Beschluß gefallen“ sei. Bezirkshauptmann Friedrich Ritschl aus Gmünd sah die Wahlchancen Kittingers als



äußerst vorteilhaft an – freilich nur unter der Bedingung, dass der Kompromiss bis zur Wahl tatsächlich hielte.¹⁸³ Am selben Tag wurde aus Waidhofen an der Thaya bekannt, dass der n.ö. Hauer- und Bauernbund gedenke, einen ten zu Hackenberg und Kittinger aufzustellen. Dabei handle es sich um den Redakteur der „Niederösterreichischen Land-

Zeitung“ Josef Faber, der von dem Wiener Deutschfreiheitlichen Paul Freiherr von Hock unterstützt werde. Der Sinn dieses Unternehmens läge erst gar nicht in einem Sieg Fabers, sondern in der Zersplitterung der Stimmen und der Unterstützung des sozialdemokratischen Kandidaten im Falle einer engeren Wahl. (Der Hauer- und Bauernbund war eine deutschfreiheitliche Konkurrenzorganisation zum christlichsozialen niederösterreichischen Bauernbund – daher auch die starke Ablehnung gegen die Christlichsozialen in Form von Unterstützung der Sozialdemokraten.) Bereits einen Tag später fuhr der Zug zurück: der Hauer- und

¹⁸³ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Gmünd an k.k.n.ö. St.-Pr. (12. April 1911).

Bauernbund forderte eine schriftliche Erklärung Kittingers, dass er frei und unabhängig von den Christlichsozialen agieren werde – andernfalls sehe man sich gezwungen, einen Gegenkandidaten zu ernennen, der schließlich Kittingers Wahl im ersten Wahlgang stark gefährden könnte. Der Bezirkshauptmann erkannte scharfsinnig, „dass Kittinger eine Erklärung in diesem Sinne nicht abgeben können wird.“¹⁸⁶ Auch aus Zwettl kamen recht optimistische Prognosen hinsichtlich der Wahlchancen Kittingers, doch meinte Bezirkshauptmann von Kean More, dass die Entscheidung bei den Wählern der größeren Gemeinden des Bezirkes Gmünd läge, wo sich „viel industrielle Bevölkerung“ befinde.¹⁸⁷

Am 19. April 1911 erreichte die Statthalterei die Kunde vom angeblichen Zurücktreten des sozialdemokratischen Wahlwerbers Theodor Hackenberg, der sich gerade auf der Suche nach einem aussichtsreicheren Mandat in Böhmen befände. Sein ventilierter Nachfolgekandidat für den Wahlbezirk Nr. 37, Bezirkskrankenkassensekretär Hans Lenz aus Gmünd, wäre demgemäß ohne jede Chance.¹⁸⁸ Dabei blieb es aber nicht: schon am 22. April 1911 hieß es, dass Kittinger nun selbständig kandidiere, da ihm die Unterstützung der deutschfreiheitlichen (genauer: deutschliberalen) Gruppe abhanden gekommen war. Diese hatten – ähnlich wie der Hauer- und Bauernbund – gefordert, dass es keinen Kompromiss mit den Christlichsozialen geben dürfe. Zu diesem Zwecke hätte man „einen gewissen Laurenz Hofer, mir [dem Bezirkshauptmann von Waidhofen an der Thaya, P.D.] unbekannt“, aufgestellt bzw. damit gedroht, ihn aufzustellen. Kittinger hätte – selbst wenn Hofer kandidiert werde – dennoch die größten Aussichten auf Erfolg. In der Bezirkshauptmannschaft Waidhofen an der Thaya wusste man offensichtlich noch nichts von Hackenbergs Suche nach neuen, erfolgversprechenderen Mandaten. Zumindest wurde weiterhin die Kandidatur Hackenbergs als fix angenommen.¹⁸⁹ Am 23. April 1911 dürfte Kittinger doch eine Erklärung abgegeben haben, welche offensichtlich die Deutschliberalen dazu veranlasste, Hofers (nur angedrohte) Kandidatur zurückzuziehen. Neben der Feststellung, dass die Wahlagitation im Bezirk Waidhofen an der Thaya eine sehr schwache wäre, schraubte man die Aussichten Hackenbergs auf Erfolg weiter hinunter.¹⁹⁰ Dessen Bemühungen um eine Verbesserung der Situation durch

¹⁸⁶ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Waidhofen a. d. Thaya an k.k.n.ö. St.-Pr. (13. April 1911).

¹⁸⁷ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Zwettl an k.k.n.ö. St.-Pr. (13. April 1911).

¹⁸⁸ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Gmünd an k.k.n.ö. St.-Pr. (19. April 1911).

¹⁸⁹ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Waidhofen an der Thaya an k.k.n.ö. St.-Pr. (21. April 1911).

¹⁹⁰ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Waidhofen an der Thaya an k.k.n.ö. St.-Pr. (26. April 1911).

Flucht in einen anderen Wahlbezirk dürften von der Parteileitung zunichte gemacht worden sein – so jedenfalls berichtete man aus Gmünd.

Die Chancen Kittingers stünden besser denn je, völlig unabhängig davon, ob der radikale Teil der deutschfreiheitlichen Parteien einen eigenen Kandidaten nominieren würde.¹⁹¹ Der folgende Bericht des Bezirkshauptmanns in Horn verdeutlicht die parteipolitische Verwirrung, welcher die Beamten (und vermutlich auch die Wähler) ausgesetzt waren: erstmals bezeichnete der Chef der Bezirkshauptmannschaft Horn den Kandidaten Kittinger als „christlichsozial“.¹⁹² Kittinger meldete seine Kandidatur nun auch offiziell bei den Behörden an, was rund um den 25. April 1911 geschehen sein dürfte. In Zwettl dürfte man zu diesem Zeitpunkt noch nichts von der „Nun-doch-Kandidatur“ Hackenbergs gewusst haben, sondern ging von der Kandidatur des Ersatzmannes Hans Lenz aus.¹⁹³ Die drei Berichte aus Gmünd, Horn und Zwettl legen den Schluss nahe, dass es keinerlei Absprachen zwischen den Bezirkshauptleuten gegeben haben dürfte. Während die ersten beiden über das Hin und Her Hackenbergs informiert waren, schien dies in Zwettl nicht der Fall gewesen zu sein.

Eine Woche später stand nun auch ein deutschnationaler Kandidat im Wahlbezirk Nr. 37 fest: der in der k. k. Staatsbahn-Werkstatt tätige Josef Hoffmann – freilich ohne jede Aussicht, gewählt zu werden. Dass es durch Hoffmann gelingen könne, die Wahl Kittingers in der Hauptwahl zu verhindern, dies bezweifelte der dort zuständige Bezirkshauptmann stark.¹⁹⁴ Nach der Wiederaufnahme des Wahlkampfes durch den Sozialdemokraten Hackenberg wurde sein Stellvertreter für alle Fälle, Hans Lenz, wieder in den ländlichen Wahlbezirk Nr. 61 abgeschoben, wo er einen ungleichen Kampf gegen den dortigen christlichsozialen Kandidaten führen sollte. Der Deutschnationale Hoffmann agierte im Einvernehmen mit dem Hauer- und Bauernbund, also der deutschfreiheitlichen Alternative zum christlichsozialen niederösterreichischen Bauernbund.¹⁹⁵ Schon bald darauf hieß es, Hoffmann sei zurückgetreten und versuche sein Glück im Wahlbezirk Nr. 60. An seiner Stelle nominierten seine Unterstützer im Wahlbezirk Nr. 37 Laurenz Hofer, seinerseits Hausbesitzer in Marbach an der Donau. An der klaren Überlegenheit Kittingers – vermutlich schon im ersten Wahlgang –

¹⁹¹ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Gmünd an k.k.n.ö. St.-Pr. (27. April 1911).

¹⁹² NÖLA 1368, k.k. B.-H. Horn an k.k.n.ö. St.-Pr. (27. April 1911).

¹⁹³ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Zwettl an k.k.n.ö. St.-Pr. (27. April 1911).

¹⁹⁴ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Gmünd an k.k.n.ö. St.-Pr. (3. Mai 1911).

¹⁹⁵ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Zwettl an k.k.n.ö. St.-Pr. (4. Mai 1911).

ändere dies alles nichts, so der Bezirkshauptmann.¹⁹⁶ Hofer sei, schenkt man den Worten des Horner Bezirkshauptmanns Glauben, Alldeutscher¹⁹⁷, während er zuvor in Gmünd noch als Kandidat des „radikalen Flügels der deutsch-nationalen Partei“ bezeichnet worden war. Da aber von mehreren Seiten bestätigt wurde, dass Hofer Kandidat des „deutschen Hauer- und Bauernbundes“ war, ist anzunehmen, dass diese Organisation eher den deutschfreiheitlichen Agrariern zuzurechnen ist als den Alldeutschen. Die Frage kann nicht restlos geklärt werden, da der Hauer- und Bauernbund in keinem niederösterreichischen Wahlbezirk durchzudringen vermochte. Die deutschfreiheitlichen Agrarier allerdings gehörten dem Dachverband des Deutschen Nationalverbandes an, während die Alldeutschen ja als eigener Klub außerhalb dessen saßen.¹⁹⁸

Die Wahlagitation sei nun auffallend stärker geworden und es gäbe schon mehrere Wählerversammlungen pro Woche, von denen allerdings jene Kittingers den größten Anklang fänden. In einer seiner Reden sprach Kittinger davon, dass er im Reichsrat keinem Klub beitreten würde, sondern als „Wilder“ die Interessen seines Wahlbezirks „mit der christlichsozialen Partei“ vertreten werde.¹⁹⁹ Ein Blick in die Zukunft zeigt, dass Kittinger danach als Hospitant beim Deutschen Nationalverband saß und nicht im Klub der Christlichsozialen.²⁰⁰ Sein deutschnationaler Widersacher vom Hauer- und Bauernbund Laurenz Hofer trat am 18. Mai 1911 von der Kandidatur im 37. Wahlbezirk zurück, angeblich aus gesundheitlichen Gründen. Zu seinem Nachfolger bestimmte die Parteileitung den Wiener Ingenieur Friedrich Müller.²⁰¹ Diesem blieb für seine Agitation nur mehr weniger als ein Monat Zeit. Diese wollte er nutzen, und setzte sofort mit scharfen Reden gegen Kittinger und die Christlichsozialen an. Bezirkshauptmann Ritschl aus Gmünd vermutete stattdessen einen anderen Grund für den Rücktritt Hofers, nämlich „dass er die Aussichtslosigkeit seiner Kandidatur erkannt[...]" habe. Dem im Bezirk Gmünd gänzlich unbekanntem Müller räumte Ritschl noch geringere Chancen auf Erfolg ein als seinen Vorgängern.²⁰² In jenen Orten des Bezirks Zwettl, die zum Wahlbezirk Nr. 37 gehörten, sei die Wahlbewegung fast gänzlich

¹⁹⁶ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Gmünd an k.k.n.ö. St.-Pr. (10. Mai 1911).

¹⁹⁷ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Horn an k.k.n.ö. St.-Pr. (10. Mai 1911).

¹⁹⁸ FREUND, Abgeordnetenhaus 1911, 552 u. 558.

¹⁹⁹ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Waidhofen a.d. Thaya an k.k.n.ö. St.-Pr. (10. Mai 1911).

²⁰⁰ FREUND, Abgeordnetenhaus 1911, 552.

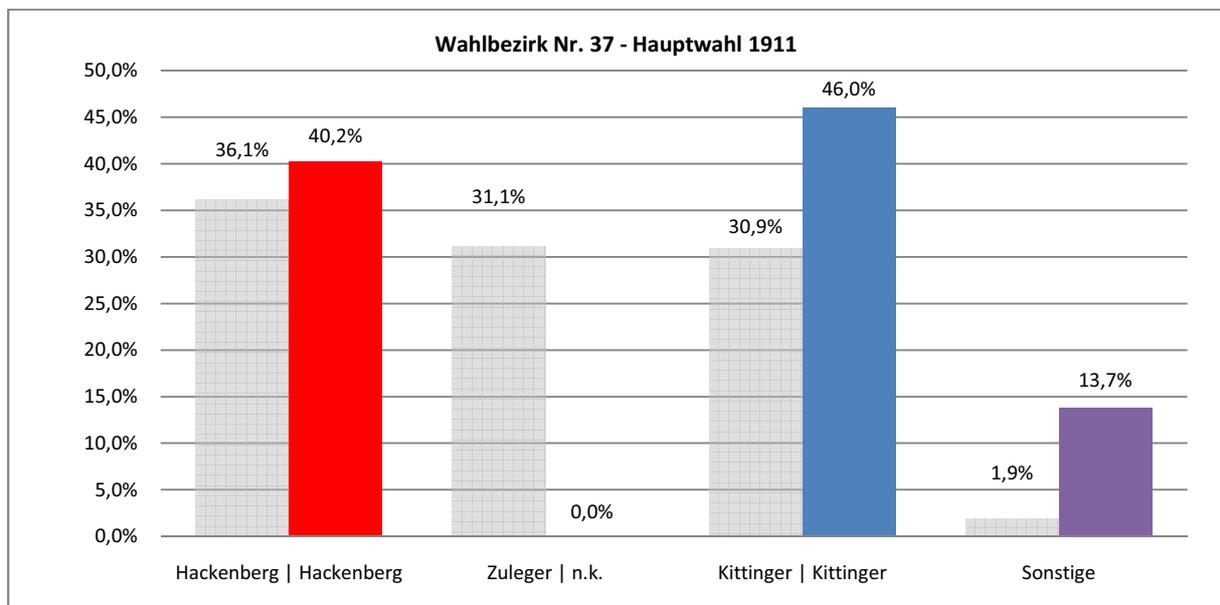
²⁰¹ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Waidhofen a.d. Thaya an k.k.n.ö. St.-Pr. (18. Mai 1911).

²⁰² NÖLA 1368, k.k. B.-H. Gmünd an k.k.n.ö. St.-Pr. (23. Mai 1911).

unbemerkt – ganz im Unterschied zum Landgemeinden-Wahlbezirk Nr. 58 (Mistelbach-Land), wo dieselbe umso lebhafter sei.²⁰³ Ein eigentlich außergewöhnlicher Umstand, da sich das Verhältnis in den meisten ländlichen Wahlbezirken umgekehrt zeigte – nicht zuletzt der starken christlichsozialen Dominanz wegen.

Eine Woche vor der Wahl lieferten die Bezirkshauptleute ein Resümee dahingehend ab, dass aus ihrer Sicht die Wahl Kittingers gesichert sei, sei es auch in einer engeren Wahl gegen den Sozialdemokraten Hackenberg. An einem Sieg Kittingers wagte keiner der drei Bezirkshauptleute zu zweifeln.²⁰⁴

Diagramm 15: Ergebnisse der Hauptwahl von 1907 (grau) und 1911 (färbig) im Wahlbezirk Nr. 37 (Zwettl etc.):



Die Beamten sollten Recht behalten: tatsächlich gelang es dem Sozialdemokraten Theodor Hackenberg nicht, die Mehrheit zu erringen. Trotz eines Zuwachses von 4,1 Prozentpunkten reichte es für die absolute Mehrheit bei weitem nicht. Karl Kittinger, hier aus Gründen der Übersicht als „deutschfreiheitlich“ klassifiziert, verzeichnete einen gewaltigen Zuwachs (plus 15,1 Prozentpunkte), doch auch wurde die Mehrheit verfehlt. Die unter „Sonstige“ zusammengefassten Stimmen zeigen im Wesentlichen jene für den deutschnationalen

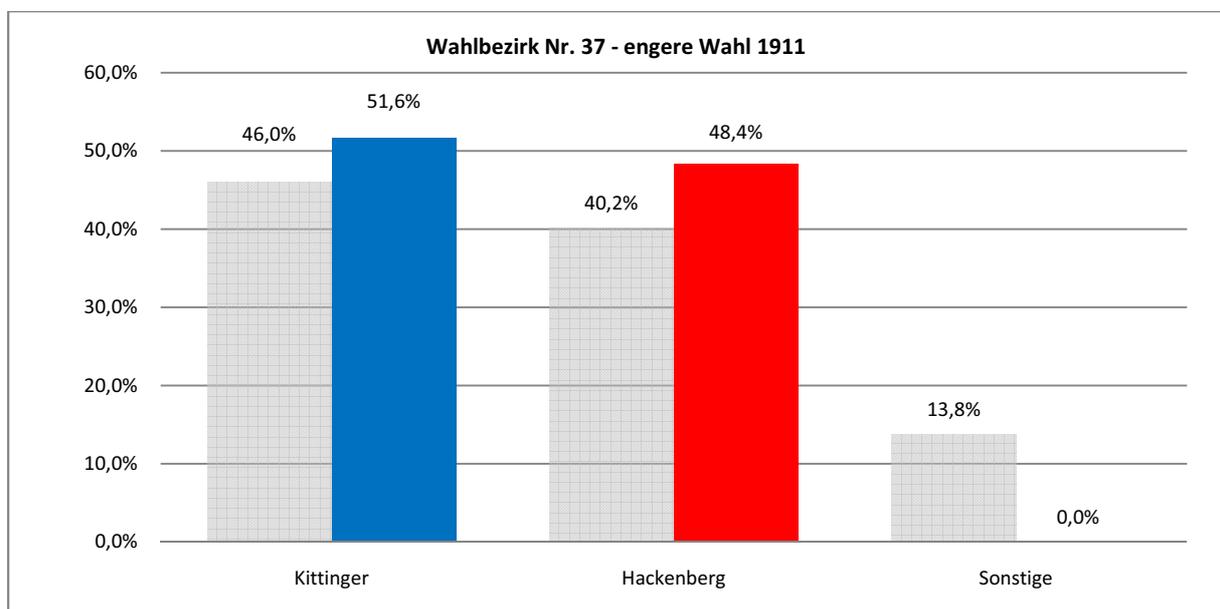
²⁰³ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Zwettl an k.k.n.ö. St.-Pr. (25. Mai 1911).

²⁰⁴ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Gmünd an k.k.n.ö. St.-Pr. (6. Juni 1911); NÖLA 1368, k.k. B.-H. Zwettl an k.k.n.ö. St.-Pr. (7. Juni 1911); NÖLA 1368, k.k. B.-H. Waidhofen a.d. Thaya an k.k.n.ö. St.-Pr. (8. Juni 1911).

Kandidaten Friedrich Müller. Von den oben angezeigten 13,8 Prozent entfielen explizit 12,9 Prozent auf ihn.

Der zwischen der christlichsozialen Partei und der Deutschen Volkspartei – welcher Kittinger zumindest im Landtag angehörte – geschlossene Kompromiss hielt in diesem Fall, allerdings mit Abstrichen: von den 31,1 Prozent, die 1907 christlichsozial gestimmt hatten, konnten sich weniger als die Hälfte für den von der Partei propagierten Kompromisskandidaten erwärmen. Über etwaige Vorkommnisse vor der engeren Wahl vom 20. Juni 1911 sind wir leider nicht mehr durch Berichte aus den Bezirkshauptmannschaften unterrichtet. (Sie scheinen seit einer Recherche 1981 verloren gegangen zu sein, da nur mehr ein Einlageschein von ihrer Existenz Zeugnis ablegt.) Man kann jedoch davon ausgehen, dass in der Woche vor dem Wahltermin noch kräftige Agitation von Seiten Kittingers und Hackenbergs geübt wurde.

Diagramm 16: Ergebnisse der engeren Wahl (färbig) im Vergleich zu jenen der Hauptwahl (grau) von 1911 im Wahlbezirk Nr. 37 (Zwettl etc.).



Das Wahlergebnis fiel keineswegs so eindeutig aus, wie von den Bezirkshauptmännern prognostiziert. Kittinger erreichte die Mehrheit knapp mit 51,6% und konnte im Vergleich zur Hauptwahl 5,6 Prozentpunkte zulegen. Sein Konterpart Theodor Hackenberg unterlag mit 48,4 Prozent, konnte dabei seinen Anteil aber um 8,2 Prozentpunkte steigern. Offensichtlich folgten die deutschnationalen Wähler nicht der Empfehlung ihrer Parteileitung, ge-

schlossen ins Lager der Sozialdemokraten überzugehen. Stattdessen ist eine – wohl ideologisch begründete – Unentschlossenheit innerhalb dieser Wählergruppe festzustellen. Einerseits dürfte es den Deutschnationalen widerstreben haben, den „Verräter“ Kittinger, der sich mit den Klerikalen einließ, zu wählen, andererseits schien auch die linke Alternative nicht vollends befriedigend.

Der Wahlkampf im Wahlbezirk Nr. 37 bietet ein interessantes Beispiel, unter welchen Geburtswehen eine bürgerliche Sammlungspolitik zustandekommen konnte. Er zeigt auch die Möglichkeit, dass ein geschlossenes Auftreten gegenüber den Sozialdemokraten zum Sieg über diese führen konnte. Umso verwunderlicher scheint es, dass dies nur in den seltensten Fällen gelang. Außerdem demonstriert die dortige Wahl die – im Vergleich zu den Sozialdemokraten – verhältnismäßig niedrige Wahldisziplin der bürgerlichen Parteien in den Stichwahlen. Die Vorgänge können durchaus als paradigmatisch für andere Städtewahlbezirke gelten, wo sich eine ähnliche Konstellation ergeben hatte.

VIII.2.2 Wahlbezirk Nr. 38 (Mistelbach, Bruck a. d. Leitha, Oberhollabrunn, etc.)



Im Städtewahlbezirk Nr. 38, dem die Gemeinden Mistelbach, Bruck an der Leitha, Hainburg, Zistersdorf, Feldsberg (heute: Valtice), Poysdorf, Laa an der Thaya, Oberhollabrunn und Retz angehörten, hatte im Jahre 1907 noch Albert Geßmann überlegen gesiegt. Der Christlichsoziale hatte damals schon im ersten Wahlgang 55,9 Prozent der Stimmen erhalten. Somit entfiel eine engere Wahl und Geßmann galt als gewählt. Von dieser an sich günstigen Ausgangsposition galt es – aus der Sicht Geßmanns – zu profitieren. Am 9. April 1911 erreichte der erste Bericht der Bezirkshauptmannschaft Mistelbach das Statthalterei-Präsidium in Wien. Dabei wurden Kandidaturen von Albert Geßmann und dem Deutsch-Sozialen Rudolf Wedra bekannt. Eine etwaige Kandidatur des Deutschnationalen Rudolf Kolisko, von Berufs wegen Advokat und

Bürgermeister in Oberhollabrunn, schien noch fraglich.²⁰⁵ In Bruck an der Leitha dagegen wusste man noch nichts von etwaigen Kandidaturen im Wahlbezirk Nr. 38, doch schon zwei Tage später tat der pensionierte Lehrer Rudolf Wedra dem Bezirkshauptmann persönlich kund, in besagtem Wahlbezirke kandidieren zu wollen. Zu diesem Zeitpunkt dürfte dem Bezirkshauptmann jedoch noch nicht bekannt gewesen sein, welcher Parteirichtung Wedra zuzuordnen war, zumindest erwähnte er diesbezüglich nichts.²⁰⁶ Am 10. April 1911 verfasste der Bezirkshauptmann in Gänserndorf, Friedrich Freiherr von Lederer, einen Bericht, wo er meinte, dass die „Neuwahl [...] von der grösstenteils dem landwirtschaftlichen Stande angehörenden Bevölkerung dieses Bezirkes ganz gleichgiltig aufgenommen“ werde und daher „bisher keine Wahlbewegung zu verzeichnen“ sei.²⁰⁷ Eine Woche später, am 20. April 1911, munkelte man in Mistelbach bereits, dass der Deutschnationale Kolisko von der Kandidatur zurückgetreten sei und berichtete mit Bestimmtheit, dass die Kandidatur Wedras fix sei.²⁰⁸ Am 23. April 1911 hielt Wedra seine erste Wählerversammlung in Laa a. d. Thaya ab, an welcher ca. 100 Personen teilnahmen – zumindest handelte es sich um die erste, die von der Bezirkshauptmannschaft Mistelbach erwähnt wurde. Bezirkshauptmann Julius Montandon bemerkte allerdings, dass die Lage im Bezirk Nr. 38 alles andere als klar sei. Es schien ihm „zweifelhaft“, wer die Wahl gewinnen würde.²⁰⁹ Nach Meinung der Bezirkshauptmannschaft Oberhollabrunn allerdings verfüge Wedra – zumindest was den politischen Bezirk Oberhollabrunn angehe – nicht über die nötige Basis, gegen Geßmann Aussicht auf Erfolg zu haben. Für den 7. Mai 1911 wurde eine Wählerversammlung des letzteren in Oberhollabrunn anberaumt, wo dieser über „Rechenschaftsbericht und die bevorstehenden Reichsratswahlen“ spräche. Fischer wertete diese Ankündigung als Fixierung der Kandidatur Albert Geßmanns.²¹⁰ Montandon (Mistelbach) schickte nachträglich einen Bericht über eine Wählerversammlung Geßmanns in Laa a. d. Thaya, bei der ca. 120 Wähler anwesend waren. Die Versammlung verlief ohne Zwischenfälle.²¹¹

²⁰⁵ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Mistelbach an k.k.n.ö. St.-Pr. (9. April 1911).

²⁰⁶ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Bruck a. d. L. an k.k.n.ö. St.-Pr. (13. April 1911).

²⁰⁷ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Gänserndorf an k.k.n.ö. St.-Pr. (10. April 1911).

²⁰⁸ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Mistelbach an k.k.n.ö. St.-Pr. (20. April 1911).

²⁰⁹ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Mistelbach an k.k.n.ö. St.-Pr. (26. April 1911).

²¹⁰ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Oberhollabrunn an k.k.n.ö. St.-Pr. (3. Mai 1911).

²¹¹ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Mistelbach an k.k.n.ö. St.-Pr. (4. Mai 1911).

Aus Bruck wurde erst am 11. Mai 1911 gemeldet, dass es Kandidaturen aus dem deutschnationalen, dem christlichsozialen und dem sozialdemokratischen Lager gäbe. Namentliche Erwähnung fand dabei allerdings nur Rudolf Wedra, Oberlehrer im Ruhestand, als Kandidat der Deutschnationalen.²¹² Laut dem Bericht der Bezirkshauptmannschaft Mistelbach vom selben Tag, verfüge Wedra über recht günstige Chancen, gewählt zu werden – oder zumindest eine Stichwahl zwischen ihm und Geßmann erwirken zu können. Desweiteren wurde Wedra der Deutsch-Sozialen Parteirichtung zugeordnet.²¹³ Bezirkshauptmann Fischer aus Oberhollabrunn berichtete über die angekündigten Kundgebungen in Oberhollabrunn durch Wedra am 6. Mai und durch Geßmann am 7. Mai. Während erstere gut besucht war und ruhig verlief, konnte dies von der christlichsozialen Werbeversammlung nicht behauptet werden: ca. 20 Sozialdemokraten befanden sich ebenfalls im Agitationslokal und verhinderten eine Abstimmung über die Annahme der Kandidatur Geßmanns. Als dieser dann das Lokal verließ, um zum Bahnhof zu gehen, wurde er mit faulen Eiern beworfen und mit Pfui-Rufen geschmäht. Dem Bericht zufolge seien außerhalb des Lokals auch „einige Deutschvölkliche“ (d.h. Anhänger der Deutschen Volkspartei) zu den Sozialdemokraten gestoßen, um diese gegen Geßmann zu unterstützen. Die Vorfälle dauerten nur wenige Minuten und fanden mit dem Abfahren des Zuges ihr Ende. Bezirkshauptmann Fischer schätzte die Lage so ein, dass Geßmann und Wedra in Oberhollabrunn ungefähr gleichauf sein würden, während in Retz, wo Geßmann ebenfalls am 7. Mai eine Wählerversammlung abhielt, die Bevölkerung den Christlichsozialen klar den Vorzug geben würde. Für jene Teile des Wahlbezirkes Nr. 38, die im politischen Bezirk Oberhollabrunn lagen, ging Fischer also von einer christlichsozialen Mehrheit aus. Über andere etwaige Kandidaten – neben den angemeldeten drei – war dem Bezirkshauptmann noch nichts bekannt.²¹⁴

Das Statthaltereipräsidium warnte vor einer Wählerversammlung Geßmanns am 14. Mai 1911, bei der die Deutschnationalen eine Störung der Versammlung beabsichtigen würden. Der Bezirkshauptmann solle die Gendarmerie-Mannschaft „in unauffälliger Weise“ in der Nähe des Agitationslokals postieren, „um eventuellen Ruhestörungen in wirksamer Weise zu begegnen“.²¹⁵ Im Mistelbacher Bericht vom 17. Mai werden mehrere Wählerver-

²¹² NÖLA 1368, k.k. B.-H. Bruck an der Leitha an k.k.n.ö. St.-Pr. (11. Mai 1911).

²¹³ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Mistelbach an k.k.n.ö. St.-Pr. (11. Mai 1911).

²¹⁴ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Oberhollabrunn an k.k.n.ö. St.-Pr. (11. Mai 1911).

²¹⁵ NÖLA 1616, k.k.n.ö. St.-Pr. an k.k. B.-H. Mistelbach (12. Mai).

lich zwischen den Christlichsozialen und Deutschnationalen zerrieben werden.²¹⁷ Am 28. Mai 1911 hielten die Deutschnationalen mit ihrem Kandidaten Rudolf Wedra eine Wahlversammlung in Mistelbach ab. Schon von Beginn an machte sich eine erregte Stimmung breit. Das lag in erster Linie daran, dass schon eine Stunde vor Beginn der Versammlung christlichsoziale Parteigänger samt ihrem Kandidaten Albert Geßmann eingetroffen waren. Geßmann wurde wüst beschimpft und persönlich angegriffen. Als Wedra seine Rede begann, flammten die (verbalen) Feindseligkeiten gegen Gessmann erneut auf und dieser versuchte sich zu verteidigen. Der Vorsitzende der Versammlung allerdings entschied, dass Geßmann das Wort nicht zu erteilen sei und so mussten die Christlichsozialen unverrichteter Dinge wieder abziehen. Zu Tätlichkeiten war es dabei nicht gekommen, vermutlich nicht zuletzt der bereitgestellten Gendarmerie wegen.²¹⁸

Am 1. Juni 1911 kamen die Behörden erstmals zu dem Schluss, dass es im Wahlbezirk Nr. 38 entweder zu einer hauchdünnen Majorität für die Christlichsozialen unter Geßmann oder zu einer Stichwahl zwischen Geßmann und Wedra kommen werde. Im Falle einer engeren Wahl hätte Wedra die günstigeren Aussichten, da er mit den Stimmen der Sozialdemokraten rechnen könne, während Geßmann nur jene Stimmen blieben, die er schon im ersten Wahlgang erhalten würde.²¹⁹ Eine Woche später kam es erneut zu einer Welle von Wählerversammlungen, die aber allesamt ohne Ausschreitungen über die Bühne gingen. Eine Kundgebung des Sozialdemokraten Adolf Laser in Feldsberg vom 5. Juni 1911 fand nur wenig Anklang bei den versammelten christlichsozialen Bauern. Gleiches widerfuhr den sozialdemokratischen Kandidaten in den (Landgemeinden-)Wahlbezirken rund um Mistelbach, wo sie zum Teil gar nicht erst zu Wort kamen – wie etwa in Bernhardsthal. Hinsichtlich der Wahlaussichten dürfte sich die Meinung des Bezirkshauptmanns nicht geändert haben.²²⁰ In den letzten Tagen vor der Wahl fanden nochmals fünf Wählerversammlungen statt, organisiert von den drei politischen Gruppierungen. Dabei fällt auf, dass von den fünf Veranstaltungen jeweils zwei von Wedra und Laser abgehalten wurden, aber nur eine von Geßmann. Ausschreitungen kamen bei allen fünf nicht vor.²²¹ Bei der christlichsozialen Kundgebung

²¹⁷ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Mistelbach an k.k.n.ö. St.-Pr. (25. Mai 1911).

²¹⁸ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Mistelbach an k.k.n.ö. St.-Pr. (29. Mai 1911).

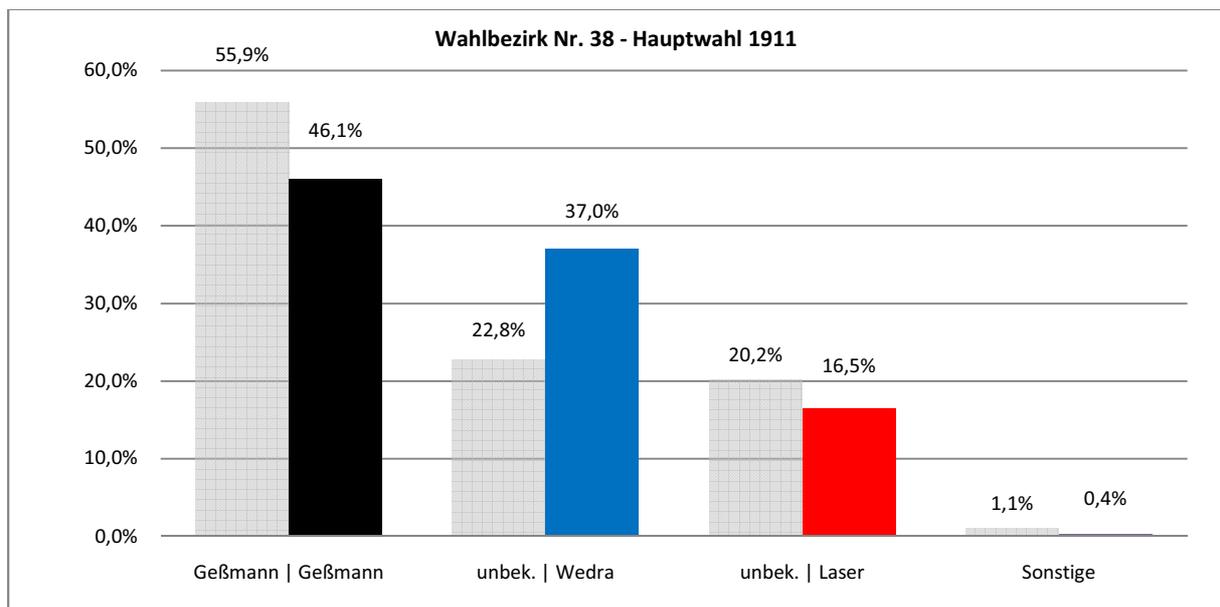
²¹⁹ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Mistelbach an k.k.n.ö. St.-Pr. (1. Juni 1911).

²²⁰ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Mistelbach an k.k.n.ö. St.-Pr. (8. Juni 1911).

²²¹ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Mistelbach an k.k.n.ö. St.-Pr. (14. Juni 1911).

kam es zu einem kurzen Handgemenge, nachdem Geßmann von den politischen Gegnern mit Schmährufen über den Hauptplatz von Mistelbach „getrieben“ wurde und sich in eine Seitengasse retten konnte. Wedra seinerseits wäre – nach Meinung des Bezirkshauptmanns – „jedoch ohne rechtzeitiges Eingreifen der Sicherheitsorgane zweifellos von christlichsozialer Seite attackiert worden. Zu Verletzungen kam es nicht.“²²²

Diagramm 17: Ergebnisse der Hauptwahl von 1907 (grau) und 1911 (färbig) im Wahlbezirk Nr. 38 (Mistelbach etc.).



Im Wesentlichen traf die Prognose des Mistelbacher Bezirkshauptmanns zu: seine Zweifel hinsichtlich einer Majorität Albert Geßmanns erwiesen sich als berechtigt. Die Christlichsozialen fuhren ein Minus von 9,8 Prozentpunkten ein und verloren damit die absolute Mehrheit. Dass dies der Nummer Zwei der Christlichsozialen persönlich widerfuhr, spricht eine umso deutlichere Sprache. Zum großen Sieger im Wahlbezirk Nr. 38 wurde der Deutsch-Soziale Rudolf Wedra, der ein Plus von 14,2 Prozentpunkten gegenüber dem Kandidaten der Deutschen Volkspartei von 1907 einfahren konnte. Interessant sind auch die Einbußen der Sozialdemokraten mit ihrem Kandidaten Adolf Laser: minus 3,7 Prozentpunkte im Vergleich zu 1907. Sie konnten offensichtlich nicht von der Unzufriedenheit mit den Christlichsozialen und vom Absturz Geßmanns profitieren. Ein wohl nicht zu geringer Anteil der Stimmen Wedras dürften Proteststimmen gegen Geßmann gewesen sein.

²²² NÖLA 1616, k.k. B.-H. Mistelbach an k.k.n.ö. St.-Pr. (12. Juni 1911).

Kein Kandidat erreichte die erforderliche Mehrheit von 50% und einer Stimme und somit wurde eine engere Wahl erforderlich. Für diesen Fall war von behördlicher Seite ein Sieg Wedras gegen Geßmann angekündigt worden. Trotz intensiver Agitation verliefen die engeren Wahlen ohne gröbere Ausschreitungen. Die Gendarmerie kontrollierte allerdings die Agitationslokale, um etwaige Störungen zu verhindern.²²³ Am 17. Juni 1911 fand ein – vermutlich auf Veranlassung des Innenministers²²⁴ – vertrauliches Gespräch zwischen Albert Geßmann, dem niederösterreichischen Statthalter Graf Kielmansegg und den Bezirkshauptmännern von Mistelbach, Bruck an der Leitha, Gänserndorf und Oberhollabrunn statt. Dabei beschwerte sich Geßmann, dass die polizeilichen Schutzmaßnahmen unzureichend seien und er dadurch einem „gewalttätigen Terrorismus“ ausgesetzt sei.

„Der Bezirkshauptmann in Oberhollabrunn glaubt diese Beschwerde hauptsächlich auf einen Vorfall zurückführen zu sollen: nämlich darauf, daß ein mit Anhängern der christlich-sozialen Partei besetztes Automobil in vorgerückter Abendstunde in Oberhollabrunn eingetroffen und über die Nachfrage nach dem christlich-sozialen Agitationsgelände gerade in jenes Gasthaus gewiesen wurde, in welchem sich Anhänger des Wedra befanden, welche den Ankömmlingen allerdings einen schlechten Empfang bereiteten. Von anderen Gewalttaten sei ihm nichts bekannt.“²²⁵



Darüber hinaus befanden sich vorgestempelte Stimmzettel im Umlauf, auf denen der Name Wedras gestanden habe. Die Bezirkshauptleute meinten, es würde sich um übriggebliebene Stimmzettel der Wahl von 1907 oder um welche von Ergänzungswahlen handeln. Insgesamt habe man im Bezirk Mistelbach 50 solcher Stimmzettel sichergestellt, doch die Absender – sie wurden per Post zugestellt – konnte man nicht eruieren. Als Geßmann noch

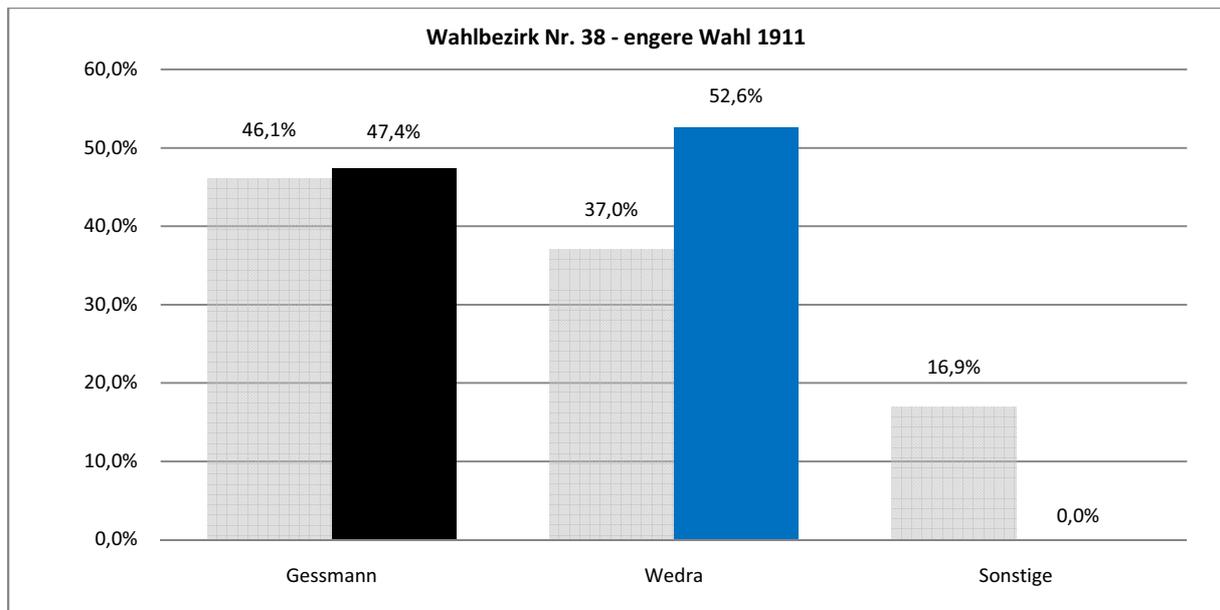
²²³ NÖLA 2045, k.k. B.-H. Mistelbach an k.k.n.ö. St.-Pr. (20. Juni 1911).

²²⁴ NÖLA 1616, k.k. Ministerium des Innern an k.k.n.ö. St.-Pr. (10. Juni 1911).

²²⁵ NÖLA 1616, Amtsnotiz des k.k.n.ö. St.-Pr. (20. Juni 1911).

behauptete, zahlreiche Beamte würden für die Sache Wedras Werbung machen, endete das Verständnis der übrigen Anwesenden.²²⁶ Nach der Konferenz musste Geßmann unverrichteter Dinge wieder abziehen.

Diagramm 18: Ergebnisse der engeren Wahl (färbig) im Vergleich zu jenen der Hauptwahl (grau) von 1911 im Wahlbezirk Nr. 38 (Mistelbach etc.).



Albert Geßmann konnte seine zwar Anhänger erneut dazu bringen, für ihn zu stimmen, nicht aber die Wähler der ausgeschiedenen Sozialdemokraten. Eine genaue „Wählerstromanalyse“ ist jedoch aufgrund fehlenden Materials nicht möglich, doch legen diese Zahlen den Verdacht nahe, dass der sozialdemokratische Wähleranteil fast 1:1 ins Lager Wedras überging. Nur eine sehr geringe Zahl (1,3 Prozent) konnte von Geßmann hinzugewonnen werden. Sie reichte nicht aus, um einen christlichsozialen Sieg herbeizuführen. Die Wahlbeteiligung sank nur unwesentlich, nämlich von 95,9 auf 95,4 Prozent, was an der verordneten Wahlpflicht lag. Die Zahl der gültigen Stimmen stieg von 97,6 auf 98,7 Prozent. Diese Zahlen verdeutlichen den Umstand, dass Geßmanns Absturz nicht auf ein „Zuhausebleiben“ der christlichsozialen Wähler zurückzuführen ist, sondern dass dieselben auch bei der engeren Wahl Geßmann wählten – aber damit allein blieben.

Der Wahlkampf im Wahlbezirk Nr. 38 spiegelt deutlich das Dilemma der Christlichsozialen um Behauptung ihrer Vorherrschaft in den Städten wider. Die Sozialdemokraten und

²²⁶ NÖLA 1616, Amtsnotiz des k.k.n.ö. St.-Pr. (20. Juni 1911).

Deutschfreiheitlichen verband ihre Gegnerschaft zu den Christlichsozialen, die in ihren Augen nichts als Korruption und Misswirtschaft über die Leute gebracht hätten. Die Auswirkungen von Fleischkrise, Teuerungswelle und christlichsozialer Selbstzerstörung blieben ganz offensichtlich nicht auf Wien beschränkt. Nur in den ländlichen Wahlbezirken spielten derartige Argumente keine Rolle, nicht zuletzt der protektionistischen Wirtschaftspolitik des niederösterreichischen Bauernbundes wegen, mit der sich aber nur die Bauern zufrieden geben konnten.

Der in Mähren 1863 geborene Rudolf Wedra konnte diesen Widerspruch kommunizieren und ging siegreich aus der Wahl hervor. Er dürfte von seiner Weltanschauung her nicht ursprünglich dem deutsch-freiheitlichen Lager angehört haben, da er in den 1880er Jahren Gründungsmitglied der Raiffeisenkasse war und 1896 sogar die (noch heute existierenden) Passionsspiele in Eibesthal ins Leben gerufen hatte. Erst danach wandte er sich der deutsch-national-freiheitlichen Richtung zu und wurde Obmann des „Bundes der Deutschen in Niederösterreich“, Mitglied des Deutschen Schulvereins (heute: „Österreichische Landsmannschaft“) sowie Mitglied des Deutschen Ortsvolksrates.²²⁷

Für Geßmann dagegen bedeutete die Wahlniederlage das Ende einer langen politischen Karriere: 1852 zu Wien geboren, trat der gelernte Historiker und Geograph frühzeitig in das politische Leben ein und schloss sich zuerst der demokratischen Partei in Wien-Neubau an, einer Vorgängerpartei der Christlichsozialen. Letztere gründete er 1893 zusammen mit Lueger, welcher ihn als „Organisator des Sieges“ bezeichnete. 1907 hatte er wesentlichen Anteil an der Vereinigung der Katholischen Volkspartei unter Liechtenstein mit den Christlichsozialen. Im selben Jahr übernahm er auch ein Ministerium ohne Portefeuille, das ein Jahr darauf zum „Ministerium für öffentliche Arbeiten“ werden sollte.²²⁸ Gemeinsam mit der Krankheit und dem Tod Luegers 1910 sowie andauernden Regierungskrisen verspielte er seine (1907 noch ungebrochene) Popularität innerhalb der Bevölkerung und geriet obendrein noch in den Strudel der christlichsozialen Diadochenkämpfe.

²²⁷ NÖLA 2045, k.k. B.-H. Mistelbach an k.k.n.ö. St.-Pr. (20. Juni 1911); Der Deutsche Schulverein war eine überparteiliche Organisation, der auch bekannte Sozialdemokraten wie Victor Adler oder Engelbert Pernerstorfer angehörten.

²²⁸ ÖBL 1/5, 432.

VIII.2.3 Wahlbezirk Nr. 40 (Wiener Neustadt)

Im städtischen Wahlbezirk Wiener Neustadt, der nur die Ortsgemeinde selbst, nicht aber die übrigen (ländlichen) Teile des politischen Bezirks umfasste, hatte die Bevölkerung im Jahre 1907 das sozialdemokratische Urgestein Engelbert Pernerstorfer in den Reichsrat entsandt. Pernerstorfer war einer der längstdienenden Abgeordneten des Reichsrats und saß schon 1885 – also nur drei Jahre nach der Zensusenkung von 1882, welche die berühmten „Fünfguldenmänner“ ins Parlament gebracht hatte – im Hohen Haus am Franzensring (das



damals erst knappe zwei Jahre bestand!). Als Schulkollegen (sowohl Victor Adler als auch Pernerstorfer waren in etwa gleich alt und besuchten das Wiener Schottengymnasium) ist beider Lebensweg eng miteinander verknüpft: beide arbeiteten am „Linzer Programm“ mit, zogen sich dann aber aufgrund des immer mehr in den Vordergrund tretenden Rassenantisemitismus von Schönerers Partei zurück und kehrten über die „Fabier“ (eine sozialreformistische, intellektuelle Gruppierung, aus der später die „Sozialpolitische Partei“ hervorgehen sollte) zu den Sozialdemokraten. Im Unterschied zu Adler betonte Pernerstorfer jedoch das deutschnationale Element Zeit seines Lebens stärker und bildete auch innerhalb der vereinigten SdAP (seit 1889) stets den linken (heute: rechten) Rand des innerparteilichen Spektrums. Pernerstorfer wurde immer aus Wiener Neustadt entsendet, nie aus einem anderen Wahlbezirk, wie es oft bei Chefs anderer Parteien üblich war.

Für die Wahl von 1911 standen die Chancen Pernerstorfers allerdings schlechter als für jene von 1907 – zumindest lautete so die Einschätzung der Bezirkshauptmannschaft Wiener Neustadt. Im Jahre 1907 hatte Pernerstorfer noch durch die Unterstützung der Deutschen Volkspartei in der Stichwahl gegen den Christlichsozialen Kienmann obsiegt. Vier Jahre später schien es vorerst unklar, ob Pernerstorfer überhaupt noch von seiner Partei kandidiert werden würde. Darüber hinaus würde die Entscheidung bei den christlichsozialen Wählern liegen, die sich – im Falle einer Stichwahl – zwischen dem deutschvolklichen Bürgermeister von Wiener Neustadt, Franz Kamman, und Pernerstorfer zu entscheiden hätten. Den christ-

lichsozialen Kandidaten Heinrich Pasler, Direktor der Wiener Neustädter Lokomotivfabrik, bezeichnete die Behörde als bloßen „Verlegenheitskandidaten“.²²⁹ Ende April 1911 stand Pernerstorfer überraschend in der Kandidatenliste des Wahlbezirks Nr. 4 (Wien-Rathausviertel) als sozialdemokratischer Wahlwerber.²³⁰ In diesem Wahlbezirk allerdings wäre – wie bereits oben ausgeführt (s. S. 45ff) – für einen sozialdemokratischen Kandidaten nicht viel zu holen gewesen. Pernerstorfer blieb allerdings weiterhin auf der Wiener Kandidatenliste, während man ihn in Wiener Neustadt auch wieder als fixen Wahlwerber seiner Partei ansah.²³¹

Der Wiener Neustädter Bezirkshauptmann teilte die Meinung der NFP, wonach es im Wahlbezirk Nr. 40 zu einer Stichwahl kommen werde. Das Ergebnis der Hauptwahl werde in Wiener Neustadt etwa 47 Prozent für die Deutschfreiheitlichen, ungefähr 38 Prozent für die Sozialdemokraten und ca. 15 Prozent für die Christlichsozialen bringen. In der engeren Wahl würden sich dieser Voraussage gemäß Kamman und Pernerstorfer gegenüberstehen. Die christlichsoziale Arbeiterschaft habe bereits angekündigt, auf keinen Fall Kamman unterstützen zu wollen. Der größere Teil der christlichsozialen Wählerschaft aus dem ersten Wahlgang hingegen würde vermutlich den deutschfreiheitlichen gegenüber dem sozialdemokratischen Kandidaten bevorzugen. Die NFP stand freilich auf der Seite Kammans, dessen Verdienste als Bürgermeister von Wiener Neustadt hervorgehoben wurden, die auch vom politischen Gegner nicht zu leugnen seien.²³² Daraufhin antwortete Pernerstorfer in einer Zuschrift an die Fichtegasse, dass Kamman von ihm selbst nie als vorbildlicher Bürgermeister bezeichnet worden wäre. Kamman wäre einer „Aemteranhäufung [...] eines Bürgermeisters, Landtagsabgeordneten und Reichsratsabgeordneten nicht gewachsen“ und würde sich außerdem nicht für Politik interessieren. Pernerstorfer schloss mit dem Satz: „Uebrigens kann man ein vortrefflicher Bürgermeister und ein sehr schlechter Reichsratsabgeordneter sein.“²³³ In einer Wählerversammlung eröffnete Kamman dem (deutschfreiheitlichen) Publikum, dass er im Falle seiner Wahl dem Deutschen Nationalverband angehören

²²⁹ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Wiener Neustadt an k.k.n.ö. St.-Pr. (20. April 1911).

²³⁰ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (27. April 1911).

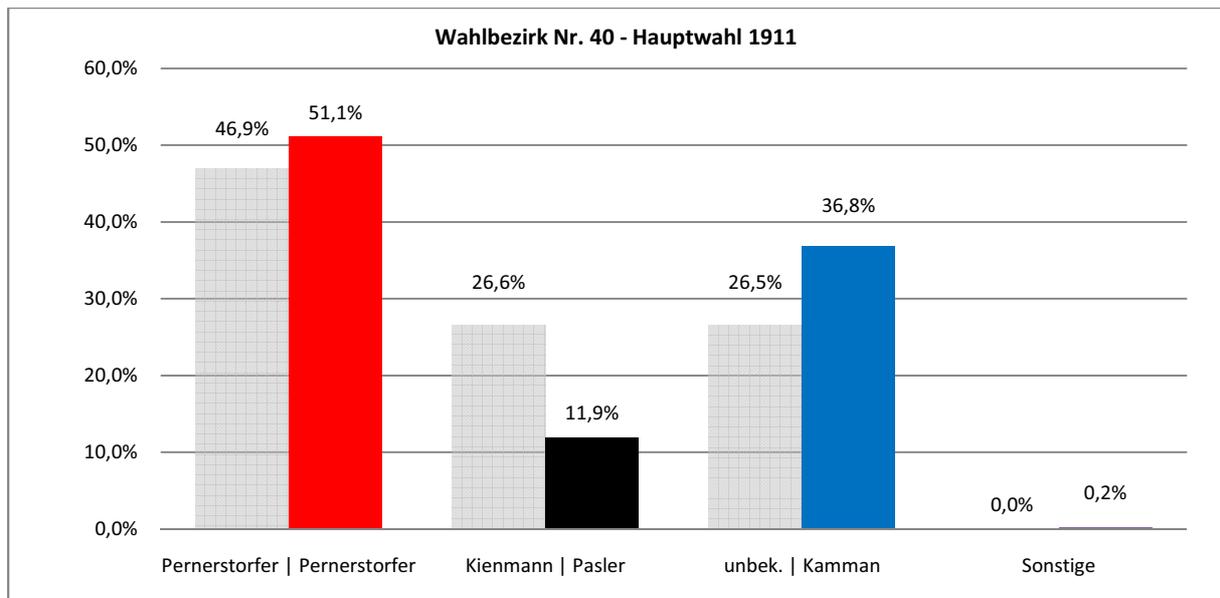
²³¹ NÖLA 1368, k.k. Pol.-Dir. Wien an k.k.n.ö. St.-Pr. (11. Mai 1911); NÖLA 1368, k.k. B.-H. Wiener Neustadt an k.k.n.ö. St.-Pr. (11. Mai 1911).

²³² NÖLA 1368, k.k. B.-H. Wiener Neustadt an k.k.n.ö. St.-Pr. (1. Juni 1911); Neue Freie Presse vom 1. Juni (Morgenblatt) 1911, 3.

²³³ Neue Freie Presse (Morgenblatt) vom 3. Juni 1911, 2.

werde. Gegen die Sozialdemokraten brachte er vor, dass diese ihr wichtigstes Versprechen von 1907 – nämlich die Wiederherstellung eines arbeitsfähigen Parlaments – nicht gehalten hätten.²³⁴

Diagramm 19: Ergebnisse der Hauptwahl von 1907 (grau) und 1911 (färbig) im Wahlkreis Nr. 40 (Wiener Neustadt).



Entgegen der zitierten Einschätzungen gewann Engelbert Pernerstorfer schon im ersten Wahlgang und konnte damit sein Mandat erfolgreich verteidigen. Er erreichte 51,1 Prozent der Stimmen und damit einen Zuwachs von 4,2 Prozentpunkten. Der christlichsoziale Kandidat Heinrich (laut NFP: August) Pasler kam dagegen nur auf 11,9 Prozent – ein Verlust von 14,7 Prozentpunkten. Der Kandidat der Deutschen Volkspartei, Bürgermeister Kamman, erreichte 36,8 Prozent und konnte damit 10,3 Prozentpunkte hinzugewinnen. Die „Sonstigen“ setzten sich in diesem Falle nur aus den zersplitterten Stimmen zusammen.

Womit man sowohl in der Fichtegasse als auch von behördlicher Seite Recht behielt, war die Tatsache, dass es zu einem Rennen zwischen Sozialdemokraten und Deutscher Volkspartei kommen würde. Was man allerdings völlig unterschätzt hatte, war, dass die Verluste der Christlichsozialen derart hoch ausfallen würden: die NFP war in ihrer Einschätzung von einem Minus von ca. 10 Prozentpunkten ausgegangen, tatsächlich wurden fast 15 daraus. Richtig eingeschätzt wurde, dass der Großteil der christlichsozialen Verluste Bürgermeister

²³⁴ Neue Freie Presse (Morgenblatt) vom 10. Juni 1911, 9.

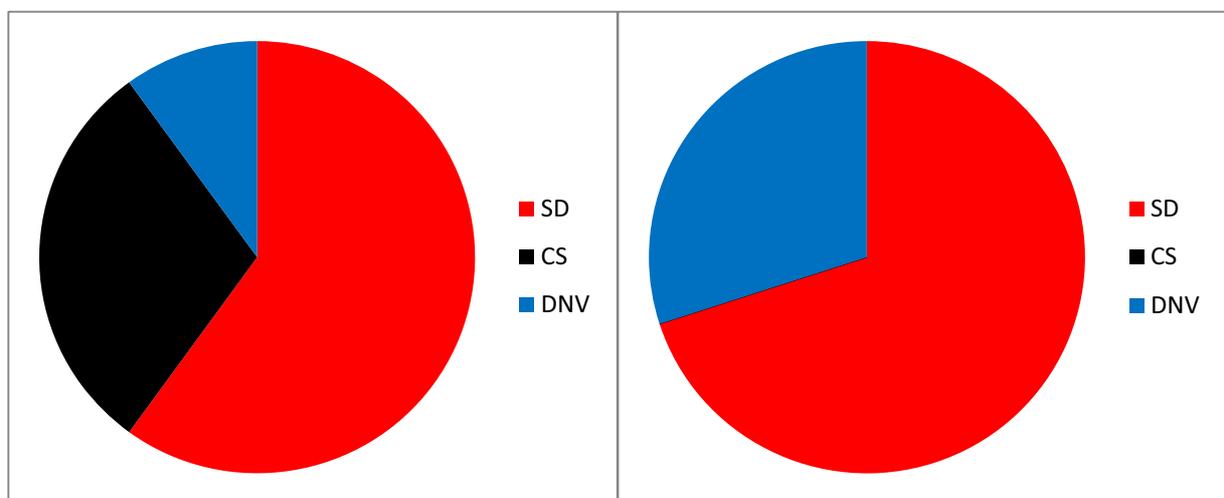
Kamman zugute kommen werde. Pernerstorfer dagegen erhielt vermutlich die Stimmen der christlichsozialen Arbeiterschaft, die ausreichten, um ihm schon im ersten Wahlgang die Majorität zu verleihen. Sowohl die NFP als auch die Bezirkshauptmannschaft Wiener Neustadt hatten vor den Wahlen von einem „Glücksfall“ gesprochen, welcher Pernerstorfer 1907 zu seinem Sitz im Abgeordnetenhaus verholfen hätte. Diese Sicht muss – aus Perspektive des „rückwärtsgewandten Propheten“ – revidiert werden: die Differenz zwischen Kamman und Pernerstorfer betrug immerhin 14,3 Prozent, womit von einem Kopf-an-Kopf-Rennen nicht die Rede sein konnte. Doch im Nachhinein ist jeder klüger.

Wie die meisten städtischen Wahlbezirke außerhalb Wiens, so war auch der Wahlbezirk Nr. 40 zu einem klar sozialdemokratisch dominierten Terrain geworden. Betrachtet man die Sozialstruktur dieser Gegend, so verwundert es eher, dass sich bürgerliche Parteien überhaupt Chancen ausrechneten, da sowohl zahlreiche Industriebetriebe in Wiener Neustadt (Lokomotivfabrik, Austro-Daimler etc.) ansässig waren als auch die Südbahn für die Bevölkerung eine wichtige Rolle spielte. Die Militärakademie und die Zollegstätt-Kaserne hatten für den Ablauf der Wahl keine Bedeutung, da aktives Militärpersonal – abgesehen davon waren die meisten Zöglinge ja noch unter 24 Jahre alt – ohnehin nicht wahlberechtigt war. Der Wahlbezirk Nr. 40 verdeutlicht die Möglichkeit, dass nicht nur Deutschfreiheitliche, sondern auch Sozialdemokraten **direkt** vom Machtverlust der Christlichsozialen im städtischen Bereich profitieren konnten. Hier wird klar, dass die Grenzen zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen längst nicht so unüberbrückbar waren, wie gemeinhin angenommen wird.

VIII.2.b Gesamtergebnis städtische Wahlbezirke außerhalb Wiens (Nr. 34 bis 43)

Schon die graphische Darstellung lässt eine starke Ähnlichkeit zu den Vorgängen in Wien erahnen:

Diagramm 20: Die Verteilung der Mandate in den städtischen Wahlbezirken außerhalb Wiens nach Parteien 1907 (links) und 1911 (rechts):



	Sozialdemokratisch	Christlichsozial	Dt. Nationalverband
1907	6	3	1
1911	7	0	3

Der schon 1907 mehr als deutliche Vorsprung der Sozialdemokraten in den Städten (und Industrialorten!) außerhalb Wiens konnte noch ausgebaut werden. Die urbanen Christlichsozialen hatten mit den gleichen Problemen zu kämpfen wie in der Reichshaupt- und Residenzstadt selbst. Sie wurden schlicht weggespült. Die Sozialdemokraten gewannen zwei Mandate (Wahlbezirke Nr. 36 [Krems] und 41 [St. Pölten]) hinzu, verloren aber auch eines (Wahlbezirk Nr. 37 [Zwettl]). In den neu eroberten Wahlbezirken setzte man erfolgreich auf eine sozialdemokratisch-deutschfreiheitliche Allianz gegen die Christlichsozialen. Der Ver-

lust ging auf das Konto eines deutschfreiheitlich-christlichsozialen Kompromisses. Das deutschfreiheitliche Lager verlor ein Mandat (Wahlbezirk Nr. 36 [Krems]), gewann aber drei hinzu (Wahlbezirk Nr. 37 [Zwettl], 38 [Mistelbach] und 39 [Baden]). Einer der drei Neugewinne kam durch einen deutschfreiheitlich-christlichsozialen Kompromiss zustande (s. S. 78), der andere durch ein Bündnis mit den Sozialdemokraten (Wahlbezirk Nr. 38). Die Christlichsozialen verloren ihren gesamten Besitzstand in den städtischen Wahlbezirken ersatzlos, nämlich die Mandate von Mistelbach (Wahlbezirk Nr. 38), Baden (39) und St. Pölten (41).

Als Gründe für das Wahlergebnis können im Wesentlichen dieselben angeführt werden, die auch den christlichsozialen Untergang in Wien bewirkten: schwächelnde Konjunktur, Teuerungskrise und mangelnde Geschlossenheit. Die Verschiebungen zwischen Sozialdemokraten und den deutschfreiheitlichen Parteien waren Ergebnis unterschiedlicher Kompromisse. In insgesamt fünf Wahlbezirken wurde der bisherige Abgeordnete nicht bestätigt. In jenen drei, wo Christlichsoziale abgewählt wurden, waren die Beweggründe de facto dieselben wie in Wien. Die Vorgänge im Waldviertel (Wahlbezirk Nr. 37) wurden bereits oben (s. S. 78ff) behandelt. In Krems (Wahlbezirk Nr. 36) kam es schon 1907 zu einer Stichwahl, bei welcher die Christlichsozialen den deutschfreiheitlichen Kandidaten unterstützten. 1911 entschied man sich anders und unterstützte zum größten Teil (nicht geschlossen, schließlich waren die Christlichsozialen eine bürgerliche Partei) den sozialdemokratischen Kandidaten. Die Bezirkshauptmannschaft Tulln führte als Grund an, dass

„die Christlich sozialen bei der engeren Wahl ihre Stimme dem Sozialdemokraten geben werden, weil sie in [dem deutschfreiheitlichen Kandidaten, P.D.] Dr. Weidenhoffer einen einflussreichen Gegner erblicken und dessen angebliche Macht fürchten, während der Sozialdemokrat Schlinger nicht die Fähigkeit besitzen dürfte ein energischer und erfolgreicher Bekämpfer der Christlich sozialen Partei zu sein.“²³⁵

In den übrigen Wahlbezirken wurden die Amtsinhaber bestätigt.

²³⁵ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Tulln an k.k.n.ö. St.-Pr. (15. Juni 1911).

VIII.3.a Die ländlichen Wahlbezirke (Nr. 44 bis 64)

Am Land lag die Sache naturgemäß anders als in der Stadt. Hier gelang es dem niederösterreichischen Bauernbund, ein Monopol über das weite Feld der Politik – soweit sie nicht die Sphäre der Krone (etwa die Bezirkshauptmannschaften) betraf – zu errichten. Schon am 19. April 1911 stellte der Bauernbund in Eigenregie die Kandidatenliste der christlichsozialen Partei auf dem flachen Land auf, völlig unabhängig von der zentralen Parteileitung in Wien.²³⁶ Dabei wurde etwa auch ein Parteiprogramm veröffentlicht, worin die Ziele der Parteiarbeit festgesetzt wurden. Dieses hatte es in sich:

1. Zollschutz,
2. Versicherung für Bauern und Gewerbetreibende,
3. Ende der Güterschlächtereier,
4. Entschuldungsmaßnahmen für die Bauern,
5. progressive Einkommenssteuer sowie Abschaffung von Grund- und Erwerbssteuer,
6. direkte Heereslieferungen für die Bauern,
7. Wehrpflichtverkürzung,
8. Transporterleichterungen sowie Aufhebung der Verzehrssteuer auf Fleisch und Wein,
9. siebenjährige Schulpflicht sowie landwirtschaftliche Fortbildungsschulen,
10. deutsche Besitzstandswahrung und
11. Maßnahmen gegen die Landflucht.²³⁷

Bei diesem Pamphlet mussten christlichsozialen Arbeitnehmervertretern wie Leopold Kunschak die Tränen in die Augen schießen, denn es fand sich darin keine einzige Forderung, welche die Interessen dieser Seite betroffen hätte. Die Agrarier der christlichsozialen Partei zeigten sich also nicht sonderlich sensibel hinsichtlich der Interessen der bedrängten Christgewerkschafter, sondern kehrten im eigenen Hof. Bezeichnend ist, dass der Zollschutz an erster Stelle des Programms stand. Der Protektionismus war es eben, welcher es den städtischen Christlichsozialen – angesichts der Teuerungskrise – schwer machte. Dem niederösterreichischen Bauernbund sollte und konnte dieser Antagonismus egal sein: immerhin herrschte man seit 1907 fast absolutistisch über die ländlichen Wahlbezirke mit einer durchschnittlichen Zustimmungsrage von 79 Prozent – wohlgernekt im ersten Wahlgang.

²³⁶ Johann PRAMMER, *Konservative und christlichsoziale Politik im Viertel ob dem Wienerwald 1848–1914* (phil. Diss., Wien 1973), 394.

²³⁷ entnommen aus PRAMMER, *christlichsoziale Politik*, 397.

VIII.3.1 Wahlbezirk Nr. 44 (Tulln, Atzenbrugg, Neulengbach)

Der ländliche Wahlbezirk Nr. 44 umfasste die Gerichtsbezirke Tulln, Atzenbrugg und Neulengbach. Wie in allen ländlichen Wahlbezirken waren 1907 auch hier die Christlichsozialen als Sieger hervorgegangen. Die Bevölkerung lebte um 1911 noch zu großen Teilen von der Landwirtschaft, die insbesondere im Norden des Wahlbezirkes, im Tullnerfeld, gedieh. Im Süden, rund um Neulengbach, spielte auch die Forstwirtschaft eine nicht unwesentliche Rolle, ebenso die ersten Anfänge des Tourismus, der sich – ähnlich wie am Semmering – auf Wiener „Sommerfrischler“ konzentrierte. In politischer Hinsicht änderte letzteres nichts an der überragenden Stellung der Christlichsozialen im Wahlbezirk Nr. 44: 1907 erreichte ihr Kandidat Prälat Josef Scheicher unglaubliche 87,5% der Stimmen im ersten Wahlgang. Scheicher war einer der ersten Anhänger Luegers und auch Mitorganisator der Christlichsozialen Partei.

Die Bezirkshauptmannschaft Tulln ging naheliegenderweise von einer Wiederkandidatur Scheichers aus, wo dieser sein Mandat mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit schon im ersten Wahlgang verteidigen werde.²³⁸ Das Problem schien jedoch weniger Scheichers Aussicht auf Erfolg zu sein, als seine persönliche Motivation für eine Kandidatur. In Hietzing (das Gebiet des Wahlbezirks Nr. 44 lag zum Teil im Bereich des damaligen politischen Bezirks Hietzing-Umgebung) wusste man nur davon zu berichten, dass die Partei Scheicher zum Wahlkampf zu überreden versuche.²³⁹ Kurz und bündig hieß es eine Woche darauf: Scheicher habe die Kandidatur angenommen, wolle selbst aber keine Wählerversammlungen abhalten.²⁴⁰ Er wäre damit vermutlich der einzige Kandidat gewesen, den eine derartige Handhabe zum Sieg geführt hätte. Schon eine Woche später kündigte sich die christlichsoziale Verwirrung an, als nämlich insbesondere im Gerichtsbezirk Neulengbach versucht wurde, den (christlichsozialen) Landtagsabgeordneten Karl Lechner zur Kandidatur zu bewegen.²⁴¹ Anfang Mai machte sich im Wahlbezirk Nr. 44 eine Stimmung gegen Scheicher breit, welche sich vor allem an dessen Alter – zum Zeitpunkt der Wahl war er 69

²³⁸ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Tulln an k.k.n.ö. St.-Pr. (11. April 1911).

²³⁹ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Hietzing-Umgebung an k.k.n.ö. St.-Pr. (13. April 1911).

²⁴⁰ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Hietzing-Umgebung an k.k.n.ö. St.-Pr. (20. April 1911).

²⁴¹ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Hietzing-Umgebung an k.k.n.ö. St.-Pr. (vermutlich 26. April 1911).

Jahre alt – stießen. Der Bezirkshauptmann ging deshalb davon aus, dass viele Wähler für die jüngeren Landtagsabgeordneten Hochrieder und Zwetzbacher stimmen würden.

Außerdem zeigte Franz Dörfler die humorvolle Seite der Politik auf: als niederösterreichische Version Jaroslav Hašeks²⁴², Obmann des Abwehrvereines „Österreich“ und schon mehrere Male Kandidat für Reichsratswahlen, hätte er – laut BH Tulln – „am 1. Mai eine Wählerversammlung in Tulln abgehalten, zu welcher 12 Zuhörer erschienen, von denen sich 6 baldigst entfernten.“ Nach einer Beschwerde Dörflers wegen Wahlbehinderung²⁴³ beim Ministerium des Innern, forderte die Statthalterei den Bezirkshauptmann in Tulln auf, dazu Stellung zu nehmen. Dieser meinte, Dörfler gelte

„allgemein als geistig nicht normal und erregen seine Ausführungen in den von nur wenigen Zuhörern besuchten Wählerversammlungen nur lebhaft Heiterkeit. [...] Wegen seiner vollkommen verworrenen Reden wurde von der Gemeinde Tulln an die Bezirkshauptmannschaft Tulln das Ansuchen gestellt seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen, welchem Ansuchen mit Rücksicht auf den Wohnort Dörflers in Wien keine Folge gegeben wurde. [...] Die Versammlung war nur von wenigen Gästen besucht, vor welchen Dörfler sein vollkommen konfuse Programm über Gott und Erlösung von allen Sünden entwickelte. Die Beschwerde ist somit vollkommen unbegründet.“²⁴⁴

Der Fall wurde von der Behörde nicht weiter verfolgt.

Um wesentlich mehr ging es bei Josef Scheicher: er zog die Konsequenzen aus der Kandidatur seines Widerparts Karl Lechner und zog die seine zurück. In Hietzing vermerkte man dennoch, dass die breite Masse der Wähler diesen Rückzug nicht akzeptiere und ihn auch weiterhin als Kandidaten ansehen werde. Indessen nahm die Agitation für Lechner in Neulengbach weiterhin zu. Dieselben Nachrichten kamen auch aus Tulln.²⁴⁵ Doch auch die lebhafteste Agitation für Lechner vermochte die Chancen Scheichers – obgleich nach wie vor nicht offizieller Kandidat – nicht zu schmälern. Die Zahl der nun amtlich gewordenen christlichsozialen Gegenkandidaturen für Scheicher belief sich mittlerweile auf zwei: Lechner und

²⁴² Hašek selbst trat bei den Reichsratswahlen mit seiner Partei (die im Wesentlichen aus seiner Person bestand) „Strana mírného pokroku v mezích zákona“ (=Partei für gemäßigten Fortschritt in den Grenzen des gesetzmäßig Erlaubten) an. Die Wählerversammlungen dienten der Finanzierung des Hašekschen Bierkonsums.

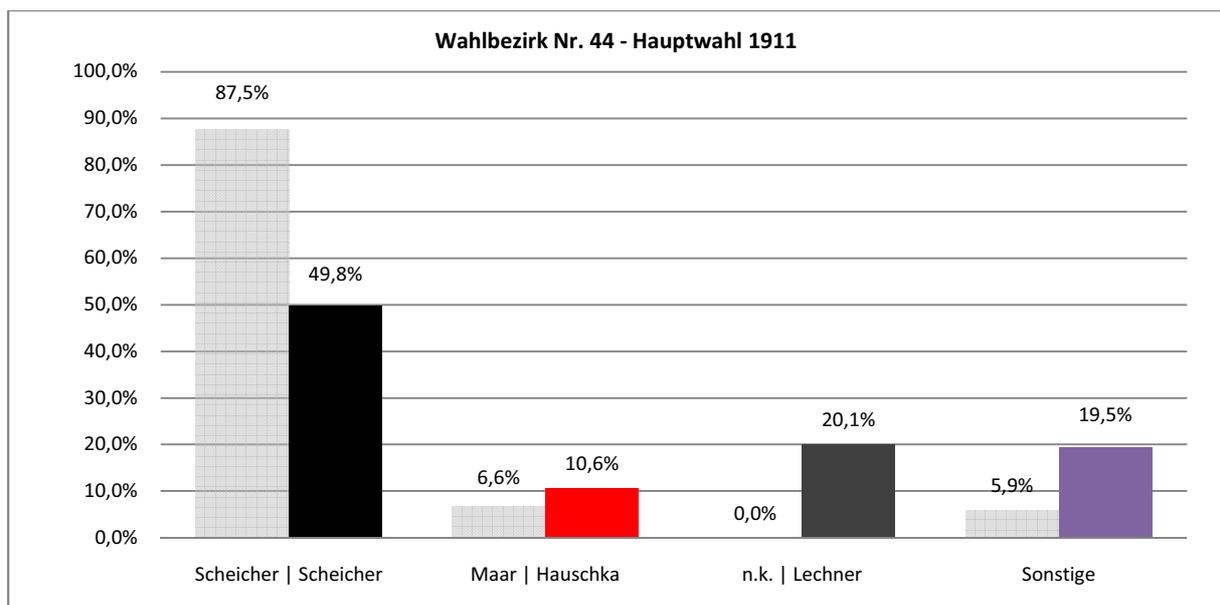
²⁴³ Dörfler kritisierte, dass Wachmänner mit aufgepflanztem Bajonett den Zuhörern den Eintritt verweigert hätten. Außerdem seien seine Flugblätter an der Verbreitung behindert worden.

²⁴⁴ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Tulln an k.k.n.ö. St.-Pr. (13. Juni 1911).

²⁴⁵ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Hietzing-Umgebung an k.k.n.ö. St.-Pr. (10. Mai 1911); k.k. B.-H. Tulln an k.k.n.ö. St.-Pr. (11. Mai 1911).

der Gastwirt Alois Schmatz, beide aus Neulengbach.²⁴⁶ In Tulln rechnete man bereits mit einer engeren Wahl zwischen Scheicher und Lechner. Dabei wurde Scheicher sogar in der Minderheit gesehen. Der Prälat habe sich den Zorn der Bauernschaft zugezogen, weil seine Kandidatur ohne vorhergegangene Absprache mit dem niederösterreichischen Bauernbund zustande gekommen sei.²⁴⁷ Eine engere Wahl wurde bald von beiden Bezirkshauptmannschaften für sicher gehalten. Wer jedoch darin den Sieg davontragen werde, darüber wagte man noch keine Prognose. Von den offiziellen Kandidaten für den Wahlbezirk Nr. 44 stammten drei von vier aus dem Lager der christlichsozialen Partei: Dr. Josef Scheicher und die beiden Landtagsabgeordneten Karl Lechner und Franz Hochrieder. Daneben kandidierte noch Anton Hauschka als sozialdemokratischer Wahlwerber, allerdings ohne jede Aussicht auf Erfolg.

Diagramm 21: Ergebnisse der Hauptwahl von 1907 (grau) und 1911 (färbig) im Wahlbezirk Nr. 44 (Tulln etc.).



Nach dem ersten Wahlgang verfehlte Josef Scheicher mit 49,8 Prozent der Stimmen nur knapp die absolute Majorität. Im Vergleich zur Hauptwahl 1907, wo Scheicher als alleiniger Kandidat der christlichsozialen Partei angetreten war, betrug sein Verlust somit 37,7 Prozentpunkte. Die Sozialdemokraten profitierten von der Zerstrittenheit der Christlichsozialen und erhielten 10,6 Prozent, ein Plus von 4,0 Prozentpunkten. Am meisten profitierte aller-

²⁴⁶ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Hietzing-Umgebung an k.k.n.ö. St.-Pr. (18. Mai 1911).

²⁴⁷ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Tulln an k.k.n.ö. St.-Pr. (18. Mai 1911).

dings der christlichsoziale Minoritätskandidaten Karl Lechner, der es immerhin auf 20,1 Prozent der Stimmen brachte. Unter „Sonstige“ wurden die Stimmen des anderen christlichsozialen Minoritätskandidaten Franz Hochrieder (15,7 Prozent), der Deutschnationalen Partei (0,7 Prozent), der Deutschfortschrittlichen Partei (0,6 Prozent), der Deutschen Volkspartei (0,3 Prozent) und die zersplitterten Stimmen (2,2 Prozent) zusammengefasst.

Betrachtet man das Diagramm zum Wahlergebnis, so scheint ein Zusammenzählen der Stimmen von Scheicher, Lechner und Hochrieder verlockend. Demgemäß, so ließe sich argumentieren, läge der Verlust der Christlichsozialen bei nur 1,9 Prozentpunkten – bei einem

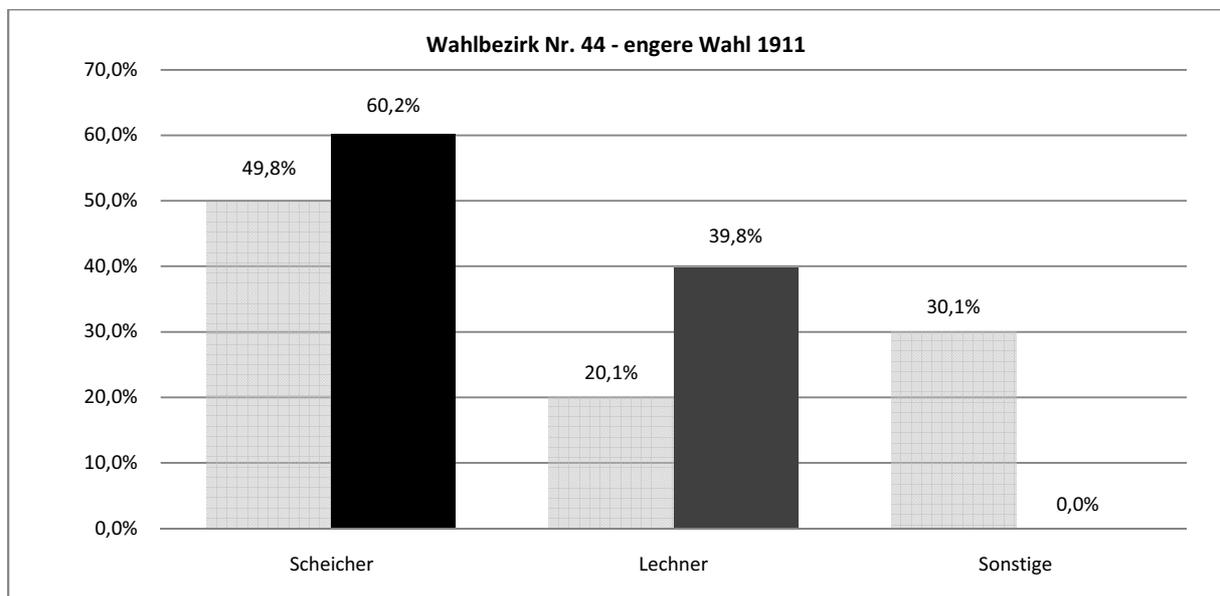


vorangegangenen Ergebnis von 87,5% ein relativ leicht zu verschmerzender Anteil. Tatsächlich würde eine solche Rechnung der Dramatik dieser Wahl in keinster Weise gerecht. Schließlich demonstriert das Wahlergebnis im Wahlbezirk Nr. 44, dass die Zerstrittenheit innerhalb der christlichsozialen Partei keineswegs nur auf die Stadt Wien und die außerhalb davon liegenden Städte reduziert werden darf, sondern auch am flachen Land – zumindest partiell – eine Rolle spielte. Dass es im Wahlbezirk Nr. 44 um Sein oder Nicht-Sein der christlichsozialen Partei gehen würde, davon war ja zuvor schon niemand ausgegangen. Andererseits erwartete aber auch niemand, dass die Gräben innerhalb der Partei sich so schnell auftun würden.

Bei der engeren Wahl ergab sich eine Situation, in der Josef Scheicher allein auf weiter Flur stand. Sowohl die Sozialdemokraten als auch der unterlegene Hochrieder kündigten an, in der engeren Wahl Lechner unterstützen zu wollen.²⁴⁸

²⁴⁸ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Tulln an k.k.n.ö. St.-Pr. (15. Juni 1911).

Diagramm 22: Ergebnisse der engeren Wahl (färbig) im Vergleich zu jenen der Hauptwahl (grau) von 1911 im Wahlbezirk Nr. 44 (Tulln etc.).



Offensichtlich blieb es bei der bloßen Ankündigung: Scheicher erreichte mit 60,2% der Stimmen klar die absolute Mehrheit. Er konnte seinen Anteil dabei um 10,4 Prozentpunkte vergrößern. Karl Lechner kam in der Stichwahl auf 39,8 Prozent der Stimmen und konnte seinerseits um 19,7 Prozentpunkte zulegen. Der Anteil der ungültigen und leeren Stimmzettel, gemessen an den abgegebenen Stimmen, betrug 9,1 Prozent. Dieser verhältnismäßig hohe Wert zeigt, dass sich viele Wähler mit keinem der beiden Kandidaten anfreunden konnten. Es ist sehr schwierig, aufgrund des vorhandenen Datenmaterials eine Wählerstromanalyse durchzuführen. Tatsache ist aber, dass die Sozialdemokraten ankündigten, Lechner unterstützen zu wollen²⁴⁹ – eine nicht unübliche Taktik einer in der Hauptwahl unterlegenen Partei, die in der engeren Wahl das „geringere Übel“ wählt. In diesem Fall war es eben der relativ unerfahrene Karl Lechner, den man anstelle des rhetorisch begabten Agitators und seit 1894 ununterbrochen im Reichsrat sitzenden Scheicher unterstützte. Man kann also davon ausgehen, dass der Großteil der ungültigen und leeren Stimmzettel von Wählern des Hochrieder stammte.

²⁴⁹ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Tulln an k.k.n.ö. St.-Pr. (18. Juni 1911).

Scheicher wurde also wiedergewählt, auch wenn er ein Jahr nach der Wahl meinte:

„Ich habe erst kürzlich den siebzigsten Geburtstag begangen, bin müde und habe die Politik bis zum Halse herauf satt. Einundzwanzig Jahre habe ich als Abgeordneter (1890 in den niederösterreichischen Landtag gewählt) hinter mir. Jetzt möchte ich Feierabend machen.“²⁵⁰

In seinen Memoiren vermerkt Scheicher, dass er den beiden „mandatshungrigen“ Christlich-sozialen Lechner und Hochrieder ihre Kandidatur nicht übelgenommen habe, sondern deren Unaufrichtigkeit. Beide hätten am Parteitag seiner Kandidatur zugestimmt und kein Wort darüber verloren, dass sie selbst eine solche anstrebten. Nach Scheichers Sieg hätten die beiden gestanden, dass sie erst auf den Geschmack gekommen wären, als Zeitungsberichte über eine angebliche Amtsmüdigkeit Scheichers erschienen waren.²⁵¹

VIII.3.2 Wahlbezirk Nr. 54 (Mistelbach, Matzen)

Der Landgemeindenwahlbezirk Nr. 54 umfasste die Gerichtsbezirke Mistelbach und Matzen – allerdings ohne das Stadtgebiet von Mistelbach, welches ja zum Wahlbezirk Nr. 38 gehörte. Der Wahlbezirk war anno 1911 von der Landwirtschaft geprägt. Bisher wurde der Wahlbezirk durch den christlichsozialen Bürgermeister von Gaunersdorf (seit 1917: Gaweinstal), Ignaz Withalm, dem Großvater des späteren ÖVP-Politikers Hermann Withalm, vertreten. Als Withalm im September 1910 verstarb, wurden bis zur (vorzeitigen) Auflösung des Reichsrates Ende März 1911 keine Ergänzungswahlen für diesen Wahlbezirk abgehalten. (Withalm war auch Landtagsabgeordneter und für dieses Gremium setzte man die Ergänzungswahlen auf den 20. April 1911 fest – zwei Monate vor den engeren Wahlen zum Reichsrat.) Es konnte also keiner der Kandidaten mit dem „Amtsbonus“ im Rücken in den Wahlkampf ziehen.

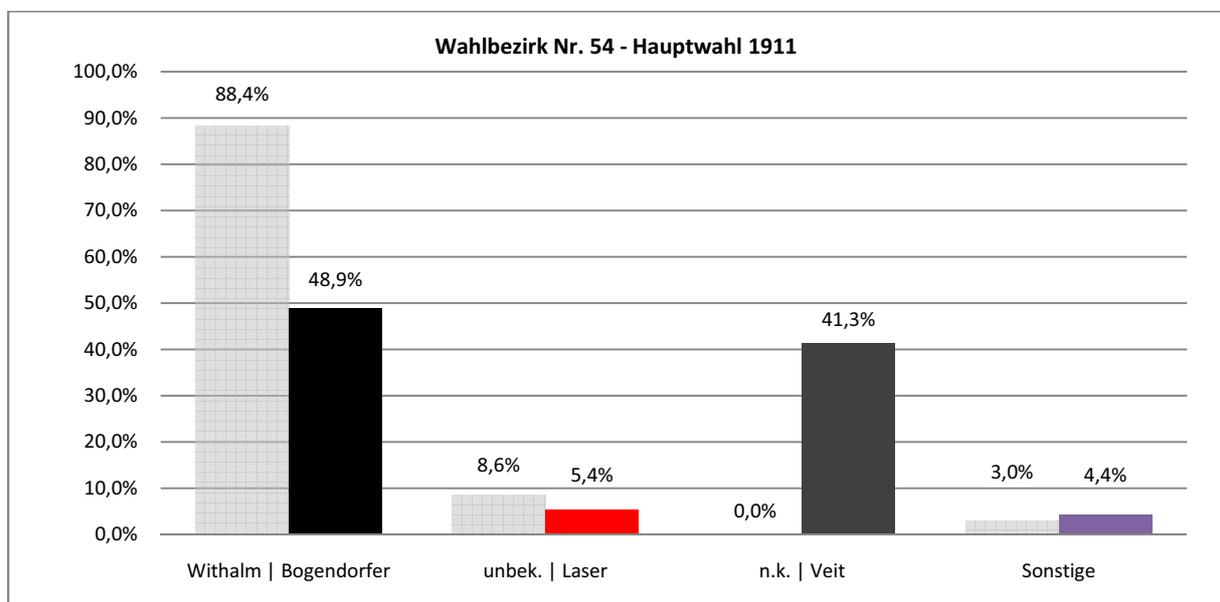
Schon am 9. April 1911 wurde klar, dass es nicht nur einen Kandidaten aus der christlichsozialen Partei geben werde, sondern drei: den Bürgermeister von Asparn an der Zaya, Josef Bogendorfer, der sich eben auch für oben genannte Landtagsergänzungswahl bewarb,

²⁵⁰ SCHEICHER, Erlebnisse 6, 114f.

²⁵¹ SCHEICHER, Erlebnisse 6, 401f.

den Kollnbrunner Bürgermeister Josef Regner und den Landtagsabgeordneten und Bürgermeister von Ebenthal, Josef Veit.²⁵² Ende April kam noch der Sozialdemokrat Adolf Laser hinzu, der auch für den 38. Wahlbezirk (Mistelbach-städtisch) kandidiert wurde (s. S. 86ff). Bogendorfer war mittlerweile in den Landtag gewählt worden, kandidierte aber freilich auch weiterhin für das Mandat im Wahlbezirk Nr. 54.²⁵³ Anfang Mai trat Regner dann von seiner Kandidatur zurück und machte den Weg frei für ein Duell Bogendorfer vs. Veit. Die deutschnationale Partei stellte in den größeren Orten des Wahlbezirks den Privatier Georg Eder als Zählkandidaten auf.²⁵⁴ Der Rücktritt Regners sei zugunsten Bogendorfers erfolgt, so der Mistelbacher Bezirkshauptmann²⁵⁵, womit auch die Chancen Bogendorfers deutlich gesteigert wurden. Seit dieser Wendung dürfte der Wahlkampf wieder in gemütliche Bahnen gelenkt worden sein. Es fehlen sowohl Berichte über größere Veranstaltungen, noch über andere Vorkommnisse. Die Bezirkshauptmannschaft Mistelbach ging von einem Sieg Bogendorfers aus, nicht zuletzt der vor kurzem erfolgten Stärkung in Form der Wahl zum Landtagsabgeordneten wegen.

Diagramm 23: Ergebnisse der Hauptwahl von 1907 (grau) und 1911 (färbig) im Wahlbezirk Nr. 54 (Mistelbach etc.).



²⁵² NÖLA 1368, k.k. B.-H. Mistelbach an k.k.n.ö. St.-Pr. (9. April 1911).

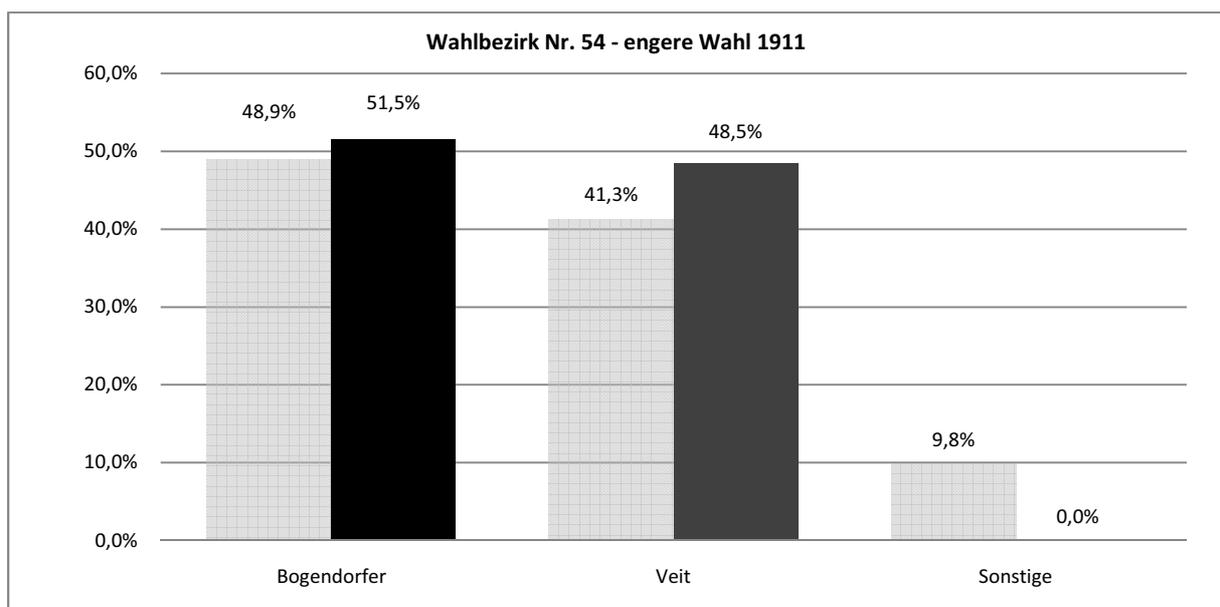
²⁵³ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Mistelbach an k.k.n.ö. St.-Pr. (26. April 1911).

²⁵⁴ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Gänserndorf an k.k.n.ö. St.-Pr. (10. Mai 1911).

²⁵⁵ NÖLA 1368, k.k. B.-H. Mistelbach an k.k.n.ö. St.-Pr. (17. Mai 1911).

Bogendorfer erhielt als offizieller christlichsozialer Kandidat 48,9 Prozent der Stimmen – im Vergleich zu Withalms Ergebnis von 1907 ein Minus von 39,5 Prozentpunkten. Withalm musste freilich nicht gegen einen zweiten christlichsozialen Kandidaten antreten. Die Sozialdemokraten, schon 1907 nicht allzu zahlreich, wurden im Wahlkampf zwischen den beiden „Schwarzen“ zerrieben. Adolf Laser, chancen- und auch glückloser Kandidat der Wahlbezirke 54 und 38 (Mistelbach-städtisch), erreichte nur 5,4 Prozent und verlor damit 3,2 Prozentpunkte, ein gutes Drittel der sozialdemokratischen Wähler von 1907. Bürgermeister und Landtagsabgeordneter Josef Veit erreichte auf Anhieb 41,3 Prozent und sicherte sich damit sein Ticket für die Stichwahl gegen Bogendorfer. Ansonsten erhielt noch die deutschfortschrittliche Partei 3,5 Prozent und ca. 0,9 Prozent der Stimmen waren zersplittert.

Diagramm 24: Ergebnisse der engeren Wahl (färbig) im Vergleich zu jenen der Hauptwahl (grau) von 1911 im Wahlbezirk Nr. 54 (Mistelbach etc.).



In der engeren Wahl gelang es Bogendorfer, die nötige Mehrheit zu erlangen: er erreichte 51,5 Prozent der Stimmen, i.e. ein Zuwachs von 2,6 Prozentpunkten. Veit dagegen erreichte nur 48,5 Prozent, konnte aber den größeren Zuwachs, nämlich 7,2 Prozentpunkte, verzeichnen. Der Anteil der leeren und ungültigen Stimmen betrug nur 2,2 Prozent der abgegebenen Stimmen, was die Frage aufwirft, wem die nicht in die Stichwahl gelangten Sozialdemokraten ihre Stimme gaben. Vermutlich dürfte der Großteil von ihnen Veit unterstützt haben, was sich dadurch belegen lässt, dass die Sozialdemokraten in Stichwahlen nie eine

Wahlempfehlung für einen offiziellen christlichsozialen Kandidaten abgaben. Bogendorfer saß nach dem Ende der Monarchie noch in der Provisorischen Nationalversammlung und auch in der Provisorischen Landesversammlung.



Der Wahlkampf im Wahlbezirk Nr. 54 demonstriert einerseits die klare Überlegenheit der Christlichsozialen am Land, andererseits war es dem Bauernbund rund um deren Obmann Zwetzbacher gelungen, die Kandidatenliste eigenhändig aufzustellen. Vier Jahre zuvor war dies noch Sache der Parteizentrale gewesen – mit dem Ergebnis, dass tatsächlich pro Wahlbezirk nur ein christlichsozialer Kandidat antrat. 1911 hingegen kam es in mehreren ländlichen Wahlbezirken zu christlichsozialen Gegenkandidaturen – wie oben exemplarisch dargestellt.

VIII.3.b Gesamtergebnis ländliche Wahlbezirke (Nr. 44 bis 64)

Wie nicht anders zu erwarten, konnten die Christlichsozialen ihre absolute Vorherrschaft in den ländlichen Wahlbezirken behaupten. Allerdings kam es – wie anhand der Beispiele gezeigt – in vier von 21 Wahlbezirken zu Stichwahlen zwischen zwei christlichsozialen Kandidaten. In den anderen 17 Wahlbezirken setzten sich die christlichsozialen Kandidaten (die allesamt schon 1907 gewählt worden waren) schon im ersten Wahlgang durch. Die durchschnittlichen Zustimmungsraten, welche diese Abgeordneten – also jene, die schon im ersten Wahlgang gewählt wurden – erhielten, lag bei „nur“ 71,7 Prozent. 1907 – wo sämtliche christlichsoziale Kandidaten schon im ersten Wahlgang durchgedrungen waren – hatten dieselben noch eine mittlere Zustimmungsrate von 79 Prozent erreicht. Diese Verluste mögen zwar auf den ersten Blick hoch scheinen, lagen aber dennoch deutlich unter jenen 12,3 Prozentpunkten, welche die Wiener Parteifreunde einfuhren. Es ist bei einem solchen Ergebnis durchaus sinnvoll, innerhalb der christlichsozialen Partei zu differenzieren: die Triumphe sowohl von 1907 als auch von 1911 (im Endeffekt können 71,7 Prozent durchaus als solche bezeichnet werden) gingen zum größten Teil auf das Konto des 1906 gegründeten niederös-

terreichischen Bauernbundes. Damit war 1907 eine Kontinuität begründet worden, die im Wesentlichen noch bis ins 21. Jahrhundert fortbesteht. In ganz Europa lassen sich nur sehr wenige – wenn überhaupt – ähnlich erfolgreiche „Agrarismen“ finden wie die Vorherrschaft des niederösterreichischen Bauernbundes: immerhin kamen seit der Trennung Wiens von Niederösterreich 1922 alle niederösterreichischen Landeshauptleute – mit Ausnahme des ÖAABlers Siegfried Ludwig – aus den Reihen des niederösterreichischen Bauernbundes.

IX. Conclusio

Als Abschluss stellt sich freilich die Frage: War die Reichsratswahl von 1911 eine folgenreichere Wahl oder nicht? Sie war tatsächlich folgenreich, zumindest wenn man einen längeren Zeitraum betrachtet. An der Arbeitsfähigkeit des Parlaments änderte das niederösterreichische Ergebnis nichts, hätte es auch nicht können. Was aber wahrhaft bleibend wirkte, war die parteipolitische Abgrenzung Wiens von Niederösterreich. Mit dem Durchbruch der Sozialdemokratie in Wien bei gleichzeitiger Festigung der christlichsozialen Herrschaft am Lande wurde im Wesentlichen jene parteipolitische Aufteilung geschaffen, wie sie grosso modo noch hundert Jahre später existieren sollte.

Das Scheitern der Christlichsozialen als urbane Partei brachte eine gänzlich andere weltanschauliche Ausrichtung der Partei mit sich. Der Wegfall der urbanen, weniger christlichen Abgeordneten bei den Wahlen von 1911, bestärkte den agrarischen Flügel der Partei. Es gibt nun unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten dieser Tatsache: Johann Prammer argumentierte im Jahre 1973, dass das flache Land die christlichsoziale Partei gerettet habe.²⁵⁶ Andererseits ließe sich das Ganze auch umgekehrt darstellen: der Niedergang der Wiener Partei rettete die christlichsoziale Bewegung als Gesamtes. Josef Scheicher hatte schon Recht, als er meinte:

„Die letzte Ursache, beziehungsweise deren Erklärung, woher es kommen konnte, daß eine so katastrophale Niederlage plötzlich und unerwartet über die anscheinend festgegründete christlich-soziale Partei hereingebrochen ist, ist schwer zu bestimmen. Erst wenn Jahre vorüber gegangen sein werden, wird die große Welt vollständig klar zu sehen vermögen.“²⁵⁷

In weltanschaulicher Hinsicht war klar, wofür die Agrarier in der Partei standen. Von den städtischen Abgeordneten, die sich zum Teil als Überbleibsel des Luegerschen Bürgerklubs verstanden (z.B. Neumayer, Hraba etc.), zum Teil als Neuorganisatoren versuchten (z.B. Geßmann), konnte das nicht behauptet werden. Die Lueger-Koalition konnte nicht ewig halten – schon gar nicht ohne Lueger. Das Jahr 1911 kann für die christlichsoziale Bewegung als so etwas wie der *annus mirabilis* betrachtet werden, als die Entscheidung zwischen städ-

²⁵⁶ PRAMMER, christlichsoziale Politik, 402.

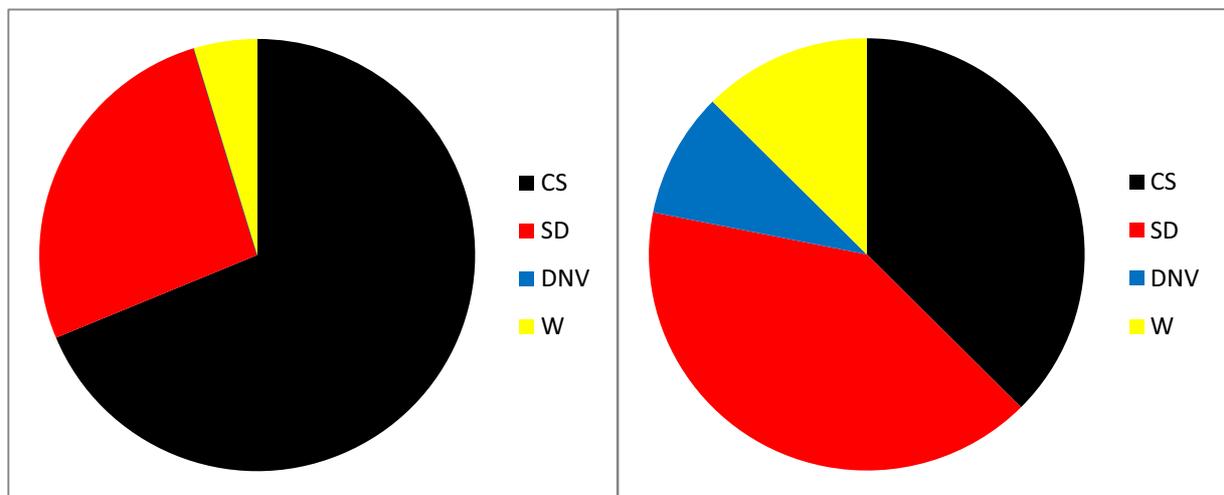
²⁵⁷ SCHEICHER, Erlebnisse 6, 384.

tischer und ländlicher Politik zum Abschluss kam. Sie musste zugunsten der Bauern-Abgeordneten ausfallen, da deren Organisation, der niederösterreichische Bauernbund, als einzige noch funktionstüchtige Institution übriggeblieben war.

Man könnte auch sagen, die Christlichsozialen seien erst nach 1911 überhaupt „christlich“ geworden. Wirft man einen Blick auf die Berufe der Mandatäre, die das „Debacle“ überlebt hatten, so findet man von 24 Abgeordneten insgesamt 14 Landwirte, drei Hausbesitzer (die drei Wiener Abgeordneten), zwei Geistliche, zwei (ländliche) Gewerbetreibende, zwei Lehrer und einen Beamten (nämlich den Sekretär des niederösterreichischen Bauernbundes August Kemetter). Demnach ist eine Agrarisierung der Christlichsozialen durch die 1911er Wahl im Erzherzogtum unter der Enns nicht von der Hand zu weisen. Nicht zu Unrecht kritisierte man im Deutschen Nationalverband die freiheitlichen Wiener Abgeordneten (die größtenteils nicht in den Nationalverband eintreten wollten). Ihnen wurde vorgeworfen, dass sie genau jenen Teil der Christlichsozialen zerstört hätten, der noch am ehesten mit dem Nationalverband kompatibel gewesen wäre.²⁵⁸ Dieser Punkt weist darauf hin, worauf diese Kompatibilität gegründet war, nämlich dem Antiklerikalismus. Da war freilich mit den klerikalen Agrariern der Christlichsozialen, die schon die 1907er Wahl in den Reichsrat gespült hatte, nichts zu machen. Sie waren schon vor 1911 fixer Bestandteil des politischen Katholizismus gewesen und fühlten sich danach – nicht zu Unrecht – bestätigt.

²⁵⁸ HÖBELT, Kornblume, 329.

Diagramm 25: Die Verteilung der Mandate in Österreich unter der Enns nach Parteien 1907 (links) und 1911 (rechts).



	Christlichsozial	Sozialdemokrat.	Dt. Nat.verband	„Wild“
1907	44	17	0	3
1911	24	26	6	8

Von den ehemals 44 Abgeordneten überlebten nur 24 das christlichsoziale Debakel. Wie aus den zuvor ausgeführten Kapiteln klar werden sollte, gingen sämtliche Verluste auf das Konto der städtischen Gebiete des Landes. Von den 24 Abgeordneten, die 1911 gewählt wurden, stammten 21 aus den ländlichen Wahlbezirken, nur drei aus Wien. Die beiden größten Nutznießer dieses Niedergangs waren einerseits die Sozialdemokraten, die ihren Mandatsstand von 17 auf 26 vergrößern konnten, und andererseits die deutschfreiheitlichen Parteien. Es ist schwierig – wenn nicht unmöglich – die freisinnige Gruppe in **einem** Diagramm darzustellen. Einerseits waren die weltanschaulichen Unterschiede zwischen jenen Abgeordneten, die dem Nationalverband beitraten, und jenen, die diesen Schritt unterließen, nur gering. Demgemäß könnte man die beiden Gruppen zusammenzählen und käme so auf 14 Abgeordnete (den ehemaligen Christlichsozialen Heilinger mitgerechnet, der die meiste Zeit mit dem Nationalverband stimmte). Andererseits betonten diese „wilden“ Abgeordneten ihre Eigenständigkeit sowohl im Wahlkampf als auch danach – daher auch der Entschluss zu einer getrennten graphischen Darstellung.

Der Beginn des „Roten Wiens“ wird in der Regel mit dem 21. Mai 1919 angesetzt, der Übernahme des Bürgermeisteramtes durch Jakob Reumann. Es ließe sich argumentieren, dass dieses Ereignis durch die Wahl von 1911 bereits vorweggenommen wurde, wenn auch bis 1919 noch ein christlichsozialer Bürgermeister (Josef Neumayer, danach Richard Weiskirchner) in Amt und Würden blieb. Dennoch zeigte die Wahl von 1911 den Sozialdemokraten bisher ungeahnte Möglichkeiten auf. Grenzenlose Euphorie machte sich noch am Wahlabend in der ganzen Stadt bemerkbar²⁵⁹, so als wäre das langfristige Ziel, die Christlichsozialen vom Bürgermeistersessel zu stoßen, erreicht worden. In der Jubelstimmung im Juni 1911 fühlten sich die Sozialdemokraten in ihrer Verwirklichungstheorie, mit der sie die christlichsoziale Niederlage erklärten, bestätigt. Ein ähnlicher Schluss wie jener, dass die politische Umgestaltung Niederösterreichs im Wesentlichen noch heute Geltung besitzt, kann auch auf Wien gezogen werden. Es ist hochinteressant zu beobachten, dass die meisten jener Bezirke bzw. Viertel, die 1911 erstmals eine sozialdemokratische Mehrheit erhielten – freilich auch jene, die sie schon zuvor hatten – diese noch anno 2009 halten. Es wäre daher ein schwerwiegender Denkfehler, zu glauben, es hätte sich 1911 um einen Zufall gehandelt. Die richtungsweisende Wirkung der Reichsratswahlen von 1911 muss hier einmal mehr betont werden.

Für die deutschfreiheitlichen Abgeordneten gilt diese Einschätzung einer kontinuierlichen Entwicklung nach 1911 eher weniger. In ihrem Fall war das Ergebnis der Wahl tatsächlich ein – in dieser Form letztmaliges – Aufflackern der alten, honoratioren-parteilichen Strukturen. Einen vergleichbaren Erfolg konnten deutschfreiheitlich-liberale Kandidaten im Proportionalwahlrecht niemals wieder einfahren. Das bedeutet nicht, dass die freiheitliche Weltanschauung nach 1911 untergegangen wäre. Was es aber sehr wohl bedeutet, ist, dass die Zeit der losen, auf eigenständigen Persönlichkeiten beruhenden Parteistrukturen in dieser Form abgelaufen war. Die Versuche, eine moderne Parteiorganisation zu schaffen, wie sie die Sozialdemokraten oder auch ansatzweise die Christlichsozialen noch in der Monarchie zustande gebracht hatten, scheiterten im „Dritten Lager“ langfristig. Erst ab den 1980er Jahren avancierte eine freiheitliche Gruppierung zu einer modernen Partei. Die Parteien der freiheitlichen (oder um den zeitgenössischen Begriff zu bemühen: freisinnigen) Abgeordneten der Reichsratswahl von 1911 stellten dagegen erneut Gesinnungsgemeinschaften dar, wo jeder einzelne Mandatar sich seiner Überzeugung in höherem Maße verantwortlich fühlte als

²⁵⁹ Volksbote vom 23. Juni 1911, 2-4.

seinem Klub – falls er überhaupt Mitglied eines solchen war. Was die Parteiorganisation anging, so blieb diese Gruppierung noch stark und lange der liberalen Ära der Honoratiorenparteien verhaftet.

X. Literatur-, Quellen- und Graphikenverzeichnis

X.1 Literatur

- BOYER, Crisis II = John W. BOYER, Culture and Political Crisis in Vienna. Christian Socialism in Power, 1897–1918 (Chicago 1995).
- BRÜGEL, Sozialdemokratie = Ludwig BRÜGEL, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 5 (Wien 1925).
- HÖBELT, Unzufriedenheit = Lothar HÖBELT, „Wohltemperierte Unzufriedenheit“. Österreichische Innenpolitik 1908–1918. In: Mark CORNWALL (Hg.), Die letzten Jahre der Donaumonarchie. Der erste Vielvölkerstaat im Europa des frühen 20. Jahrhunderts (o.O. 2004) 58–84.
- MADERTHANER, 1860-1945 = Wolfgang MADERTHANER, 2. Von der Zeit um 1860 bis zum Jahr 1945. In: Peter CSENDES/Ferdinand OPLL (Hg.), Von 1792 bis zur Gegenwart (Wien. Geschichte einer Stadt 3, Wien/Köln/Weimar 2006) 175–544.
- HÖBELT, Franz Joseph I. = Lothar HÖBELT, Franz Joseph I. Der Kaiser und sein Reich. Eine politische Geschichte (Wien/Köln/Weimar 2009).
- HÖBELT, Kornblume = Lothar HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918 (phil. Habil., Wien 1990).
- MELIK, Wahlen = Vasilij MELIK, Wahlen im alten Österreich. Am Beispiel der Kronländer mit slowenischsprachiger Bevölkerung (Anton-Gindely-Reihe 3, Wien/Köln/Weimar 1997).
- Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950.
- PRAMMER, christlichsoziale Politik = Johann PRAMMER, Konservative und christlichsoziale Politik im Viertel ob dem Wienerwald 1848–1914 (phil. Diss., Wien 1973).
- RENNER, Wende = Karl RENNER, An der Wende zweier Zeiten. Lebenserinnerungen (Wien 1946).

- HÖBELT, Parteien = Lothar HÖBELT, D. Parteien und Fraktionen im cisleithanischen Reichsrat. In: Helmut RUMPLER/Peter URBANITSCH (Hg.), Verfassung und Parlamentarismus 1. Verfassungsrecht, Verfassungswirklichkeit, zentrale Repräsentativkörperschaften (Die Habsburgermonarchie 1848–1918 7, Wien 2000) 895–1006.
- RUMPLER, Mitteleuropa = Helmut RUMPLER, Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie (Österreichische Geschichte 1804–1914, Wien 1997).
- UCAKAR, Demokratie = Karl UCAKAR, Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 24, Wien 1985).
- WINKELBAUER, Verfassungsgeschichte = Thomas WINKELBAUER, Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte in der Neuzeit. Vom Vortragenden verfaßtes Skriptum der im Sommersemester 2006 an der Universität Wien gehaltenen Vorlesung (Wien 2006).
- ZELINKA, Sozialstaat = Inge ZELINKA, Der autoritäre Sozialstaat. Machtgewinn durch Mitgefühl in der Genese staatlicher Fürsorge (Wien 2005).

X.2 Quellen

- FREUND, Abgeordnetenhaus 1911 = Fritz FREUND, Das österreichische Abgeordnetenhaus. Ein biographisch-statistisches Handbuch. XII. Legislaturperiode 1911–1917 (Wien 1911).
- Neue Freie Presse.
- Niederösterreichischer Amtskalender für das Jahr 1911. XLVI. Jahrgang (Wien 1911).
- NÖLA 1444 = Niederösterreichisches Landesarchiv, K.k.n.ö. Statthaltereipräsidium 1907. Kanzlei-Abteilung Besonderes. I/2b2, 1444 (Reichsratswahlen 1907, Ergebnis und Abgeordneten-Charakteristik), Karton 66.

- NÖLA 1368 = Niederösterreichisches Landesarchiv, K.k.n.ö. Statthalterei-Präsidium 1911. Kanzlei-Abteilung Besonderes. I/2b2, 1368 (Reichsratswahlen, Kandidatenchancen, Wahlbewegung 1911), Karton 128.
- NÖLA 1616 = Niederösterreichisches Landesarchiv, K.k.n.ö. Statthalterei-Präsidium 1911. Kanzlei-Abteilung Besonderes. I/2b2, 1616 (Reichsratswahlen 1911 – Wählerversammlungen, Hintanhaltung von Gewalttätigkeiten, Militärassistenzen), Karton 128.
- NÖLA 2017 = Niederösterreichisches Landesarchiv, K.k.n.ö. Statthalterei-Präsidium 1911. Kanzlei-Abteilung Besonderes. I/2b2, 2017 (Beschwerde wegen Wahlbehinderung), Karton 128.
- NÖLA 2045 = Niederösterreichisches Landesarchiv, K.k.n.ö. Statthalterei-Präsidium 1911. Kanzlei-Abteilung Besonderes. I/2b2, 2045 (Reichsratswahlen 1911: Ergebnis und Charakteristik der Gewählten), Karton 128.
- NÖLA 2117 = Niederösterreichisches Landesarchiv, K.k.n.ö. Statthalterei-Präsidium 1911. Kanzlei-Abteilung Besonderes. I/2b2, 2117 (Wahlbroschüre „Dr. Gessmann im Lichte der Wahrheit“), Karton 128.
- NÖLA 2223 = Niederösterreichisches Landesarchiv, K.k.n.ö. Statthalterei-Präsidium 1911. Kanzlei-Abteilung Besonderes. I/2b2, 2223 (Reichsratswahl 1911, engere Wahlen vom 20. Juni), Karton 128.
- NÖLA 2310 = Niederösterreichisches Landesarchiv, K.k.n.ö. Statthalterei-Präsidium 1911. Kanzlei-Abteilung Besonderes. I/2b2, 2310 (Reichsratswahl, Wahlkommissär Wilhelm Hofmokl, Entfernung vom Wahllokale während der Wahlhandlung), Karton 128.
- NÖLA 2313 = Niederösterreichisches Landesarchiv, K.k.n.ö. Statthalterei-Präsidium 1911. Kanzlei-Abteilung Besonderes. I/2b2, 2313 (Reichsratswahl 1911, Zenker Ernst Viktor, passive Wahlberechtigung), Karton 128.
- NÖLA 3409 = Niederösterreichisches Landesarchiv, K.k.n.ö. Statthalterei-Präsidium 1911. Kanzlei-Abteilung Besonderes. I/2b2, 3409 (Ersatzwahl im Wahlbezirk Nr. 26, Charakteristik des Gewählten), Karton 128.
- R.G.Bl. 15/1907 = 15. Gesetz vom 26. Jänner 1907. In: Reichsgesetzblatt für die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder. Jahrgang 1907 (Wien 1907) 57f.

- R.G.Bl. 16/1907 = 16. Gesetz vom 26. Jänner 1907. In: Reichsgesetzblatt für die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder. Jahrgang 1907 (Wien 1907) 59.
- R.G.Bl. 17/1907 = 17. Gesetz vom 26. Jänner 1907. In: Reichsgesetzblatt für die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder. Jahrgang 1907 (Wien 1907) 59–107.
- R.G.Bl. 18/1907 = 18. Gesetz vom 26. Jänner 1907. In: Reichsgesetzblatt für die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder. Jahrgang 1907 (Wien 1907) 109–112.
- R.G.Bl. 141/1867 = 141. Gesetz vom 21. December 1867. In: Reichs-Gesetz-Blatt für das Kaiserthum Oesterreich. Jahrgang 1867 (Wien 1867) 389–394.
- Reichspost.
- SCHEICHER, Erlebnisse 6 = Josef SCHEICHER, Erlebnisse und Erinnerungen 6 (Aus dem politischen Leben 3, Wien/Leipzig 1912).
- Summarische Ergebnisse der Statistik der Reichsratswahlen von 1911 in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern (Brünn 1911).
- Sten. Prot. AH = Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Hauses der Abgeordneten des österreichischen Reichsrates.
- TÄUBLER, Bericht = Alexander TÄUBLER, Wie die Christlichsozialen ihre Wähler verraten haben! Ein wahrheitsgetreuer Bericht über die Tätigkeit der christlichsozialen Abgeordneten im Parlament (Sozialdemokratische Werbeschriften zum Wahlkampf 14, Wien 1911).
- Volksbote.

X.3 Abbildungen

- **Abbildung S. 9:** Allegorie des allgemeinen Wahlrechtes von Prof. Erwin Buchinger, Österreichs Illustrierte Zeitung vom 2. Dezember 1908 (=Kaiser-Festnummer), 148.
- **Abbildung S. 28:** Sozialdemokratisches Wahlplakat für den Wahlbezirk Nr. 21 (Wien-Simmering), Plakatsammlung der Österreichischen Nationalbibliothek.
- **Abbildung S. 29:** Christlichsoziales Werbekärtchen für den Wahlbezirk Nr. 29 (Wien-Währing I), Plakatsammlung der Österreichischen Nationalbibliothek.
- **Abbildung S. 31:** Max Wladimir Freiherr von Beck, Photographie um 1900, http://de.wikipedia.org/wiki/Max_Wladimir_von_Beck (21. Dezember 2009).
- **Abbildung S. 32:** Richard Graf von Bienerth-Schmerling, Photographie 1905, http://de.wikipedia.org/wiki/Richard_von_Bienerth-Schmerling (21. Dezember 2009).
- **Abbildung S. 40:** Dr. Karl Lueger mit Bürgermeisterkette, Gemälde von Alois Delug um 1900, http://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Lueger, (21. Dezember 2009).
- **Abbildung S. 43:** Die ehemalige Polizeidirektion am Schottenring Nr. 11. Heute befindet sich an der Stelle das Hilton Vienna Plaza Hotel, [http://de.wikipedia.org/wiki/Polizeidirektion_Wien_\(Schottenring_11\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Polizeidirektion_Wien_(Schottenring_11)) (21. Dezember 2009).
- **Abbildung S. 45:** Heinrich Ritter von Wittek, Photographie um 1897, http://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich_von_Wittek (21. Dezember 2009).
- **Abbildung S. 50:** Sozialdemokratisches Wahlplakat für den Wahlbezirk Nr. 6 (Wien-Leopoldstadt II), Plakatsammlung der Österreichischen Nationalbibliothek.
- **Abbildung S. 54:** Franz Domes, Photographie um 1911, aus: Fritz FREUND, Das Österreichische Abgeordnetenhaus 1911. Ein biographisch-statistisches Handbuch 1911–1917 (Wien 1911).
- **Abbildung S. 62:** Alois Heilinger, Photographie um 1911, aus: Fritz FREUND, Das Österreichische Abgeordnetenhaus 1911. Ein biographisch-statistisches Handbuch 1911–1917 (Wien 1911).

- **Abbildung S. 65:** Sozialdemokratisches Wahlplakat für den Wahlbezirk Nr. 16 (Wien-Josefstadt) inklusive Ankündigung einer Wählerversammlung und Rednerliste, Plakatsammlung der Österreichischen Nationalbibliothek.
- **Abbildung S. 68:** Josef Neumayer mit Bürgermeisterkette. Die Fotografie kann nur zwischen Mai 1910 und Dezember 1912 entstanden sein, http://de.wikipedia.org/wiki/Josef_Neumayer (21. Dezember 2009).
- **Abbildung S. 80:** Karl Kittinger, Fotografie um 1911, aus: Fritz FREUND, Das Österreichische Abgeordnetenhaus 1911. Ein biographisch-statistisches Handbuch 1911–1917 (Wien 1911).
- **Abbildung S. 86:** Albert Geßmann, Lithographie von K. Prochaska, 1908, <http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.g/g338046.htm> (21. Dezember 2009).
- **Abbildung S. 89:** Sozialdemokratisches Standardwahlplakat für den Wahlbezirk Nr. 54 (Mistelbach-Matzen). In der Plakatsammlung der Nationalbibliothek wurden mehrere gleiche Plakate gefunden, wo nur das Gebiet des Wahlbezirks und die Kandidatendaten verschieden sind. Daraus lässt sich ermesen, dass die Prioritäten der Sozialdemokraten nicht auf ländlichen Wahlbezirken liegen konnten, Plakatsammlung der Österreichischen Nationalbibliothek.
- **Abbildung S. 92:** Rudolf Wedra, Fotografie um 1911, aus: Fritz FREUND, Das Österreichische Abgeordnetenhaus 1911. Ein biographisch-statistisches Handbuch 1911–1917 (Wien 1911).
- **Abbildung S. 95:** Engelbert Pernerstorfer (links) und Victor Adler (rechts) in jungen Jahren, http://de.wikipedia.org/wiki/Engelbert_Pernerstorfer (21. Dezember 2009).
- **Abbildung S. 105:** Prälat Josef Scheicher. Langjähriger Weggefährte Karl Luegers während der Aufstiegszeit der Christlichsozialen, Fotografie um 1911, aus: Fritz FREUND, Das Österreichische Abgeordnetenhaus 1911. Ein biographisch-statistisches Handbuch 1911–1917 (Wien 1911).
- **Abbildung S. 110:** Josef Bogendorfer, Fotografie um 1911, aus: Fritz FREUND, Das Österreichische Abgeordnetenhaus 1911. Ein biographisch-statistisches Handbuch 1911–1917 (Wien 1911).

X.4 Diagramme

Diagramm 1: Ergebnisse der Hauptwahl von 1907 (grau) und 1911 (färbig) im Wahlbezirk Nr. 4 (Wien-Rathausviertel)	47
Diagramm 2: Ergebnisse der engeren Wahl (färbig) im Vergleich zu jenen der Hauptwahl (grau) von 1911 im Wahlbezirk Nr. 4 (Wien-Rathausviertel)	48
Diagramm 3: Ergebnisse der Hauptwahl von 1907 (grau) und 1911 (färbig) im Wahlbezirk Nr. 6 (Wien-Leopoldstadt II).....	51
Diagramm 4: Ergebnisse der engeren Wahl (färbig) im Vergleich zu jenen der Hauptwahl (grau) von 1911 im Wahlbezirk Nr. 6 (Wien-Leopoldstadt II).....	52
Diagramm 5: Ergebnisse der Hauptwahl von 1907 (grau) und 1911 (färbig) im Wahlbezirk Nr. 11 (Wien-Margareten)	56
Diagramm 6: Ergebnisse der engeren Wahl (färbig) im Vergleich zu jenen der Hauptwahl (grau) von 1911 im Wahlbezirk Nr. 11 (Wien-Margareten)	57
Diagramm 7: Ergebnisse der Hauptwahl von 1907 (grau) und 1911 (färbig) im Wahlbezirk Nr. 14 (Wien-Neubau I)	60
Diagramm 8: Ergebnisse der engeren Wahl (färbig) im Vergleich zu jenen der Hauptwahl (grau) von 1911 im Wahlbezirk Nr. 14 (Wien-Neubau I)	61
Diagramm 9: Ergebnisse der Hauptwahl von 1907 (grau) und 1911 (färbig) im Wahlbezirk Nr. 16 (Wien-Josefstadt).....	64
Diagramm 10: Ergebnisse der engeren Wahl (färbig) im Vergleich zu jenen der Hauptwahl (grau) von 1911 im Wahlbezirk Nr. 16 (Wien-Josefstadt).....	66
Diagramm 11: Ergebnisse der Hauptwahl von 1907 (grau) und 1911 (färbig) im Wahlbezirk Nr. 23 (Wien-Hietzing)	69
Diagramm 12: Ergebnisse der engeren Wahl (färbig) im Vergleich zu jenen der Hauptwahl (grau) von 1911 im Wahlbezirk Nr. 23 (Wien-Hietzing).....	71
Diagramm 13: Mandatsverteilung Wien 1907 (links) und 1911 (rechts).....	73

Diagramm 14: Ergebnisse der engeren Wahl (färbig) im Vergleich zu jenen der Hauptwahl (grau) von 1907 im Wahlbezirk Nr. 37 (Zwettl etc.).....	79
Diagramm 15: Ergebnisse der Hauptwahl von 1907 (grau) und 1911 (färbig) im Wahlbezirk Nr. 37 (Zwettl etc.).....	84
Diagramm 16: Ergebnisse der engeren Wahl (färbig) im Vergleich zu jenen der Hauptwahl (grau) von 1911 im Wahlbezirk Nr. 37 (Zwettl etc.).....	85
Diagramm 17: Ergebnisse der Hauptwahl von 1907 (grau) und 1911 (färbig) im Wahlbezirk Nr. 38 (Mistelbach etc.).....	91
Diagramm 18: Ergebnisse der engeren Wahl (färbig) im Vergleich zu jenen der Hauptwahl (grau) von 1911 im Wahlbezirk Nr. 38 (Mistelbach etc.)	93
Diagramm 19: Ergebnisse der Hauptwahl von 1907 (grau) und 1911 (färbig) im Wahlkreis Nr. 40 (Wiener Neustadt)	97
Diagramm 20: Die Verteilung der Mandate in den städtischen Wahlbezirken außerhalb Wiens nach Parteien 1907 (links) und 1911 (rechts)	99
Diagramm 21: Ergebnisse der Hauptwahl von 1907 (grau) und 1911 (färbig) im Wahlbezirk Nr. 44 (Tulln etc.).....	104
Diagramm 22: Ergebnisse der engeren Wahl (färbig) im Vergleich zu jenen der Hauptwahl (grau) von 1911 im Wahlbezirk Nr. 44 (Tulln etc.)	106
Diagramm 23: Ergebnisse der Hauptwahl von 1907 (grau) und 1911 (färbig) im Wahlbezirk Nr. 54 (Mistelbach etc.).....	108
Diagramm 24: Ergebnisse der engeren Wahl (färbig) im Vergleich zu jenen der Hauptwahl (grau) von 1911 im Wahlbezirk Nr. 54 (Mistelbach etc.)	109
Diagramm 25: Die Verteilung der Mandate in Österreich unter der Enns nach Parteien 1907 (links) und 1911 (rechts)	114

X.5 Tabellen

Tabelle 1: Mittelwerte von Wahlberechtigten pro Wahlbezirk	14
Tabelle 2: Anzahl der Wahlberechtigten in den fünf kleinsten und fünf größten Wahlbezirken	14
Tabelle 3: Die Bezirkshauptmannschaften und Magistrate mit ihren Vorständen im Erzherzogtum Österreich unter der Enns im Jahre 1911	22
Tabelle 4: „Wahlergebnis“ bei Proportionalwahlrecht	75
Tabelle 5: „Wahlergebnis“ bei relativem Mehrheitswahlrecht	76

XI. Anhang

XI.1 Die Wahlbezirke des Erzherzogtums Österreich unter der Enns (= Gesetz vom 26. Jänner 1907, R.G.Bl. Nr. 17, Anhang zur Reichsratswahlordnung)²⁶⁰

Land	Nummer des Wahlbezirkes	Wahlbezirk	Anzahl der zu wählenden Abgeordneten
Österreich unter der Enns.		Von der Stadt Wien:	
	1	Der Teil des I. Gemeindebezirkes (Innere Stadt), der durch Franz Josefs-Kai, Maria Theresienstraße, Währingerstraße, Schottengasse, Freyung, Tiefer Graben, Wipplingerstraße, Hoher Markt, Lichtensteg, Rothenthurmstraße begrenzt wird	1
	2	Der Teil des I. Gemeindebezirkes, der durch Rothenthurmstraße, Lichtensteg, Hoher Markt, Wipplingerstraße, Tiefer Graben, Heidenschuß, Hof, Bognergasse, Graben, Singerstraße, Liebenbergasse, Parkring, Wollzeile, Wienfluß, Franz Josefs-Kai begrenzt wird	1
	3	Der Teil des I. Gemeindebezirkes, der durch Liebenbergasse, Singerstraße, Kärntnerstraße, Opernring, Eschenbachgasse, Getreidemarkt, Friedrichstraße, Lothringerstraße, Wienfluß, Wollzeile, Parkring begrenzt wird	1
	4	Der Teil des I. Gemeindebezirkes, der durch Universitätsstraße, Schottengasse, Freyung, Heidenschuß, Hof, Bognergasse, Graben, Kärntnerstraße, Opernring, Eschenbachgasse, Getreidemarkt, Muse-	1

²⁶⁰ Wenn im Texte des Anhanges nichts anderes bemerkt ist, hat, wo eine Straße als Grenze eines Wahlbezirkes angeführt ist, als Grenzlinie die Mitte der Straße, bei Plätzen die kürzeste Verbindungslinie zwischen der vorher und der nachher benannten Straße zu gelten.

		umstraße, Auerspergstraße, Landesgerichtsstraße begrenzt wird	
	5	Der Teil des II. Gemeindebezirkes (Leopoldstadt), der durch Brigittenauerlände 1 bis 12, Obere Donaustraße, Untere Donaustraße, Franzensbrückenstraße, Praterstern, Novaragasse, Zirkusgasse, Blumauergasse, Obere Augartenstraße, Mathildenplatz, Mathildengasse begrenzt wird	1
	6	Der restliche Teil des II. Gemeindebezirkes	1
	7	Der Teil des III. Gemeindebezirkes (Landstraße) nordöstlich der Landstraße Hauptstraße und Rennweg	1
	8	Der restliche Teil des III. Gemeindebezirkes	1
	9	Der Teil des IV. Gemeindebezirkes (Wieden), der durch Gußhausstraße, Favoritenstraße, Waltergasse, Schaumburgergasse, Rainergasse, Blechthurmstraße, Wiednergürtel, Heugasse begrenzt wird	1
	10	Der restliche Teil des IV. Gemeindebezirkes	1
	11	Der V. Gemeindebezirk (Margarethen)	1
	12	Der Teil des VI. Gemeindebezirkes (Mariahilf), der durch die Gumpendorferstraße, Hirschengasse, Liniengasse, Wallgasse, Gumpendorferstraße und die Grenze gegen den XIV., XII., V., IV. und I. Gemeindebezirk begrenzt wird	1
	13	Der restliche Teil des VI. Gemeindebezirkes	1
	14	Der Teil des VII. Gemeindebezirkes (Neubau), der durch die Grenze gegen den VI. und XV. Gemeindebezirk, die Westbahnstraße, Neubaugasse, Burggasse und die Grenze gegen den I. Gemeindebezirk begrenzt wird	1
	15	Der restliche Teil des VII. Gemeindebezirkes	1
	16	Der VIII. Gemeindebezirk (Josefstadt)	1
	17	Der Teil des IX. Gemeindebezirkes (Alsergrund), der durch die Grenze gegen den I., II. und XX. Gemeindebezirk, Alserbachstraße, Nußdorferstraße, Spitalgasse und die Grenze gegen den VIII. Gemein-	1

		debezirk begrenzt wird	
	18	Der restliche Teil des IX. Gemeindebezirkes	1
	19	Der Teil des X. Gemeindebezirkes (Favoriten), der durch die Grenze gegen den III. und XI. Gemeindebezirk, Gudrunstraße, Gellertgasse, Gellertplatz, Quellengasse, Quellenplatz, Quellengasse, Neilreichgasse, Gudrunstraße und die Grenze gegen den V. und IV. Gemeindebezirk begrenzt wird	1
	20	Der restliche Teil des X. Gemeindebezirkes	1
	21	Der XI. Gemeindebezirk (Simmering)	1
	22	Der XII. Gemeindebezirk (Meidling)	1
	23	Der XIII. Gemeindebezirk (Hietzing)	1
	24	Der XIV. Gemeindebezirk (Rudolfsheim)	1
	25	Der XV. Gemeindebezirk (Fünfhaus)	1
	26	Der Teil des XVI. Gemeindebezirkes (Ottakring) südlich der Thaliastraße, Galitzynstraße, Vogeltenngasse, Handlergasse bis Bezirksgrenze	1
	27	Der restliche Teil des XVI. Gemeindebezirkes	1
	28	Der XVII. Gemeindebezirk (Hernals)	1
	29	Der Teil des XVIII. Gemeindebezirkes (Währing), der durch die Grenze gegen den XVII. Gemeindebezirk, Leitermayergasse, Schopenhauerstraße, Kutschkergasse, Edelhofgasse, Michaelerstraße, Gymnasiumgasse, die Grenze gegen den XIX. und IX. Gemeindebezirk begrenzt wird	1
	30	Der restliche Teil des XVIII. Gemeindebezirkes	1
	31	Der XIX. Gemeindebezirk (Döbling)	1
	32	Der XX. Gemeindebezirk (Brigittenau)	1
	33	Der XXI. Gemeindebezirk (Floridsdorf)	1
		Ferner die Städte, Märkte und Industriorte (Ortsgemeinden)	
	34	Ebreichsdorf, Pottendorf, Trumau, Unterwaltersdorf, Weigelsdorf, Siegersdorf, Tattendorf, Oberwaltersdorf (Gerichtsbezirk Ebreichsdorf), Günselsdorf, Kottlingbrunn, Leobersdorf, Schönau, Tees-	1

		dorf, Traiskirchen (Gerichtsbezirk Baden), Brunn am Steinfelde, Ebenfurth, Eggen-dorf, Erlach, Felixdorf, Lichtenwörth, Oberpiesting, Unterpiesting, Sollenau, Steinabrückl, Wöllersdorf, Dreistetten, Muthmannsdorf (Gerichtsbezirk Wiener-Neustadt)	
	35	Liesing, Atzgersdorf, Inzersdorf bei Wien, Kaltenleutgeben, Siebenhirten, Vösendorf (Gerichtsbezirk Liesing), Mannersdorf (Gerichtsbezirk Bruck an der Leitha), Ebergassing, Fischamend Markt, Hen-nersdorf, Altkettenhof, Neukettenhof, Kleinneusiedl, Rannersdorf (Gerichtsbe-zirk Schwechat), Wiener Neudorf (Ge-richtsbezirk Mödling), Grammatneusiedl (Gerichtsbezirk Ebreichsdorf)	1
	36	Krems, Stein (Gerichtsbezirk Krems), Klosterneuburg, Korneuburg, Stockerau (aus den gleichnamigen Gerichtsbezirken)	1
	37	Zwettl, Weitra (aus den gleichnamigen Gerichtsbezirken), Dietmanns, Großsieg-harts, Waidhofen an der Thaya (Gerichts-bezirk Waidhofen an der Thaya), Heiden-reichstein, Litschau (Gerichtsbezirk Lit-schau), Aalfang, Böhmeil, Brand, Erd-weis, Gmünd, Hoheneich, Schrems, Nie-derschrems, Wielands (Gerichtsbezirk Schrems), Horn (Gerichtsbezirk Horn), Karlstein, Kautzen (Gerichtsbezirk Do-bersberg)	1
	38	Mistelbach, Bruck an der Leitha, Hain-burg, Zistersdorf, Feldsberg, Poysdorf, Laa an der Thaya, Oberhollabrunn, Retz (aus den gleichnamigen Gerichtsbezirken)	1
	39	Baden, Vöslau, Weikersdorf (Gerichtsbe-zirk Baden), Mödling, Schwechat (aus den gleichnamigen Gerichtsbezirken)	1
	40	Wiener-Neustadt (Gerichtsbezirk Wiener-Neustadt)	1
	41	Sct. Pölten, Herzogenburg (aus den gleichnamigen Gerichtsbezirken), Melk, Pöchlarn (Gerichtsbezirk Melk), Ybbs, Scheibbs, Amstetten, Waidhofen an der Ybbs (aus den gleichnamigen Gerichtsbe-zirken)	1

	42	Neunkirchen, Dunkelstein, Sct. Johann am Steinfeld, Pitten, Puchberg am Schneeberge, Rohrbach am Steinfeld (Gerichtsbezirk Neunkirchen), Buchbach, Gloggnitz, Pottschach, Reichenau, Wimpassing (Gerichtsbezirk Gloggnitz)	1
	43	Lilienfeld, Sct. Aegidi am Neuwalde, Hohenberg, Traisen (Gerichtsbezirk Lilienfeld), Hainfeld, Sct. Veit an der Gölsen, Rohrbach an der Gölsen (Gerichtsbezirk Hainfeld), Göblasbruck, Stattersdorf, Viehofen, Wilhelmsburg (Gerichtsbezirk Sct. Pölten), Berndorf, Fahrafeld, Grillenberg, Hernstein, Hirtenberg, Pottenstein, Sct. Veit an der Triesting, Weißenbach an der Triesting (Gerichtsbezirk Pottenstein)	1
		Ferner die Gerichtsbezirke ohne die Ortsgemeinden der Wahlbezirke Nr. 34 bis 43:	
	44	Tulln, Atzenbrugg, Neulengbach	1
	45	Hainfeld, Sct. Pölten, Kirchberg an der Pielach	1
	46	Amstetten, Ybbs, Mank	1
	47	Sct. Peter in der Au, Haag, Waidhofen an der Ybbs	1
	48	Gaming, Scheibbs, Lilienfeld, Gutenstein	1
	49	Wiener-Neustadt, Pottenstein, Ebreichsdorf, Baden	1
	50	Neunkirchen, Gloggnitz, Aspang, Kirchschlag	1
	51	Mödling, Liesing, Purkersdorf, Klosterneuburg	1
	52	Schwechat, Bruck an der Leitha, Hainburg, Marchegg	1
	53	Korneuburg, Großenzersdorf, Wolkersdorf	1
	54	Mistelbach, Matzen	1
	55	Zistersdorf, Feldsberg	1
	56	Haugsdorf, Laa an der Thaya, Poysdorf	1
	57	Oberhollabrunn, Ravelsbach, Retz	1
	58	Hort, Geras, Raabs, Allentsteig	1
	59	Gföhl, Langenlois, Eggenburg	1
	60	Waidhofen an der Thaya, Dobersberg, Litschau, Schrems	1

	61	Weitra, Zwettl, Großgerungs	1
	62	Spitz, Pöggstall, Persenbeug, Ottenschlag	1
	63	Melk, Mautern, Herzogenburg	1
	64	Krems, Kirchberg am Wagram, Stockerau	1

XI.2 Ausschließungsgründe vom Wahlrecht gem. § 8 des Gesetzes vom 26. Jänner 1907, R.G.Bl. Nr. 17

Von dem Wahlrechte und der Wählbarkeit sind ausgeschlossen:

1. Alle unter väterlicher Gewalt, Vormundschaft oder Kuratel stehenden Personen.

2. Diejenigen, welche eine Armenversorgung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln genießen oder in dem der Wahl unmittelbar vorausgegangenem Jahre genossen haben oder welche überhaupt der öffentlichen Mildtätigkeit zur Last fallen.

Als Armenversorgung oder als Akte der öffentlichen Mildtätigkeit sind jedoch in Bezug auf das Wahlrecht nicht anzusehen: Unterstützungen aus Krankenkassen, Unfall-, Alters- oder Invalidenrenten, unentgeltliche Verpflegung in den öffentlichen Krankenanstalten, die Befreiung vom Schulgelde, die Beteiligung mit Lehrmitteln oder mit Stipendien sowie auch Notstandsauhilfen.

3. Personen, über deren Vermögen der Konkurs eröffnet worden ist, bis zur Beendigung desselben und, wenn der Gemeinschuldner ein Kaufmann ist, bis zur Erlangung der Wiederbefähigung zu den im § 246 der Konkursordnung vom 25. Dezember 1868, R.G.Bl. Nr. 1 ex 1869, bezeichneten Rechten.

4. Personen, welche wegen eines Verbrechens oder wegen der Übertretung des Diebstahls-, der Veruntreuung, der Teilnahme hieran, des Betruges, der Kuppelei (§§ 460, 461, 463, 464, 512 St.G.), wegen der in § 1 des Gesetzes vom 28. Mai 1881, R.G.Bl. Nr. 47, und in § 1 des Gesetzes vom 25. Mai 1883, R.G.Bl. Nr. 78, bezeichneten Straftaten oder wegen Übertretung der §§ 1, 2, 3, 4 und 5, vorletzter Absatz, des Gesetzes vom 24. Mai 1885, R.G.Bl. Nr. 89, zu einer Strafe verurteilt worden sind [61].

Diese Folge der Verurteilung hat bei den in § 6, Z. 1 bis 10, des Gesetzes vom 15. November 1867, R.G.Bl. Nr. 131, aufgezählten Verbrechen mit dem Ende der Strafe, bei anderen Verbrechen mit dem Ablaufe von zehn Jahren, wenn der Schuldige zu einer wenigstens fünfjährigen Strafe verurteilt wurde, und außerdem mit dem Ablaufe von fünf Jahren, bei den übrigen oben angeführten Straftaten aber mit dem Ablaufe von drei Jahren nach dem Ende der Strafe aufzuhören.

5. Personen, welche wegen eines Vergehens nach §§ 45, 47, 48 und 49 des Wehrgesetzes vom 11. April 1889, R.G.Bl. Nr. 41, zu einer Strafe verurteilt worden sind, für die Dauer von drei Jahren nach dem Ende der Strafe.

6. Personen, welche wegen eines Vergehens gegen die strafrechtlichen Bestimmungen zum Schutze der Wahlfreiheit gerichtlich zu einer Strafe verurteilt worden sind, wenn die Tathandlung bei Wahlen zum Abgeordnetenhouse des Reichsrates oder zu den Landtagen begangen wurde.

7. Personen, welche unter Polizeiaufsicht gestellt oder in eine Zwangsarbeitsanstalt abgegeben wurden, bis nach Ablauf von drei Jahren nach Erlöschen der Polizeiaufsicht, beziehungsweise nach Entlassung aus der Zwangsarbeitsanstalt.

8. Personen, welchen seitens des Gerichtes die väterliche Gewalt über ihre Kinder entzogen wurde, so lange die betreffenden Kinder unter fremder Vormundschaft stehen, jedenfalls aber während drei Jahren nach der gerichtlichen Verfügung.

9. Personen, welche wegen Trunkenheit oder Trunksucht auf Grund des allgemeinen Strafgesetzes oder anderer noch einzuführender Gesetzesbestimmungen mehr als zweimal zu einer Arreststrafe verurteilt worden sind, für die Dauer von drei Jahren nach dem Ende der Strafe.

XI.3 Liste der 1911 gewählten Abgeordneten²⁶¹

Wahlbezirk	Abgeordneter 1911	im Reichsrat
1	Kuranda, Camill (DF-W)	1907-1918
2	Baechlé, Dr. Josef von (CS)	1907-1918
3	Friedmann, Max (DF-W)	1911-1918
4	Neumann, Dr. Wilhelm (DF-W)	1911-1918
5	Ofner, Dr. Julius (SP-W)	1901-1918
6	Schuhmeier, Franz (SD)	1901-1913
7	Silberer, Franz (SD)	1911-1912
8	Winarsky, Leopold Josef Maria (SD)	1907-1915
9	Zenker, Ernst Viktor (DF-W)	1911-1918
10	Rienößl, Franz (CS)	1907-1915
11	Domes, Franz (SD)	1911-1918
12	Reifmüller, Franz (SD)	1911-1918
13	Leuthner, Karl (SD)	1911-1918
14	Denk, August (DF-DNV)	1911-1918
15	Ganser, Otto A. (DF-DNV)	1911-1918
16	Heilingner, Dr. Alois (CS-W)	1901-1918
17	Hock, Paul Freiherr von (DD-W)	1907-1918
18	Winter, Max (SD)	1911-1918
19	Reumann, Jakob (SD)	1907-1918
20	Adler, Dr. Viktor (SD)	1905-1918
21	Widholz, Laurenz (SD)	1907-1918
22	Wutschel, Ludwig (SD)	1907-1918
23	Schiegl, Wilhelm (SD)	1911-1918
24	Skaret, Ferdinand (SD)	1907-1918
25	Forstner, August (SD)	1907-1918
26	Sever, Albert (SD)	1911-1918
27	David, Anton (SD)	1907-1918
28	Volkert, Karl (SD)	1911-1918
29	Waber, Dr. Leopold (DVP-DNV)	1911-1918
30	Pollauf, Dr. Wilhelm (DS-W)	1911-1916
31	Kuhn, Wenzel (CS)	1907-1918
32	Ellenbogen, Dr. Wilhelm (SD)	1901-1918
33	Seitz, Karl (SD)	1901-1918
34	Smitka, Johann (SD)	1907-1918
35	Tomschik, Josef (SD)	1907-1918
36	Schlinger, Anton (SD)	1911-1912
37	Kittinger, Karl (W-HDNV)	1901-1907; 1911-1918
38	Wedra, Rudolf (DF-DNV)	1911-1918
39	Schürff, Dr. Hans (DVP-DNV)	1911-1918

²⁶¹ FREUND, Abgeordnetenhaus 1911.

40	Pernerstorfer, Engelbert (SD)	1885-1897; 1901-1918
41	Polke, Emil (SD)	1911-1918
42	Renner, Dr. Karl (SD)	1907-1918
43	Bretschneider, Ludwig August (SD)	1907-1918
44	Scheicher, Dr. Josef (CS)	1894-1918
45	Wohlmeyer, Johann (CS)	1897-1918
46	Grim, Josef (CS)	1907-1918
47	Stöckler, Josef (CS)	1907-1918
48	Bauchinger, Matthäus (CS)	1907-1918
49	Jukel, Karl (CS)	1907-1918
50	Gruber, Rudolf (CS)	1907-1918
51	Kemetter, August Maria (CS)	1907-1918
52	Parrer, Franz Benedikt (CS)	1911-1918
53	Mayer, Johann (CS)	1897-1918
54	Bogendorfer, Josef (CS)	1911-1918
55	Wille, Josef (CS)	1907-1918
56	Eisenhut, Josef (CS)	1907-1918
57	Diwald, Leopold (CS)	1908-1918
58	Wollek, Richard (CS)	1911-1918
59	Miklas, Wilhelm (CS)	1907-1918
60	Fisslthaler, Karl (CS)	1907-1918
61	Höher, Alois (CS)	1907-1918
62	Jedek, Karl (CS)	1907-1918
63	Lechner, Alois (CS)	1907-1918
64	List, Karl (CS)	1907-1918

Abkürzungen:

Partei bzw. Gesinnung	Mandatszahl
SD: Sozialdemokratisch, „Klub der deutschen Sozialdemokraten“	26
CS: Christlichsozial, „Christlichsoziale Vereinigung“	24
DF-W: Deutschfortschrittlich, fraktionslos	4
DF-DNV: Deutschfortschrittliche Partei, „Deutscher Nationalverband“	3
DVP-DNV: Deutschvolklich, „Deutschen Nationalverband“	2
CS-W: Christlichsozial, fraktionslos	1
DD-W: Deutschdemokratisch, fraktionslos	1
DS-W: Deutschsozial, fraktionslos	1
SP-W: Sozialpolitiker, fraktionslos	1
W-HDNV: Deutschvolklich (aber kein Mitglied der Deutschen Volkspartei!), Hospitant beim „Deutschen Nationalverband“	1

Zusammenfassung

Ziel der Arbeit ist es, eine Detailstudie über Organisation und Ablauf der Reichsratswahlen von 1911 im Erzherzogtum Österreich unter der Enns (d.h. inkl. Wien) darzustellen. Nach Einführungen über das altösterreichische Wahlrecht und die (politische) Vorgeschichte werden einzelne Wahlbezirke einer genaueren Untersuchung zugeführt und die gewonnenen Erkenntnisse in summarischen Kapiteln analysiert. Wichtigste Methoden sind hierbei der Vergleich (zur Wahl von 1907) sowie eine qualitative Auswertung des vorhandenen Quellenmaterials (Statthaltereiakten, Zeitungen, Memoiren), freilich ergänzt durch relevante wissenschaftliche Vorarbeiten.

Abstract

The aim of this study is to provide a detailed exploration of the organisation and procedure of the elections of 1911 to the old-Austrian parliament in the Erzherzogtum Österreich unter der Enns (Lower Austria and the city of Vienna). After an introduction to the electoral system and the (political) prehistory, different constituencies are examined in detail. The insights gained will be summed up in separate chapters. The most important method applied is that of comparative analysis (of the elections of 1907). Furthermore, a qualitative research of the sources will be complemented by relevant literature.

Lebenslauf:

geb. 16.9.1984 in Melk

1990–1994: Volksschule Ruprechtshofen (pol. Bez. Melk)

1994–2002: Stiftsgymnasium der Benediktiner zu Melk

2002–2010: Diplomstudium Geschichte an der Universität Wien